Nr. 185.

26. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 80 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 60 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 11. August 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Nationalisierung der österreichischen Politik.

Aus Wien wird uns vom 7. August geschrieben:

Der Kasimir Badeni ist gestorben, aber seine traurige Erbschaft ist geblieben. Was die Regierung des unseligen Schlachtschitzen mit ihren verunglückten Sprachenverordnungen Oesterreich beschieden hat, und das nun wie Gift in den Blutbahnen kreist, ist die vollständige Nationalisierung des politischen Lebens in Oesterreich. Daß die nationalen Fragen in einem Nationalitätenstaate das Uebergewicht besitzen müssen, ist ganz begreiflich, zumal sich in Oesterreich das geschichtlich überlieferte Verhältnis der Nationen mit der ökonomischen Entwickelung kreuzt, der sich neue Notwendigkeiten entwinden, die mit ungestümer Hast nach ihrer Erfüllung drängen. Es ist also auch nur eine ganz natürliche Entwickelung, daß der nationale Gedanke innerhalb jedes Volksstammes Wurzel schlug und in dem die Verhältnisse der Nationen zueinander allmählich der herrschende ward. Aber das Unselige der Entwickelung, die mit Badeni anhebt, ist die Tatsache, daß der nationale Gedanke immer mehr zum Chauvinismus entartet und alles verzehrt, was an Vernunft und Billigkeit gemahnte. Nationale Kämpfe hat es in Oesterreich immer gegeben und sie sind durch die Natur des Staates selbst bedingt. Aber vormals hatte daneben noch Besonnenheit und Gerechtigkeit Platz, man suchte auch den Standpunkt des anderen Teiles zu verstehen und die Lebensnotwendigkeiten des nationalen Gegners zu begreifen. Damals walteten zwischen den nationalen Parteien über den nationalen Gegensatz hinaus auch Beziehungen, Beziehungen wirtschaftlicher, politischer und kultureller Art. Das alles ist in den letzten Jahren gründlich ausgerottet worden und heute steht sich das deutsche und das tschechische Bürgertum, und jedes in einer Front nur mit abgrundtiefem Haß gegenüber. Heute ist alles eine nationale Frage; ausnahmslos alles. Heute besteht das nationale Interesse fast zur Gänze aus dem Kampfe gegen die andere Nation; daß sie beide nebeneinander und miteinander leben müssen, ist in ihrem Bewußtsein ganz verlöscht. National sein bedeutet nun, die andere Nation hassen, kränken und schädigen zu wollen; ein sachlicher Standpunkt zu nationalen Forderungen des anderen, und wären diese selbst so geartet, daß sie die eigene Nation nicht berühren, ist unmöglich. Und jeder hält der eigenen Nation alles für erlaubt; bei der anderen erscheint ihm alles als Unrecht und Anmaßung. Alle sehen sie nur den Splitter im Auge des Nächsten, den Balken im eigenen nicht. In jener absoluten Nationalisierung seines Lebens erscheint Oesterreich als ein komplettes Irrenhaus.

Deshalb kann in Oesterreich, und das ist das eigentlich Krankhafte seiner Zustände, der bürgerlichen Welt nun die dümmste und gleichgültigste Lappalie als wichtige und bedeutsame Frage eingeredet werden. Wir wollen an zwei Beispielen, einem tschechischen und einem deutschen, demonstrieren, wohin dieser Wahnsinn führt. Wer wird es außerhalb Oesterreich begreifen, daß über die Kappen der deutschen Studenten in Prag, die sich übrigens nur an Sonntagen zeigten, eine große Stadt, ein ganzes Volk in Aufruhr geriet, und daß sich aus dieser Albernheit die schwersten Verwickelungen in der inneren Politik ergaben? Aber es genügte, daß irgendein böswilliger Narr die Parole ausgab, diese Kappen seien eine Beleidigung des tschechischen Volkes, eine Gefahr für die tschechische Nation, und das gesamte bürgerliche nationale Tschechentum kam um seine Besinnung und die Kappenhetze wurde in Böhmen zur nationalen Betätigung. So die Tschechen; und wie treiben es heute die Deutschen? Vorigen Sonntag sollte in Schwechat ein Fest abgehalten werden. Schwechat ist ein an Wien unmittelbar grenzendes Städtchen mit etwa 8000 Einwohnern, von denen der überwiegende Teil Arbeiter sind; unter anderem befindet sich in dem Orte die große Drehersche Brauerei, auch die jüngst eröffneten Hammerbrotwerke der Partei stehen dort. Von den Arbeitern sind gut ein Drittel Tschechen und Slowaken; trotzdem hat man von nationalen Reibereien nie das geringste vernommen.

Nun arrangierte für den letzten Sonntag ein dortiger Geselligkeitsverein ein sogenanntes Schnittfest, zumeist für die Slowaken, als Erinnerung an ihre Heimat, wo die Erntezeit damit eingeleitet wird; eine bescheidene, harmlose Nachmittagsunterhaltung für die Arbeiter mit ein bißchen Kunst, Musik und Tanz, wie es so arme, indifferente, vom Land gekommene Arbeiter lieben. Und gegen diese, jeder agressiven Tendenz bare, mehr als harmlose Tanzunterhaltung wurde von den Deutschen eine fanatische Hetze unternommen! Mit dem Feste, so hieß es wörtlich in der immer blöder und gewissenloser werdenden „Neuen Freien Presse", wollen die Tschechen Schwechat erobern und besetzen, um den Stoß ins Herz von Wien zu führen! Und richtig kamen am Sonntag mehr als 5000 Wiener nach Schwechat, um die hundert bis zweihundert im Gasthaus versammelten Tschechen und Slowaken zu blockieren, zu höhnen und zum „Abzug" zu zwingen! Und ganz Deutsch-Oesterreich hält von dem Siege von Schwechat wider!

Denn das ist das Kranke an diesen Dingen, daß sich gegen die sinnlosen Uebertreibungen, gegen die systematische Vergiftung des nationalen Lebens im bürgerlichen Lager nirgendwo ein Wort des Widerspruchs regt. Dem tschechischen Volke konnte der infame Kappenkrieg als nationale Tat vorgeschwindelt, der deutschen Kulturnation, und zwar weit über Oesterreich hinaus, kann eingeredet werden, daß die gewaltsame Störung eines harmlosen, unpolitischen Tanzvergnügens eine fruchtbare Tat ist, die dem gesamten Deutschtum zur Ehre gereicht und zum Nutzen ausschlagen wird. Solange nicht eine durchgreifende Lösung der nationalen Streitfragen herbeigeführt wird, muß sich dieser Wahnsinn immer steigern. Dabei seufzen die vernünftigen Elemente unter dem Schwindel der nationalen Demagogen, trotzdem sie sich ihm widerstandslos beugen. Denn ein nationaler Verräter will keiner gescholten werden und die bescheidenste Billigkeit gegenüber dem Andersnationalen gilt heute als schlimmster Verrat der eigenen Nation. Deshalb mußte die Vernunft abdizieren und die tollgewordene Phrase setzt sich auf ihren Thron. Wenn die Sozialdemokraten nicht wären, deren internationale Einheit und Geschlossenheit zwischen den hadernden Bourgeois steht, so würden sich diese schon längst zerfleischt haben.

Schweden im Generalstreik.

Unser nach Schweden entsandter Mitarbeiter schreibt uns:

Stockholm, den 8. August.

Wenn in der bürgerlichen Presse des Auslandes versucht wird, den schwedischen Generalstreik als ein Fiasko hinzustellen, so beweist schon die Ratlosigkeit, mit der die Regierung den Dingen gegenübersteht, daß jene Darstellungen der Wahrheit durchaus widersprechen. Hat doch gestern nicht nur der König mit den Hauptvertretern der beiden Parteien konferiert, sondern auch im Namen der Regierung ein Schriftstück veröffentlicht, das eine „ernste Mahnung" an die Parteien zum Frieden und gegen weitere Vertragsbrüche und Rechtskränkungen enthält. Die bürgerlichen Zeitungen nennen es: „Ein warnendes Königswort", „Ein kräftiges, ernstes Wort" usw. Ob es sich als kräftig erweisen wird, scheint noch sehr zweifelhaft. Die Arbeiterschaft läßt sich selbstverständlich durch derartige Dinge nicht von ihrer einmal eingeschlagenen Taktik abbringen, ist aber ebenso selbstverständlich bereit, unter den notwendigen Garantien einen ehrlichen Frieden zu schließen. Für die Unternehmer und ihre Leiter wäre aber unter den obwaltenden Umständen die beste Gelegenheit geboten, zu zeigen, daß sie ein „Königswort" achten. Ob sie es zeigen werden, weiß man nicht.

Am heutigen Sonntagvormittag hatten sich Stockholms Typographen samt den Hilfsarbeitern vollzählig im Zirkusgebäude versammelt. Die Versammlung verlief mit dem Ernst und der Ruhe, die die organisierte Arbeiterschaft überhaupt auszeichnet. Einstimmig wurde beschlossen, morgen abend 7 Uhr die Arbeit überall einzustellen. Die Versammlung schloß mit dem alten Kampfliede: „Söhne der Arbeit" usw. Morgen wird also die letzte Zeitung erscheinen, und zwar nicht nur in der Hauptstadt, sondern im ganzen Lande wird man der Parole des Verbandsvorstandes Folge leisten.

Ob es dem dänischen Blatt „Politiken" gelingen wird, Schweden mit dem üblichen Lesefutter zu versorgen, scheint noch sehr fraglich, denn dabei haben auch die dänischen Typographen ein ernstes Wort mitzureden. Als im vorigen Jahre das dänische Unternehmertum von der Aussperrungssucht ergriffen war, traten bekanntlich die Typographen dieses Landes in den Streik, und auf „Politikens" Betreiben wollten damals Zeitungsunternehmer von Malmö und Helsingborg aus Dänemark mit Blättern versorgen. Aber es glückte ihnen nicht, denn ihr Personal weigerte sich, eine größere Auflage als sonst herzustellen oder auch nur den dänischen Text zu setzen und legte die Arbeit nieder. Das Umgekehrte wird jedenfalls jetzt eintreten: „Politikens" Setzer und Drucker werden ihren kämpfenden schwedischen Kollegen eine nicht minder weitgehende Sympathie beweisen.

Die ratlosen Stützen der schwedischen Gesellschaft wollen nun offenbar auch mit Anklagen gegen die Leiter des Generalstreiks vorgehen. Genosse Hjalmar Gustafsson, der als Vertreter des Stockholmer Streikkomitees in der Massenversammlung auf Lilljans die Resolution verlas, soll sich, weil in der Resolution auch die Eisenbahner zur Arbeitsniederlegung aufgefordert werden, damit eines Vergehens oder Verbrechens schuldig gemacht haben. Er sieht dem Strafprozeß mit aller Ruhe entgegen. Uebrigens muß es Dutzende solcher Prozesse geben, wenn alle diejenigen, die in Massenversammlungen in den verschiedenen anderen Städten und Orten des Landes dieselbe Resolution vorlegten, angeklagt werden sollen, und sicherlich wird sich niemand dadurch abschrecken lassen, im Interesse des Riesenkampfes der Arbeiterschaft auch fernerhin zu tun, was die Situation gebietet.

Je länger der Kampf dauert, um so mehr wird natürlich das Bedürfnis hervortreten, den Notleidenden Unterstützung zukommen zu lassen. In einigen Orten, so z. B. in der Arbeiterstadt Eskilstuna, ist schon ein Nothilfs- und Kinderspeisungskomitee gebildet worden und in Wirksamkeit getreten. Zur Aufbringung der Mittel ist die schwedische Arbeiterschaft selbstverständlich vor allem auf die Solidarität der Brüder im Auslande angewiesen, und diese internationale Solidarität wird sich auch offenbar glänzend bewähren. Mit vorbildlichem Eifer sind namentlich die norwegische und die dänische Arbeiterschaft von Anfang an und dauernd bestrebt, den Schweden tatkräftige Hilfe zu leisten. Man sendet immer größere Summen, legt sich wöchentliche Extrabeiträge von 1, 2 Kronen und mehr auf, um möglichst große Mittel so schnell wie möglich zusammenzubringen, eingedenk des altbewährten Wortes, daß „Euer Kampf unser Kampf, Euer Sieg unser Sieg" ist. Immer größer wird die Zahl der schwedischen Arbeiter, die in diesem Riesenkampfe gegen die Gewaltherrschaft des Unternehmertums mitstreiten, einem Kampfe, der in seiner Allgemeinheit, in seiner Einmütigkeit und dem Ernst, womit er geführt wird, einzig dasteht in der Geschichte der modernen Arbeiterschaft, ein Generalstreik, wie ihn die Welt noch nicht gesehen hat. Ohne Zweifel wird die international organisierte Arbeiterschaft in edlem Wetteifer dafür sorgen, daß es nicht an der nötigen finanziellen Hilfe fehlt.

•

Stockholm in Nöten.

(Von unserem nach Schweden entsandten Mitarbeiter.)

Stockholm, 9. August 1909.

Gestern, am ersten Generalstreikssonntag, erschien Stockholm noch mehr als bisher schon wie eine tote Stadt. Von dem außerordentlich lebhaften Verkehr, der sonst schon Sonnabends beginnt, war kaum etwas zu spüren. Fehlt es doch auf Land und Wasser an all den Verkehrsmitteln, die sonst an solchen Tagen, zumal wenn die Sonne es so gut meint wie gestern, von Menschen überfüllt sind. Wer hinaus wollte und nicht über ein Fahrrad verfügte, mußte zu Fuß wandern. Auf dem bergigen Terrain sind sie weniger brauchbar. Der Mangel an Verkehrsmitteln wird um so schwerer empfunden, als diese Inselstadt von breiten Wasserflächen durchzogen ist, auf denen sonst die kleinen flinken Dampfboote nach allen Richtungen hin- und herfahren. Stundenweite Wege muß man nun zurücklegen, um nach Orten zu kommen, die man sonst in einer Viertelstunde erreicht. So kostet es große Mühe, das herrliche „Skansen" zu erreichen, und nicht minder mühsam ist es, nach der Kunst- und Gewerbeausstellung zu gelangen, die ja das große Ereignis dieses Sommers sein sollte und das starke Anziehungsmittel für die Fremden. Die Fremden, auf die man rechnete, sind aber schon lange abgereist, und neue kommen nicht. Es ist ja auch unerträglich für wohlhabende Leute, wenn sie aus dem Bahnhof oder vom Schiff kommen und keine Droschke finden, keine Straßenbahn, wenn sie zu Fuß wandern, vielleicht gar ihr Gepäck selbst schleppen müssen, weil keine Hand sich rührt, ihnen Hilfe zu leisten. Dazu kommt, daß die Zustände in den Restaurants immer unbequemer werden. Nicht allein, daß keine anderen Alkoholika als Bier und Wein, und diese nur zum Essen ausgeschänkt werden dürfen, das Bier selbst geht auch auf die Neige und die Wirte sparen und möchten am liebsten nur ihre Stammgäste bedienen. Viele haben ihre Lokale überhaupt schon geschlossen, weil sie den Gästen nichts mehr vorsetzen können. Die Nahrungsmittel gehen auch zu Ende. Frisches Fleisch wird immer seltener, weil es fast nur von Bauern zu haben ist, die selbst schlachten, und die allgemeine Verkehrsstockung, die Einstellung einer großen Anzahl von Güterzügen, der Streik der Transportarbeiter die Herbeischaffung immer schwieriger macht. Man ist meist auf gepökelte und geräucherte Ware angewiesen. Die noch vorhandenen Waren und Getränke reichen für die meisten Restaurants, die gestern noch nicht am Ende angelangt waren, höchstens noch bis Dienstag oder Mittwoch. Die alkoholfreien Getränke, die bei der großen Stärke der Abstinenzbewegung sonst in der warmen Jahreszeit massenhaft konsumiert werden, sind nur noch hier und da in ganz kleinen Mengen vorhanden. Die eigentlichen Nüchternheitscafés haben ihren Vorrat schon lange aufgebraucht. Auch das Brot wird immer knapper. Schließlich gibt es nur noch das in großen runden Scheiben gebackene harte Speise- oder Knäkkebrot, das kräftige Kinnbacken erfordert. Aber der Vorrat wird bald auch auf die Neige gehen. Der Bäckerei- und Konditoreiarbeiterverband hat die allgemeine Arbeitsniederlegung von vornherein auch auf die kooperativen Bäckereien der Arbeiterschaft ausgedehnt. Jedenfalls wird aber in den nächsten Tagen in diesen Bäckereien wieder gearbeitet werden. Das Brot wird dann an den verschiedenen Orten durch die Generalstreikkomitees verteilt werden. In vielen Familien haben die Hausfrauen angefangen, selbst zu backen, was aber nur in größeren Hausständen einigermaßen rentabel ist, denn das Brot, das hier neben dem nur in großen besonderen Backöfen herstellbaren Scheibenbrot üblich ist, wird aus feinem Weizenmehl bereitet und läßt sich nicht gut auf Vorrat herstellen, weil es allzuleicht trocken wird.

Milch ist natürlich auch immer schwerer zu beschaffen. Die Streikleitung hat aber auch hier dafür gesorgt, daß Kinder und Kranke keine Not leiden. Für den Krankentransport sind besondere Freikarten notwendig, und auch die Aerzte müssen persönlich mit einer solchen Freikarte, die im Volkshause ausgegeben wird, versehen sein, um zu ihren Patienten fahren zu können. Es kommen nicht selten Täuschungsversuche vor, durch die sich Unberufene das Privileg, in einer Droschke fahren zu dürfen, verschaffen wollen. So kam kürzlich ein Diener des Prinzen Karl, des Bruders des Königs, nach dem Volkshaus, um für seinen Herrn eine Freikarte zu holen. „Ist er krank?" fragte der Vertreter der Streikleitung. „Nein", war die Antwort. „Hat er denn einen anderen Fehler?" — „Nein." — „Na, dann kann er auch keine Freikarte kriegen."

•

Von heute an hat Schweden keine Zeitungen! Die Buchdrucker haben ziemlich einmütig im ganzen Lande die Arbeit eingestellt. Die Landeszentrale der Gewerkschaften hat sich gegenüber dem Streikbeschluß der Buchdrucker vorbehalten, ein eigenes Blatt zur Orientierung der Streikenden und Ausgesperrten herauszugeben. Dieses Blatt „Svaret" (Die Antwort) betitelt, ist in Stockholm das einzige, das heute erschienen ist. Es wird im ganzen Lande zum Preise von 5 Oere pro Exemplar verbreitet.

Folgende Privatdepesche des „Vorwärts" unterrichtet über die Lage am Dienstag:

Stockholm, 10. August. Die Ruhe ist bisher nicht gestört. Auch gegenüber der Provokation der Stockholmer Straßenbahn, die einige Wagen, von ihren Kontrolleuren geführt, auch heute fahren läßt, verhalten sich die Kämpfenden passiv.

Die Regierung hat eine neue Verordnung betreffend den Automobilbetrieb erlassen, wonach die Automobile nicht mehr einer Bezeichnung resp. Kontrollnummer bedürfen. Zweck der Verordnung ist es, den Streikbruch zu erleichtern, aber sie wird sicherlich wirkungslos bleiben. Die Stockholmer Polizeibehörde geht in ähnlicher Weise gegen den Streik der Verkehrsarbeiter vor; sie verpflichtet die Droschkenbesitzer, in möglichst großer Ausdehnung ihre Wagen fahren zu lassen und droht ihnen die Entziehung der Konzession an, falls sie der Aufforderung nicht Folge leisten.

Die von der Landeszentrale der Gewerkschaften während der Dauer des Buchdruckerstreiks herauszugebende Zeitung „Svaret" ist heute zum ersten Male in einer Auflage von 150 000 Exemplaren erschienen.

Der Umfang des Streiks ist unverändert. Anders lautende Nachrichten von bürgerlicher Seite entsprechen nicht der Wahrheit. Im Lager der Ausständigen herrscht volle Einmütigkeit.

Mit ihrer Suspendierung der bisherigen Automobilverordnung hat die erste Kammerregierung des Herrn Lindman nun endlich ihr wahres Gesicht gezeigt. Ihre Sonntagsproklamation stand noch rein formell gesehen „über den Parteien", wie der „Wahl-" aber nicht Wahrspruch des Regierungschefs lautet. Sie schien Lob und Tadel nach beiden Seiten aussprechen zu wollen. Mit der den Streikbruch erleichternden Automobilverordnung zeigt die Lindmansche Regierung indes, daß sie jedes Mittel anwenden würde, könnte sie den Ausstand der Arbeiter wirkungslos machen. Für die Unternehmer hat sie keine ähnlichen Verordnungen. Die Polizeiverordnung gegen die Fuhrwerksbesitzer ist anscheinend auf die Provokation der Arbeiter gestimmt.

Die Landarbeiter werden am kommenden Montag die Arbeit einstellen. Ueber die Wirkungen dieses Beschlusses, sowie über den Umfang, den der Landarbeiterausstand eventuell annehmen wird, läßt sich im voraus nichts sagen. —

Am Sonnabend hatte der König, der angeblich mit der Regierung unzufrieden war, weil sie nicht entschieden genug zu vermitteln gesucht haben soll, die beiden an der Spitze des Kampfes stehenden Männer zu sich gebeten: den Führer der Unternehmerzentrale, v. Südow, und den Vorsitzenden der gewerkschaftlichen Landesorganisation, unseren Genossen Herman Lindquist. Unser Genosse hat selbstverständlich dem Könige die Auffassung der Arbeiterschaft ungeschminkt mitgeteilt. —

Die Haltung der deutschen Presse verdient in diesen Tagen einige Beachtung. Je nach ihrer politischen Brille betrachtet sie diesen rein gewerkschaftlichen Kampf. Daß die Scharfmacherpresse sich in den gröblichsten Beschimpfungen der Arbeiterführer ergeht, kann schließlich bei den sonstigen diesbezüglichen Leistungen dieser Presse auch in deutschen Angelegenheiten nicht verwundern. Von der „Deutschen Arbeiterzeitung" kann man ein sachliches Urteil nicht verlangen.

Typisch für die Haltung der reaktionären Blätter aller Schattierungen in Deutschland ist ein Leitartikel der „Berliner Neuesten Nachrichten" vom Montag, den 9. August. Der Artikelschreiber sucht den schwedischen Kampf für deutsche Verhältnisse zu fruktifizieren. Er will beweisen, daß Nachgiebigkeit gegenüber den Arbeiterforderungen, oder wie er sich auch ausdrückt, gegenüber der „Unersättlichkeit der „modern" arbeitenden Gewerkschaftsführer", nie zum Frieden führt. „Wenn unsere Sozialpolitiker, auch die Herrschaften im Reichsamte des Innern, das doch begreifen wollten", ruft er aus, um zugleich in pessimistischer Stimmung die Auffassung kund zu geben, daß man „angesichts der in Deutschland grassierenden und von den Behörden blindlings geförderten sozialpolitischen Seuche und des allgemeinen Versicherungstaumels" nicht auf die richtigen Schlußfolgerungen aus dem „sehr klaren sozialpolitischen Krankheitsbilde" hoffen könne.

Nun hat der schwedische Kampf mit Sozialpolitik rein gar nichts zu tun. Die Unternehmer sperrten 83 000 Arbeiter der verschiedensten Industriegruppen aus, weil sie besonders in zwei Erwerbszweigen die Löhne reduzieren wollten. Und sie beabsichtigten, im Laufe des Monats August noch weitere 80 000 hinauszuwerfen. Auf diese Absicht haben die Gewerkschaften mit dem Generalausstand geantwortet, nichts weiter. Schweden als ein Land der „sozialpolitischen Seuche" hinzustellen, zeugt nur von der völligen Unkenntnis des Verfassers in den Dingen, über die er schreibt. Schweden ist im Gegenteil eines der sozialpolitisch rückständigsten Länder in Europa. Arbeiterschutz ein wenig mehr als nichts, Krankenversicherung lediglich auf freiwilliger Grundlage mit einem kleinen Staatszuschuß zu den Verwaltungskosten der eingetragenen Krankenkassen; Unfallversicherung nichts als das Haftpflichtprinzip; die Unternehmer können sich der Haftpflicht durch Versicherung entziehen, sind aber nicht dazu gezwungen. Invaliden- und Altersversicherung = 0. Die Gewerbeinspektion hat nach zwanzigjährigem Bestehen noch nicht alle revisionspflichtigen Betriebe in Augenschein nehmen können, weil die Beamtenzahl absolut ungenügend ist. Ein wahres Eldorado der Krupp- und Stummlinge also!

Ebenso mit der Wahrheit kollidierend sind die Behauptungen der „V. N. N." von der großen Nachgiebigkeit der schwedischen Unternehmer, die weit über ihre Leistungsfähigkeit der „Unersättlichkeit der modern arbeitenden Gewerkschaftsführer" entgegengekommen sein sollen. In Wirklichkeit liegt es so, daß die schwedischen Unternehmer so gut wie alle Arbeiterforderungen erst durch schwere und meistens geradezu unsinnige Kämpfe entscheiden lassen. Kein Land hat in den letzten Jahren relativ so viele Streiks und Aussperrungen aufzuweisen, wie gerade Schweden. Von einer Nachgiebigkeit der Unternehmer, die nach den „V. N. N." in ihrer „großen Dummheit" „blindlings drauflosbewilligen", kann ebensowenig die Rede sein, wie etwa von den „hohen Löhnen" in der schwedischen Industrie. Schon die starke Auswanderung der Arbeiter zeigt, daß die Einkommensverhältnisse im Auslande ihnen lockender erscheinen. Aber auch bei der jetzigen Aussperrung in der Zellulosenindustrie handelt es sich um Stundenlöhne bis zu 85 Oere (80 Pf.) herab, denen der Kampf gilt!

Der Versuch des Stumm- und Krupporgans, die sozialpolitische Seuche in Deutschland mit dem Hinweis auf Schweden zu „heilen", ist daher in jeder Beziehung verfehlt.

In der „B. Z. am Mittag" greift der nach Stockholm gereiste Dr. Breitscheid den „Vorwärts" an. Dieser habe den Typus des schwedischen Unternehmers als einen „leichtfertigen und geschäftsunkundigen Flaneur" gemalt, während die „schwedischen Industriellen in ihrer Mehrzahl dank eigenem Fleiß und eigener Intelligenz in den letzten Jahren große wirtschaftliche und politische Fortschritte gemacht haben". Herr Dr. Breitscheid hätte sich wirklich diese Ausführungen ersparen können. Kein deutsches Blatt hat so eingehend wie gerade der „Vorwärts" die wirtschaftlichen Fortschritte der schwedischen Industrie geschildert. Wir haben allerdings vor Dr. Breitscheid den Vorzug, daß wir die schwedischen Verhältnisse kennen und zahlenmäßig nachweisen konnten, während Dr. Breitscheids Kenntnisse auf diesem Gebiete erst einige Tage alt sind. Wir wissen aber auch, daß es sich sehr stark um deutsches Kapital handelt, wenn von der schwedischen Industrie die Rede ist. Das schwedische Unternehmertum ob seines Fleißes und seiner Intelligenz zu loben, konnte wirklich nicht unsere Aufgabe sein!

Herrn Dr. Breitscheids Informationen sind indes auch in einem anderen Punkte zweifelhaft. Er telegraphiert seinem Blatte, der schwedische Unterkehmerverband verfüge über 17 Millionen Mark Mittel, davon 2 Millionen Mark bar und 15 Millionen Mark in Gestalt von Zuschußverpflichtungen der Verbandsmitglieder. Dazu kämen nach Dr. Breitscheid noch 8 Millionen Kronen Bankkredite.

Die Rechnung stimmt nicht. Am 1. Januar d. J. — spätere Zahlen liegen nicht vor — hatte der betreffende Unternehmerverband zirka 13 Millionen Kronen Zuschußverpflichtungen. Um die 8 Mill. Kr. Bankkredit zu bekommen, hat er nach der schwedischen Presse diese Zuschußverpflichtungen verpfänden müssen! Und von dem Barbestand heute zu reden, nachdem der Unternehmerverband seit Wochen und Monaten Streikunterstützung an seine Mitglieder zahlen und den Bankkredit bereits in Anspruch nehmen mußte, das ist doch zum mindesten etwas gewagt. Herr Dr. Breitscheid sollte sich in Stockholm doch etwas zuverlässigere Informationsquellen suchen. Seine Absicht wird es doch kaum sein, dem aussperrungstollen Unternehmertum in Schweden zu Hilfe zu kommen.

Der Eucharistische Kongreß.

Die vergangene Woche verdiente sich das heilige Köln seinen Beinamen, der im Getriebe der modernen Entwickelung einigermaßen anfechtbar geworden war, wieder mit vollem Recht. Die Straßen der Stadt wimmelten von Kutten und Talaren, und die hohe Klerisei entfaltete die ganze grelle Buntheit ihrer unterschiedlichen Amtstracht. Geistliche aller Länder und Völker, aller Grade und Würden sah man in diesen Tagen, nicht zu Hunderten, sondern zu Tausenden um den Dom, am erzbischöflichen Palais und in der Nähe der Hauptkirchen des deutschen Roms sich geschäftig umhertreiben; in allen größeren Lokalen der Stadt fanden während dreier Tage ununterbrochen Versammlungen statt, wo in allen Zungen und Sprachen der Welt geredet wurde; in allen Kirchen Gottesdienst, von allen Türmen Glockengeläute, in allen Straßen Ehrenpforten, an allen Häusern Fahnen und Girlanden und Blumenschmuck, und am Sonntagnachmittag, als Krönung des Ganzen, vom hohen Dome aus feierliche sakramentalische Prozession — bei der sich der Glanz und die Pracht des römisch-katholischen Kultus, aber auch die Macht der päpstlichen Kirche, die suggestive Massenwirkung ihres Systems in vollem Maße zeigten.

So sinnverwirrend der äußere Eindruck des prunk- und lärmvollen Schauspiels, so sinnverwirrend auch sein Inhalt, sein Motiv und sein Zweck. Der Eucharistische Kongreß, so nennt sich die Veranstaltung, die in Köln ihre zwanzigste Wiederholung erfuhr, ist dem heiligen Altarssakrament gewidmet, der Wunderlehre nämlich von der absoluten Identität des eucharistischen und des himmlischen Christus, was besagen will, daß in dem von der Kirche gespendeten Abendmahl Christus wirklich gegenwärtig ist. „Die Eucharistie — so verkündete in einer der Versammlungen ein gelehrter Theologieprofessor — ist Trägerin des göttlichen Reichsgedankens, des göttlichen Staatszweckes: die Einverleibung aller Seelen in das Haupt Christi. Jedes andere Sakrament erstrebt und realisiert einen Teil dieses göttlichen Reichsgedankens, realisiert also auch einen Teil der eucharistischen Entwickelung, die substantiell und in ihrer Totalität nur im Sakrament der Eucharistie niedergelegt und vollzogen wird."

Der Leser wird vergebens versuchen, hinter den Sinn solcher Worte zu kommen; er wird sich auch vergebens bemühen, den Sinn der Lehre zu fassen, daß Jesus, selbst wenn er, was die Wissenschaft bekanntlich immer stärker in Zweifel zieht, gelebt haben sollte, leiblich in einer heute vollzogenen Handlung gegenwärtig ist. Aber es handelt sich bei dem Altarssakrament um ein Wunder, das man entweder glaubt, oder verwirft, das aber keine Diskussion zuläßt. Für den Gläubigen verbietet sich das Denken über derartige Dinge von vornherein. Wenn er sie dem Denken unterwürfe, um sie zu rechtfertigen, dann hörte der Glaube auf, ein Verdienst zu sein. Deshalb fordert die Kirche von den Gläubigen in religiösen Dingen den völligen Verzicht auf das Denken; sie sollen auf die kirchliche Autorität hin und um des Lohnes im Jenseits willen auch das Unbegreiflichste vertrauensvoll hinnehmen; sie sollen des eigenen Verdienstes wegen umso williger und freudiger vertrauen, je unbegreiflicher, je vernunftwidriger eine Sache ist.

Es versteht sich, daß mit der Erziehung zu diesem Verzicht auf das eigene Denken recht früh angefangen werden muß. Deshalb die Sorge der Kirche, sich die Herrschaft über die Schule zu sichern und ihre mystischen Begriffe und vernunftwidrigen Lehren den jungen Hirnen möglichst früh einzupauken, wenn das Material für derartige Zumutungen noch empfänglich ist. Deshalb verkündete in einer der Versammlungen ein Redner:

„Zur Förderung der eucharistischen Bewegung und zur Verwirklichung der päpstlichen Dekrete ist es von großer Wichtigkeit und Bedeutung, die Verehrung der heiligen Eucharistie bei der Schuljugend mit Eifer und Sorgfalt zu pflegen. Ziel dieser Bestrebungen ist: Ehrerbietigkeit der Schuljugend gegen das Gotteshaus, rechte und öftere Beiwohnung der heiligen Messe, würdiger und häufiger Empfang der heiligen Kommunion, freudige und eifrige Teilnahme an allen feierlichen eucharistischen Veranstaltungen, als da sind: Weißer Sonntag, Fronleichnamsfest, Herz Jesu-Fest, vierzigstündiges, dreizehnstündiges, ewiges Gebet, Versehgang, Nachmittagsandachten usw. Je mehr die häufige heilige Kommunion überall Gewohnheit bei der Schuljugend wird, um so leichter ist die Fortsetzung dieser Gewohnheit nach der Schulentlassung."

Man sieht also, worauf es die Kirche bei ihrem Bestreben, sich die Volksschule untertan zu machen, ankommt: Erziehung der Jugend des Volkes zum Wunderglauben, Entwöhnung der Kinder und damit der kommenden Geschlechter vom logischen Denken unter Mißbrauch der Bildsamkeit und Empfänglichkeit der jugendlichen Gehirne, die, einmal in eine verkehrte Geistesrichtung gedrängt, später nur schwer oder gar nicht wieder in vernünftige Bahnen gelenkt werden können.

Der Eucharistische Kongreß, als kirchliche Veranstaltung betrachtet, mag die Oeffentlichkeit gleichgültig lassen. Aber die Kirche, die da weiß, daß sie nicht gedeihen kann, wenn sie sich nicht die kommenden Geschlechter sichert, sie hat in Köln keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie alle Mittel anzuwenden gedenkt, um ihren Einfluß auf die Jugend zugunsten ihrer allem vernünftigen Denken, aller Wissenschaft und aller Wahrheit widerstrebenden Lehre zu erhalten und zu stärken. Als Willenskundgebung in diesem Sinne hat das fünftägige Schauspiel am Rhein doch eine kulturelle Bedeutung insofern, als es alle Freunde der Freiheit und Wahrheit, namentlich aber das arbeitende Volk, um dessen Jugend, um dessen Zukunft es sich in erster Linie handelt, aufrufen sollte zur Sammlung und Stärkung ihrer Kräfte, die nötig sind, um der internationalen Reaktion, wie sie die römische Kirche verkörpert, Herr zu werden.

Der weiße Schrecken in Spanien.

In den Gegenden Kataloniens, die an dem jüngsten Aufstand teilgenommen haben, wütet der weiße Schrecken. Die von den Truppen aufgegriffenen Revolutionäre werden nach lächerlichen Blutgerichtsfarcen zu Dutzenden erschossen. Alle die feigen Niedermetzelungen wehrloser Gefangener, die sich im Jahre 1871 nach der Niederwerfung der Pariser Kommune abspielten, finden jetzt auf katalonischen Boden ihre Wiederholung. Und die ehrsamen bürgerlichen Blätter, die sich sonst über die Schandtaten des französischen Schreckensregiments der Jahre 1793/94, über die Gerichtsverhandlungen des französischen Revolutionstribunals zu entsetzen wissen und die Würdigung des Menschenlebens predigen, sie finden kein Wort des Protestes gegen das Wüten der spanischen Kriegsgerichte und ihrer Massenabschlachtungen. Und obgleich sich längst die meisten Meldungen von der gewaltsamen Schändung junger Nonnen, von der grausamen Marterung der Mönche als perfide Verleumdungen herausgestellt haben, haben doch nur wenige dieser anständigen Blätter den Mut offen zu bekennen, daß sie getäuscht worden sind, als sie solche Meldungen in ihre Spalten aufnahmen. Merkwürdigerweise gehört so halb und halb zu diesen wenigen auch die „Köln. Ztg." Nachdem sie wiederholt schauderhafte Mären über die Taten der Aufständischen verbreitet hat, bringt sie jetzt folgenden verklausulierten Widerruf aus der Feder ihres Madrider Korrespondenten:

„Der Leser wird bemerkt haben, daß ich bisher der Unparteilichkeit wegen sowohl konservative wie liberale Berichte habe zu Worte kommen lassen. Nun muß ich aber doch feststellen, daß in den letzten Tagen in der reaktionären Presse immer deutlicher die Tendenz zum Vorschein kommt, die Dinge noch schlimmer darzustellen, als sie gewesen sind, in der offenbaren Absicht, daraus für ihre Zwecke Kapital zu schlagen. Beim nochmaligen Durchlesen aller Meldungen findet man die Legende von den vergewaltigten und bei lebendigem Leibe verbrannten Nonnen nirgends bestätigt. Im Gegenteil, es wird übereinstimmend berichtet, daß zwei kranke Nonnen erst ins Krankenhaus geschafft wurden, bevor das Gebäude angesteckt wurde. Sonst ist nur die Tötung einiger Geistlichen in Granollers, dann einiger Mönche und eines Polizeiinspektors im Viertel Pueblo Nueno verbürgt. Das Hervorziehen einiger Leichen aus ihren Gräbern ist, wie Herr Sol y Ortega dargelegt hat, nicht der Lust an Profanierung zuzuschreiben; die Leute wollten nur sehen, was es mit den umlaufenden Erzählungen von gewaltsamen Todesursachen in den Nonnenklöstern auf sich habe. Dabei sollen die Rebellen Leichen mit zusammengebundenen Beinen (angeblich eine spanische Klostersitte) gefunden, darin einen Beweis für ihren Verdacht erblickt und diese Leichen nun durch die Straßen getragen haben, um sie dem Volk als Zeichen der angeblich in den Klostermauern vorgekommenen Verbrechen zu zeigen. Selbstverständlich ist ein solches Verfahren unter allen Umständen zu verurteilen; aber die radikale Presse ist der Ansicht, daß es gerade den englischen und französischen Blättern am wenigsten zukomme, sich besonders darüber aufzuregen, wenn sie sich an die weit furchtbarerern Auftritte in den Revolutionsperioden ihrer eigenen Länder erinnern wollten. Und was bedeuteten diese Ereignisse erst, verglichen mit den Greueln der Reaktion in Spanien und der Karlistenkriege. Es sei also pure Heuchelei, der Welt die Sache so darzustellen, als ob es sich hier um nie dagewesene Scheußlichkeiten handle."

Am meisten beteiligen sich an der Verbreitung erdichteter Verleumdungen der Revolutionäre die katholischen Blätter aller Länder. Das ist begreiflich. In erster Linie richtete sich, wie die Niederbrennung einer Anzahl Klöster beweist, der Ausbruch der Volkswut gegen die Mißwirtschaft des korrupten, faulen spanischen Klerus. Aus Rache für diesen Angriff bemüht sich die fromme Presse die Teilnehmer am Aufstand als verkommenes Mordgesindel hinzustellen. Zu welchen halb kindischen Fabeln sie dabei greift, zeigt folgender von der ehrlichen „Köln. Volksztg." mit Behagen nachgedruckter Bericht der „Corriere della Serra":

„Der Gedanke, die Klöster niederzubrennen, ist von der radikalen Presse systematisch genährt und gefördert worden; so bedurfte es in den Tagen der Anarchie nur eines Rufes, um mit einem Schlage die Wut der Empörer gegen die Geistlichkeit zu lenken. Der Angriff auf die Klöster ging in seltsamen Formen vor sich. In einer leeren Straße erscheint ein Radfahrer: der Kundschafter. Er verschwindet wieder. Kurz darauf finden sich fünf oder sechs Knaben mit Petroleumkannen ein, die sie gegen die Klostertüren gießen. Im Nu ist dann Feuer gelegt; die Brandstifter verschwinden. Später kommt dann eine kleine Gruppe von acht oder zehn Männern, um das Werk zu vollenden. Bleiben die Schutzleute aus, so wächst die Zahl, aber das Heer der Brandstifter geht fast nirgends über 100 hinaus. So wurden manche Klöster unmittelbar unter den Augen der Truppen eingeäschert; Gewehr bei Fuß sahen die Soldaten zu. Bei manchen Klöstern erschienen auch Herolde. Sie klopften an die Tür und kündigten an: „In einer halben Stunde wird hier Feuer angelegt, räumt also das Haus." Die Mönche flohen dann in die Nachbarhäuser. So wurde das Feuerlegen systematisiert. Wenn der Anschlag mißglückte, zogen diese Aufrührer ohne weiteres ab; sie kamen später wieder. Dienstagnacht brannten 18 Klöster ... Manche Klöster und Kirchen wurden während des Brandes geplündert. Im niedergebrannten Magdalenenkloster kam man dabei an die vermauerten Grabkammern. „Die Schatzkammer!" so schrie die Horde erwartungsvoll, „hier liegt ihr Gold und Silber begraben." Die Mauer wurde gesprengt. Plötzlich stand man vor den Särgen. Einen Augenblick herrscht betretenes Schweigen. Aber die erregten Gemüter versagen selbst dem Tode die Achtung. Unter wildem Geschrei und rohem Gelächter werden die Särge hervorgezerrt. Mit Steinen und Gewehrkolben schlägt man sie auf. So entweihte man 14 Särge, in denen die Körper verschiedener Nonnen wie schlafend lagen, in den gefalteten Händen ihr kleines Kreuz. Aber sie sollen nicht schlafen. Der vertierte Mob zerrt die Leichen aus den Särgen. Einige der Leichname stellt man aufrecht neben die Klostertüre und schiebt ihnen Gewehre unter die gekreuzten Arme. Andere Leichen schleppte man auf die Rambla und warf sie in die Hausgänge. Obszöne Lieder wurden dabei gesungen."

Achttausend Bergleute auf die Straße geworfen.

Kürzlich noch wurden von der Werkspresse Meldungen über Massenentlassungen von Bergleuten im Ruhrbezirk als Hetzereien der sozialdemokratischen Presse verschrien. Und nun bestätigt die amtliche Nachweisung über den Belegschaftswechsel im 1. Quartal 1909, daß in dem einen Monat März die Zahl der Abgänge um etwa 8000 größer war als die Zahl der Zugänge. Das bedeutet: achttausend Bergleute sind arbeitslos geworden.

Hier die amtlichen Ziffern für das 1. Quartal 1909:

	Zugang	Abgang
Januar . . .	12 705	11 686
Februar . . .	11 111	11 610
März . . .	10 358	18 329
	34 174	41 625

Schon das vierte Quartal des Vorjahres zeigte eine auffällige Einschränkung des Belegschaftswechsels, die zum Teil als Einwirkung der Krise aufgefaßt, in der Hauptsache aber als eine Folge der Sperre und der schwarzen Listen angesprochen werden

muß. Im genannten Zeitraum gestaltete sich der Belegschaftswechsel wie folgt:

	Zugang	Abgang
Oktober . . .	24 836	19 364
November . .	20 059	14 263
Dezember . .	11 680	11 202
	56 075	44 829

Insgesamt also noch ein erheblicher Ueberschuß an Zugängen. Im Monat Dezember aber schon ein Sinken der Zugänge um mehr als die Hälfte gegen den Monat Oktober. Das Plus der Zugänge entfällt ganz auf die beiden Vormonate. Und dann im 1. Quartal dieses Jahres eine scharf rückläufige Tendenz, so daß im Monat März die Zahl der Abgänge die der Zugänge um 8000 übertrifft.

Will man die Einschränkung des Belegschaftswechsels richtig würdigen, muß man ein Jahr zurückgreifen. Es betrug zum Beispiel der Belegschaftswechsel

1907	Zugang	Abgang
im 1. Quartal .	42 622	89 887
im 4. Quartal .	70 149	42 653

Im 4. Quartal 1907 eine Vermehrung um rund 28 000 Personen. Damit vergleiche man die Ziffern des 1. Quartals 1909. Und in der Verschiebung liegt Methode. Mehr als durch die Krise ist das Ueberzähligwerden auf die unverantwortlichen Machenschaften der Grubengrafen zurückzuführen. Jüngst berichteten die Zeitungen, daß im letzten Jahre an 150 000 fremde Arbeiter nach dem Industriebezirk hergeholt worden seien. So hat man künstlich eine Reservearmee geschaffen. Diese Massen wirken nun als Lohndrücker. Die Löhne sinken fortwährend; für manche Kategorien ist der Lohn um ein Viertel, ja um ein Drittel gesunken. Hierzu kommen die vielen Feierschichten, steigende Lebensmittelpreise und die allgemeine Arbeitslosigkeit in anderen Berufen. Das Unternehmertum hat planmäßig eine Situation geschaffen, die es ihm gestattet, die Arbeiter nach Willkür ausbeuten, knechten und mißhandeln zu können. Die Opfer der kapitalistischen Skrupellosigkeit knirschen im Joch; aber es kommt sicher die Stunde, wo sie es abschütteln und Vergeltung üben werden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. August 1909.

Eine lächerliche Posse.

Am 9. d. M. fand in Koblenz die Fortsetzung der bekannten ultramontanen Kölner Osterdienstags-Versammlung statt. Die Abgeordneten Roeren und Müller-Koblenz erklärten, daß eine Definition der Zentrumspartei nur von dem Ausschuß der gesamten Partei gegeben werden könne, und baten, von weiteren Erörterungen in dieser Frage Abstand zu nehmen. Der Abgeordnete Dr. Bitter-Kiel wollte hierauf nicht eingehen; er hielt eine längere Rede, die in heftigen Angriffen gegen die Geschäftsleitung ausklang.

Es wurde eine Resolution angenommen, in der gesagt wird, daß

1. die Versammlung die Verdächtigung zurückweist, als sei man bestrebt, das Zentrum zu einer einseitig konfessionellen Partei zu gestalten;

2. daß sie ein für allemal erklärt, an dem Programm und der Tradition des Zentrums festzuhalten und daß sie

3. das von der „Köln. Volksztg." systematisch verfolgte Bestreben, durch übermäßige und einseitige Betonung des interkonfessionellen Prinzips den wirklichen Charakter des Zentrums zu verwischen, wodurch eine verhängnisvolle Verwirrung in die Wählerschaft hineingetragen wird, scharf mißbilligt.

Die Resolution ist so albern, daß man annehmen muß, die Teilnehmer an der Konferenz haben bedenklich unter dem Einfluß der jetzigen Hitze gestanden.

Sozialdemokratie und Erbschaftssteuer.

Durch die bürgerliche Presse geht die Nachricht, daß die sozialdemokratische Fraktion in der Frage der Erbschaftssteuer gespalten gewesen sei, und daß die Zustimmung zur Erbschaftssteuer in zweiter Lesung nur nach harten Kämpfen ermöglicht wurde.

Wir können feststellen, daß diese Meldung nicht wahr ist. Die sozialdemokratischen Vertreter in der Steuerkommission haben dort für die Erbschaftssteuer gestimmt; ihre Haltung wurde von der Fraktion ohne weiteres gebilligt. Daraus ergab sich von selbst, daß die Fraktion in zweiter Lesung im Plenum ebenfalls für die Erbschaftssteuer stimmte. Ueber die Haltung der Fraktion bei der Abstimmung in dritter Lesung haben nur private Unterhaltungen zwischen einzelnen Abgeordneten stattgefunden; ein Beschluß der Fraktion erübrigte sich, weil es bekanntlich zu einer dritten Lesung im Plenum überhaupt nicht kam.

Wie der Liberalismus sich ermannt.

Man schreibt uns vom Rhein:

In Bonn fand vorige Woche eine Versammlung des liberalen Bürgervereins statt, in der über die durch den Ausgang der Reichsfinanzreform geschaffene innerpolitische Lage verhandelt werden sollte. Referenten waren Universitätsprofessor Sell-Bonn und Landtagsabgeordneter Hinzmann-Barmen. Ich hatte meinen Platz in der Nähe des Vorstandstisches, wo die Herren von der Leitung des liberalen Bürgervereins einander begrüßten und sich den Referenten vorstellten — lauter Leute mit gelehrten Titeln, wie denn überhaupt in dem genannten Verein der Professorenliberalismus den Ton angibt. Dabei hörte ich, wie einer der Bonner Herren zu dem auswärtigen Referenten sagte:

„Es ist doch eine Tatsache, daß seit hundert Jahren das Bürgertum nicht so an die Wand gedrückt worden ist wie heute. Man ist schließlich nur noch zum Steuerzahlen und zum Hurraschreien da."

Wer nun glaubt, daß in den Reden und in der Aussprache auch nur eine Spur von dieser Gesinnung zum Ausdruck gebracht wurde, der irrt gewaltig. Man jammerte über den Zerfall des liberal-konservativen Blockes, wehklagte über die unerträgliche Herrschsucht der Klerikalen, bedauerte mit besonderer Inbrunst, als ob das das Wichtigste der ganzen Sache sei, den Abgang Bülows, des „herrlichsten Kanzlers nach Bismarck" — wie einer der Redner meinte — und ging dann mit dem Singsang von „Deutschland, Deutschland über alles" auseinander. Der Bonner Liberalismus fürchtet offenbar, daß die preußischen Prinzen die rheinische Universität boykottieren, was allerdings für manchen ordens- und titellüsternen Professor von unermeßlichem Schaden wäre. Deshalb ballen sie die Faust der Opposition nur in der verschwiegenen Tasche und äußern den Unmut über die Verletzung ihrer liberalen Männerwürde nur unter vier Augen.

Konservative Mache.

Die Konservativen lassen die bekannte Rede des Abg. von Heydebrand als Flugblatt in allen ländlichen Orten verbreiten. Um nun auch den gewünschten Erfolg zu erzielen, ist man in einigen Punkten vom amtlichen Stenogramm abgewichen. Die Stimmung, die bei den Abgeordneten des Hauses während der Rede des Herrn von Heydebrand herrschte, kam durch verschiedene Zwischenrufe und durch wiederholtes Gelächter zum Ausdruck. Wenn z. B. der „ungekrönte König Preußens" den Vorwurf ablehnte, als wenn die Konservativen im „einseitig egoistischen Interesse lediglich etwa die Interessen des Grundbesitzes wahrnehmen wollten", so war das im stenographischen Bericht verzeichnete „schallende Gelächter links" die einzig richtige Antwort darauf. „Wiederholtes Lachen links" erregte die Behauptung, es bleibe das Ziel erreicht, daß die Vorherrschaft des Zentrums gebrochen sei. Mit „Heiterkeit links" und dem ironischen Zuruf: „Der Dank vom Hause Heydebrand!" wurde der Nachruf auf den eben gestürzten „verdienten Reichskanzler" abgetan.

Von alledem ist in dem Flugblatte nichts zu finden.

Die rote Fahne im Gerichtssaal.

Die alte aus der Zeit des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins stammende Fahne des Breslauer Sozialdemokratischen Vereins hat am letzten Sonnabend in den dortigen Tempel der Göttin Justitia ihren Einzug gehalten. Das kam so. Wie wir seinerzeit berichteten, war vor einigen Monaten das rote Sturmbanner der Breslauer Sozialdemokraten bei der Beerdigung eines Genossen zum ersten Male im Leichenzuge mitgeführt worden. Ein solches staatsgefährliches Unterfangen mußte Breslaus weltberühmte Polizei natürlich zu verhindern bemüht sein. Zunächst verbot ein Kommissar die offene Mitführung des Banners und ordnete die Verhüllung des leuchtenden Rots durch das Wachstuchfutteral an. Als aber später wieder das Tuch lustig im Winde flatterte, zwang ein anderer Kommissar den Fahnenwagen wegen Störung des ganzen Leichenzuges aus diesem heraus und zur nächsten Polizeiwache zu fahren. Hier wurde die Fahne beschlagnahmt. Sie blieb mehrere Tage in den Händen der Polizei. Gegen die Fahnendeputierten aber wurde wegen groben Unfugs ein Strafbefehl erlassen, desgleichen wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz gegen einen anderen Genossen, der am Grabe ein paar Abschiedsworte gesprochen hatte und als Veranstalter des nicht genehmigten Umzuges, nämlich des Begräbnisses, von der Polizei angesehen wurde.

Gegen die Strafbefehle wurde Einspruch erhoben, und in die Verhandlung vor dem Schöffengericht brachten unsere Genossen die Fahne mit, um dem Gericht zu beweisen, daß nichts Auffälliges an ihr sei. Die staats- und königstreuen Richter mochten aber in der Enthüllung des roten Banners in einer königlich preußischen Amtsstube eine schwere Gefahr für den Bestand des Staates wittern, und so verzichteten sie auf die Besichtigung. Sie fanden den Ausweg, die Fahnenträger von der Beschuldigung des groben Unfugs loszusprechen, da durch die bloße Mitnahme der verhüllten Fahne eine Belästigung des Publikums nicht herbeigeführt worden sei. Da nun aber Strafe sein muß, so gab's eine Verurteilung zu 3 bezw. 6 M., weil die Fahnenträger der polizeilichen Aufforderung nicht sofort nachgekommen sein sollen, während der angebliche „Veranstalter" des „ungewöhnlichen" Begräbnisses 50 M. aufgebrummt erhielt.

Die Gehaltszulagen der Lehrer.

In der „Nordd. Allgem. Ztg." wird die Nachricht bestätigt, daß die Lehrer die im Jahre 1908 erhaltene einmalige Zulage zurückerstatten sollen. Es wird aber darauf hingewiesen, daß die Zulage von 150 M. am 1. Oktober nicht abgezogen werden darf, sondern die Zurückerstattung durch Aufrechnung gegen die den Lehrern nach der neuen Besoldungsordnung zustehende Gehaltsforderung zu erfolgen hat. Voraussetzung aber ist, daß bis zum 1. Oktober die Gehaltsregelung derart beendet ist, daß die Lehrer die erhöhten Gehaltssätze bis dahin ausgezahlt erhalten.

Steuererhöhungen im württembergischen Landtage.

Der Landtag genehmigte gegen die Stimmen der Sozialdemokraten die Anträge der Regierung auf Erhöhung der Biersteuer, durch die der erhöhte Ausgleichungsbeitrag, der an das Reich zu zahlen ist, gedeckt wird. Um diese Wirkung zu erreichen, wurde der Höchstsatz der Steuer über den Betrag der Reichssteuern hinaus, auf 22 M. pro Doppelzentner Malz, festgesetzt.

Im Anschluß daran wurde die Einkommensteuer für alle Steuerstufen gleichmäßig um 5 Proz. des bisher erhobenen Einheitssatzes erhöht. — Die Forderung der Sozialdemokraten, die Einkommen von 500 bis 3050 M. von der Erhöhung gänzlich frei zu lassen, bei Einkommen von 3050 bis 10 000 M. eine Erhöhung von 5 Proz., bei Einkommen von 10 000 bis 20 000 M. 7½ Proz. und darüber hinaus 10 Proz. Erhöhung zu beschließen, fand bei keiner anderen Partei Unterstützung, weshalb die Sozialdemokraten gegen die Erhöhung stimmten, die mit allen gegen ihre Stimmen beschlossen wurde.

Ferner wurde die Grund-, Gebäude-, Gewerbe- und Kapitalsteuer um 5 Proz. des Einheitssatzes erhöht. Diese Erhöhung wurde einstimmig genehmigt.

Zur Volksschulreform in Württemberg.

Die kürzlich von der Zweiten württembergischen Kammer zum Volksschulgesetz gefaßten Beschlüsse haben nunmehr auch die Zustimmung der Volksschulkommission der Ersten Kammer gefunden. Da mit Sicherheit zu erwarten ist, daß das Plenum der Ersten Kammer die Beschlüsse seiner Kommission bestätigt, so kann man die oft leidenschaftlich geführten Kämpfe um dieses Gesetz, das die württembergischen Stände seit Juni vorigen Jahres beschäftigt, nunmehr als abgeschlossen ansehen. Die Entwickelung der württembergischen Volksschule ist damit in eine neue und für sie hoffentlich recht erfolgreiche Phase eingetreten.

Betrügereien auf der kaiserlichen Werft in Danzig.

Die von uns in der letzten Sonntagsnummer des „Vorwärts" gemeldeten Betrügereien auf der kaiserlichen Werft in Danzig, die zur Verhaftung des Marinebuchführers Ewert Veranlassung gaben haben durchaus nicht einen so harmlosen Charakter, wie ein Teil der bürgerlichen Provinzpresse Westpreußens im Biedermeierstile zu beweisen versucht. Bereits bei der großen Unterschlagungsangelegenheit auf der Kieler Werft fielen einige Schatten auf die Danziger Werke, und die im geheimen, aber eifrig betriebenen Ermittelungen haben zwischen Kiel und Danzig einen gewissen Zusammenhang ergeben. Es haben dann in letzter Zeit Nachforschungen bei Danziger Produkten- und Altmetallhändlern stattgefunden, die am Schluß der letzten Woche als Resultat die Verhaftung der Gebrüder Kronheim, Mitinhaber der größten Danziger Produktenhandlung und Metallschmelze, in Firma S. A. Hoch führten. Die weitere Untersuchung der sehr peinlichen Diebstahls- und Unterschlagungsgeschichte liegt jetzt ausschließlich in den Händen der Berliner Polizei. Sonnabend verfügte die Staatsanwaltschaft die Verhaftung des Chefs der Produktenfirma S. A. Hoch. Er wurde dann aber, ebenso wie sein Schwiegersohn Kronheim, gegen Stellung von 100 000 M. Kaution einstweilen noch auf freiem Fuß belassen. Es sei hier noch erwähnt, daß der Chef der genannten Firma mehrfacher Millionär und, wie das dann so üblich, ein „waschechter Patriot" vom Scheitel bis zur Sohle ist, der selbstverständlich gegen den inneren Feind und tapfer für Thron und Altar ficht.

Aus der Kaserne. Vor dem Kriegsgericht der 17. Division hatte sich in der vorigen Woche der Unteroffizier B. vom Infanterie-Regiment „Lübeck", Nr. 162, wegen Mißhandlung eines Untergebenen zu verantworten. Der Angeklagte hat einem Soldaten, der ein Paar dem Unteroffizier gehörige Stiefel nicht gut genug gereinigt hatte, gepackt und mit einem Stiefel auf den Kopf, ins Gesicht und auf die zum Schutz erhobene Hand derartig geschlagen, daß der Gequälte mehrere Beulen und Schrammen davontrug und einige Tage lang Schmerzen litt.

Als der Soldat sich wegen dieser Mißhandlung beim Feldwebel beschwerte, versetzte letzterer ihm eine kräftige Ohrfeige und ließ ihn mit einem 16 Pfund schweren Sandsack im Tornister nachexerzieren. Da es sich um einen Vorgesetzten handelte, der nur einen Untergebenen gemißhandelt hatte, so sah das Kriegsgericht die Sache sehr milde an und verurteilte den schlagfertigen Unteroffizier zu zehn Tagen Mittelarrest. Von einer Bestrafung des Feldwebels, der eine so eigenartige und bezeichnende Illustration zum Beschwerde-„recht" des Soldaten lieferte, hat man bisher überhaupt nichts vernommen. Welche Strafe würde wohl der Soldat erhalten haben, wenn er den Unteroffizier mit dem Stiefel bearbeitet hätte? Man kann sich das auf Grund gesammelter Erfahrungen schon ausmalen.

Der türkisch-griechische Konflikt.

Der politische Horizont zeigt sich heute, was die Kretafrage anbelangt, weit weniger sturmbewölkt als in den letzten Tagen. Die Vorstellungen der Schutzmächte Kretas, denen sich auch Deutschland und Oesterreich-Ungarn angeschlossen haben, bei der türkischen Regierung haben bewirkt, daß die Pforte eine etwas weniger aggressive Haltung gegen Griechenland einnimmt. Nachdem die Mächte in Konstantinopel energisch erklärt haben, daß die endgültige Regelung der Kretafrage Sache der Schutzmächte sei, hat die türkische Regierung keine weiteren Schritte gegen Griechenland unternommen und sich auf das Abwarten der griechischen Antwort auf ihre Note verlegt: eine Antwort, die schwerlich anders lauten wird, als daß die Vorgänge auf Kreta nicht eine Angelegenheit Griechenlands sind, sondern der vier Schutzmächte. Zwar hat die Pforte den Botschaftern versichert, daß sie ihre Rechte nicht aufgeben und sie zu verteidigen entschlossen sei, aber zugleich hat sie erklärt, daß sie bereit sei, Kreta die Selbstverwaltung zuzugestehen, falls auf den Gouverneur- und auf die anderen hohen Beamtenposten der Insel ottomanische Untertanen berufen würden.

Mehr kann auf einmal nicht verlangt werden, denn das türkische Kabinett hat eine sehr schwierige Stellung. Es muß notgedrungen Rücksicht nehmen auf das hochgespannte Selbstgefühl, auf die Wünsche der jungtürkischen Partei, vor allem auf die Stimmung des Offizierskorps, das den Umschwung herbeigeführt und gestützt hat.

Athen, 9. August. Die Antwort Griechenlands auf die türkische Note ist dem türkischen Gesandten heute nachmittag übermittelt worden. In der Note wird Widerspruch erhoben gegen die türkischen Beschwerden und erklärt, Griechenland habe sich stets von dem Wunsche leiten lassen, herzliche Beziehungen mit der Türkei zu unterhalten. Die Note erinnert an die Begeisterung des griechischen Elements in der Türkei für das neue Regime als Beweis dafür, daß Griechenland keine der Absichten hegt, die ihm unterstellt werden. Griechenland wolle alles tun für eine Beruhigung in der kretischen Frage und habe Loyalität und Freimütigkeit gezeigt. Da übrigens Kreta sich in den Händen der Mächte befinde, könne Griechenland nur diesen die Lösung der Frage überlassen. Griechenland sei in die annexionistische Bewegung nicht verwickelt und habe stets eine korrekte und loyale Haltung beobachtet. Die Note spricht schließlich die Hoffnung aus, daß diese Erklärungen das Mißverständnis beseitigen und dazu beitragen werden, eine Aera herzlicher und loyaler Beziehungen zwischen beiden Staaten zu ihrem großen Wohle herbeizuführen.

Wien, 9. August. Wie das „Neue Wiener Tageblatt" authentisch meldet, haben die vier Schutzmächte die türkische Note dahin beantwortet, daß die Türkei das in der Note angebotene Autonomiestatut für Kreta den Mächten zur Prüfung vorlegen möchte. Hierdurch erscheint die Kriegsgefahr für die nächste Zeit beseitigt. Die Mächte erkennen durch diese Antwort an, daß die Türkei als Souverän eine Verfassung für Kreta erlassen kann, was einen großen diplomatischen Erfolg der Pforte bedeutet. Die Türkei wird nunmehr in Unterhandlungen über die geplante Verfassung eintreten, die längere Zeit dauern werden.

England.

Das Halbzeit-Schulsystem.

London, 7. August. (Eig. Ber.) Seit Jahren wird von Sozialisten, Arbeiterführern und Reformern agitiert, das in Textilgegenden bestehende Halbzeitsystem abzuschaffen. Unter diesem System versteht man folgendes: Die Kinder Englands sind vom 5. bis zum 14. Lebensjahre schulpflichtig. Die Lokalbehörden haben die Schulpflicht durchzuführen, und sie sind berechtigt, gewisse Ausnahmen zuzulassen. In Gegenden, wo die Textilindustrie stark verbreitet ist, gestatteten die Lokalbehörden, daß Kinder, die 12 Jahre alt sind, einen halben Tag in der Schule und den anderen halben Tag in der Fabrik zubringen sollen.

In Ackerbaugegenden besteht der Gebrauch, daß Kinder im Alter von über 11 Jahren während der Sommermonate ganz vom Schulbesuch befreit werden, um bei der Getreide- und Obsternte mithelfen zu können.

Infolge der oben erwähnten Agitation setzte das Unterrichtsministerium eine Kommission ein, um das Wesen und die Wirkungen dieses Halbzeitsystems zu untersuchen. Der Bericht der Kommission wurde vor wenigen Tagen veröffentlicht. Darin wird gesagt:

„Wir haben gefunden, daß die Lehrer fast einstimmig gegen dieses System sind. Sie erklären, daß die Halbzeitler ihre Aufmerksamkeit zwischen Schule und Fabrik teilen und deshalb nicht mehr imstande sind, ihren Schularbeiten das nötige Interesse entgegenzubringen. Ihr Fortschritt wird gehemmt oder ganz unmöglich gemacht. Die Kinder kommen müde und schläfrig in die Schule. Ebenso leidet die ganze Schulorganisation darunter.

Aber nicht nur der Geist der Kinder leidet, sondern auch ihr Charakter. Der Einfluß der Fabrik ist nicht so gut wie der der Schule. Es wurde beobachtet, daß die Halbzeitler oft an sittlicher Disziplin verlieren. Ihre Muster sind nicht mehr die Lehrer, sondern die ledigen Fabrikarbeiter. Ihr Ton wird vulgär, und sie teilen ihn dann der ganzen Schule mit.

Eine Abschaffung dieses Systems ist nicht leicht. Von 300 Kindern, die von den Kommissionsmitgliedern darüber befragt wurden, erklärten nur 7, daß sie lieber den ganzen Tag die Schule besuchen möchten. Die übrigen meinten, die Fabrikarbeit verschaffte ihnen Geld und Freiheit und eine Gleichstellung mit den Erwachsenen.

Andererseits hat die Kommission gefunden, daß viele der jungen Leute, die früher Halbzeitler waren, es bedauern, den Unterricht frühzeitig abgebrochen zu haben. Ebenso hat die Kommission gefunden, daß die meisten Familien, die ihre Kinder zu Halbzeitlern machen, die Löhne der Kinder nicht brauchen. Nur in wenigen Familien waren diese Löhne zum Auskommen unentbehrlich.

Die Kommission kam zu folgenden Schlüssen:

Das Halbzeitsystem ist am 1. Januar 1911 abzuschaffen, d. h. in Textildistrikten müssen die Kinder bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres die Schule besuchen.

In Ackerbaugegenden dürfen Befreiungen vom Schulbesuch nur bei Kindern eintreten, die das 13. Lebensjahr zurückgelegt haben, und nur dort, wo ihre Beschäftigung absolut notwendig ist.

Gewerkschaftliches.

Christliche Kampfesweise.

Die Nr. 30 der „Gewerkschaftsstimme" enthält folgende Notiz:

„Bodenlose Gemeinheiten der Genossen.

Wir konnten bereits in mehreren Nummern unseres Organs von der Verrätertaktik der Genossen in Solnhofen berichten. Trotz der Beschönigungsversuche der Presse roter Couleur bleiben die von uns berichteten Tatsachen stehen. Die Dinge werden aber noch schöner. Bekanntlich sind viele unserer Kollegen abgereist und haben anderweitig Stellung angenommen, unter anderem auch ein Teil in Lahe. Unsere Kollegen mußten aber schon am ersten Tage die wahre Interessenvertretung der Genossen empfinden. Diese legten nämlich sofort, als unsere Kollegen zu arbeiten begonnen hatten, die Arbeit nieder, um die Entlassung unserer Kollegen zu erzwingen. Tatsächlich wurden sie von der Firma Leser noch am gleichen Tage entlassen. Die Genossen arbeiten dadurch den Unternehmern direkt in die Hände. Sie arbeiten in ihrem Haß gegen die Christlichen auch gegen die eigenen Mitglieder, die an der Bewegung in Solnhofen mitbeteiligt sind. Noch gemeiner und niederträchtiger kann der Arbeiterverrat wahrlich nicht mehr betrieben werden. Ob ein Arbeiter mit einer solchen Gesellschaft noch gemeinsame Sache machen will, überlassen wir ihm selbst; der Vorgang wird aber einen neuen Beweis für die Schandtaten der Genossen in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bilden."

Wahr ist, daß 10 Mann in Solnhofen im Steinbruch der Firma Leser anfingen und am nächsten Tage wieder entlassen wurden. Gelogen ist, daß die „roten Genossen" ihre Entlassung erzwungen oder auch nur veranlaßt haben. Das ist schon deshalb unmöglich, weil von den 12 Mann, die im Steinbruch arbeiten, nur ein einziger organisiert ist, die übrigen sind genau so schwarz wie die zugereisten aus Solnhofen.

Berlin und Umgegend.

Der Kampf im Schlossergewerbe.

Am Dienstag kamen die streikenden Geldschrankschlosser in Frankes Festsälen in der Badstraße zusammen, die Bauschlosser im Gewerkschaftshause. Die Streikenden protestierten energisch dagegen, daß Vorfälle, mit denen sie nichts zu tun haben, wie die Schlägerei am Gesundbrunnen, gegen ihre Sache ausgebeutet werden. Besondere Vorwürfe wurden gegen „Die Zeit am Montag" erhoben, weil man von dieser Seite eine größere Zurückhaltung erwartet hätte.

Otto Handke teilte mit, daß noch etwa 100 Ausgesperrte sich gemeldet hätten, so daß die Gesamtzahl bis Dienstag mittag noch keine 400 betrage. Zu Anfang der Bewegung wußte die bürgerliche Presse zu berichten, daß eine Aussperrung im Schlossergewerbe 5000 bis 6000 Personen treffen würde.

Die Unternehmer haben nach ihrer Generalversammlung vom 4. August ein Rundschreiben versandt, das in verschiedener Beziehung sehr interessant ist. Man ersieht daraus, mit welchen terroristischen Mitteln die Unternehmer zu arbeiten entschlossen sind, wenn ihre Mitglieder nicht gehorchen wollen. Das Schreiben lautet:

Berlin, den 5. August 1909.

An die Mitglieder der Schlosserinnungen zu Berlin und Charlottenburg sowie des Schutzverbandes Berliner Schlossereien und verwandter Gewerbe.

Zu dem Streik der Geldschrankschlosser und zu dem Streik, den der Deutsche Metallarbeiterverband für mehrere unserer Betriebe proklamiert und durchgeführt hat, um zugunsten seiner übertriebenen Tarifforderungen einen Druck auf uns auszuüben, beschloß die gestrige außerordentliche Generalversammlung:

Sämtliche Stundenlohnarbeiter sind, soweit sie Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterbandes oder einer mit ihr solidarischen Organisation und nicht als Helfer an Akkordarbeiten beteiligt sind, am Sonnabendabend auszusperren. Neue Akkorde dürfen von heute an nicht mehr abgeschlossen werden. Bei Beendigung von Akkorden sind die dabei beteiligt gewesenen Leute sofort auszusperren.

Die Aussperrung soll erfolgen, wenn der Deutsche Metallarbeiterverband auf Aufforderung nicht bis zum Freitag abend 6 Uhr erklärt hat, daß der Streik sofort beendigt wird.

Sobald sich danach eine Aussperrung nötig macht, werden Sie noch vor der Lohnzahlung benachrichtigt.

Zugeständnisse dürfen in keiner Weise gemacht werden. Es wird sich auch ein jeder Arbeitgeber selbst sagen, welche desorganisierende Wirkung jedes Einzelzugeständnis haben muß. Die Arbeitnehmer wollen gerade durch ihre geschickte Taktik Zersplitterung in die Reihen der Arbeitgeber tragen, um dadurch die Löhne für die Gesamtheit bis ins Unmögliche in die Höhe zu treiben. Zeigen Sie durch einmütiges, festes Zusammengehen, daß Sie gewillt sind, geschlossen dem wachsenden Druck von unten und oben zu begegnen, um ein selbständiges Gewerbe lebensfähig zu erhalten.

Nichtorganisierten ist zur Unterschrift das in zwei Exemplaren anliegende Formular vorzulegen, von dem weitere Exemplare in der Geschäftsstelle zur Verfügung stehen.

Macht sich die allgemeine Aussperrung notwendig, so ist es Ehrensache der Arbeitgeber, die durch die Gunst der Verhältnisse in der Lage sind, weiter zu arbeiten, keine „Aussperrungsarbeiten" (Arbeiten, die infolge der Aussperrung liegen bleiben müssen) ohne Wissen des betreffenden Kollegen anzunehmen. Wer solche Arbeiten übernehmen kann und will, möge sich mit Angabe der Art der Arbeiten, die er ausführen kann, an die Geschäftsstelle wenden.

Wer glaubt, durch Konventionalstrafe gebunden zu sein, möge sich, wenn alle Versuche, den Auftraggeber zur Verlängerung der Lieferfrist zu bewegen, ohne Erfolg bleiben, durch die Geschäftsstelle sofort an den Vorstand wenden, und zwar mit genauer Darlegung des Falles. Der Vorstand wird das weitere veranlassen bezw. entscheiden.

Um über die strikte Durchführung der Beschlüsse zu wachen, hat die Generalversammlung eine Kontrollkommission eingesetzt, deren Mitglieder mit Legitimationskarten ausgestattet sind. Gegen säumige Mitglieder werden nach den Satzungen der Innung und des Verbandes die gesetzlichen Zwangsmittel zur Anwendung gebracht werden und **die Namen** derer, die es an Solidarität fehlen lassen, werden **allen Mitgliedern, den Behörden, den einflußreichen Baumeistern**, die Arbeitgeberverbänden angehören, und **den Eisenhändlern** bekanntgegeben.

Arbeitswillige kann, bis jetzt allerdings **noch im beschränkten** Umfange, die Geschäftsstelle beschaffen.

Wir weisen noch darauf hin, daß den Ausgesperrten sofort alle Papiere auszuhändigen sind, unter anderem auch der Entlassungsschein (Formular des Verbandes Deutscher Schlosserinnungen, für 30 Pf. pro Dutzend in der Geschäftsstelle zu beziehen!) und daß sie sofort abzumelden sind.

Wir ersuchen dringend, dieses Rundschreiben aufzubewahren!

Mit kollegialem Gruß und vorzüglicher Hochachtung

die Vorstände der Schlosserinnungen zu Berlin und Charlottenburg und des Schutzverbandes Berliner Schlossereien u. v. G.

Paul Marcus. Ernst Franke. Th. Kaeber.
Der Geschäftsführer: Dr. H. Kartwehl.

In der „Mariendorfer Zeitung", dem „Publikationsorgan der Gemeindeverwaltung Mariendorf", findet man in der Sonntagsnummer vom 8. August die folgende Notiz:

„Wie wir erfahren, werden die in der Kunstschlosserei von **Bechler u. Paasche** zu Mariendorf beschäftigten Gesellen sich dem allgemeinen Streik anschließen. Der Mindestlohn soll auf 49½ Pfennige erhöht werden. Nun, zu sehr wird die Firma nicht unter dem Streik leiden, da nicht weniger als

28 Lehrlinge

dort in Arbeit stehen, eine Zahl, die mit der Anzahl der Gehilfen in keinen Zusammenhang zu bringen ist."

Die Firma Bechler u. Paasche wird recht erschrocken sein über die freundschaftliche Notiz der „Mariendorfer Zeitung". Vielleicht schenken die zuständigen Behörden in Mariendorf dieser Lehrlingszüchterei gelegentlich ihre nähere Aufmerksamkeit.

Achtung, Kürschner! Wegen Maßregelung des Werkstattvertrauensmannes verhängte die Filiale Leipzig über die Firma Hermann Sobelmann in Leipzig die Sperre. Unsere Kollegen werden ersucht, Zuzug fernzuhalten.

Deutscher Kürschnerverband. Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Die leidtragenden Gastwirtsgehilfen.

„Unter den Interessenten ist in bezug auf die Steuerabwälzung eine Einigkeit erzielt worden!" So wird jetzt von überall her gemeldet. Brauer und Wirte verstehen es nicht schlechter wie die Agrarier, alle Lasten auf Dritte abzuwälzen. Wie die Darstellung der gesamten Presse ergeben hat, ist nicht nur die Abwälzung der neuen Steuern beabsichtigt, sondern es ist allgemein vereinbart worden, einen bedeutend höheren Preisaufschlag eintreten zu lassen, als sich mit den neuen Steuern rechtfertigen läßt. Die von den neuen Steuern zunächst, wenigstens anscheinend Betroffenen, die Wirte und die Brauer, machen nach allem, was bisher bekannt wird, ein wahrhaft glänzendes Geschäft bei der Abwälzung. Unter anderem ist das auch daraus ersichtlich, daß die Aktien der meisten Brauereien eine erhebliche Kurssteigerung erzielten. Es ist auch schon festgestellt, daß die Brauereien allein aus einer Erhöhung von nur 3 M. — bekanntlich ist ja vielerorts eine solche von 5 M. beschlossen —, einen neuen Ueberschuß von 4—13 Proz. auf ihr gesamtes Aktienkapital erzielen werden. Bei einem Aufschlage von 3 M. würde z. B. die Schultheiß-Brauerei in Berlin aus der Abwälzung einen neuen Profit von 1¼ Millionen Mark herausschlagen und damit weitere 9 Proz. Dividende auf das Aktienkapital zahlen können. Es ist also in aller Planmäßigkeit auf die Taschen des konsumierenden Publikums abgesehen.

Ganz außer acht gelassen sind bisher bei allen Kalkulationen der „Beteiligten" die Angestellten. Dabei gibt es kaum eine Arbeiterkategorie, welche unter schlechteren Verhältnissen ihr Dasein fristet, wie gerade die Angestellten des Gastwirtsgewerbes, das den Unternehmern ungeheure Gewinne, den Angestellten jedoch zumeist nur die Möglichkeit günstigenfalls von Trinkgeldern existieren zu können, bietet. Die Trinkgeldmisere ist nicht nur sprichwörtlich, sondern die Lösung dieser Frage in den letzten Jahren geradezu eine Notwendigkeit geworden, und sicherlich wird sich nicht so leicht wieder eine Gelegenheit bieten, wenigstens auf eine Aendrung dieses traurigsten aller Lohnsysteme hinzuwirken. Die gewerkschaftliche Organisation der Angestellten, der „Verband deutscher Gastwirtsgehilfen", ist zu solch einer Aktion allerdings noch zu schwach, insbesondere durch den Umstand, daß er mit einer Reihe gelber nationaler Verbände zu rechnen hat. Immerhin wird aber jetzt bei der überall eintretenden Bierpreiserhöhung auf die Einführung von festen Löhnen, so bescheiden diese auch in der ersten Zeit sein mögen, gedrungen werden können. Es ist zweifellos, daß das Publikum sich gegen eine mäßige Erhöhung der Bierpreise viel weniger wenden würde, wenn die Gastwirte so einsichtsvoll gewesen wären, sich auch über eine feste Entlohnung ihrer Angestellten zu einigen. Es ist zu wünschen, daß dem Verband deutscher Gastwirtsgehilfen, der zurzeit überall, wo Bierpreiserhöhungen stattfinden und damit auch ein Zurückgehen des Trinkgelderverdienstes der Angestellten zu befürchten ist, die Forderung auf Minimallöhne stellt, von seiten des Publikums in jeder Weise Unterstützung zuteil werde.

Kampf im Baugewerbe in Hamburg.

Da in der gestrigen Nummer des „Vorwärts" die vor dem Einigungsamt gepflogenen Verhandlungen nur zum Teil wiedergegeben sind, bringen wir sie heute vollständig:

Das Einigungsamt hat den Parteien den folgenden Vorschlag gemacht:

„Seitens der Arbeitnehmer der sämtlichen in Betracht kommenden Nebengewerbe wird die Arbeit zu den alten Lohn- und Arbeitsbedingungen sofort wieder aufgenommen, nachdem den Arbeiterorganisationen von dem Arbeitgeberverband offizielle Anzeige gemacht ist, daß die Stillegung des betreffenden Nebengewerbes laut Bekanntmachung in den „Hamburger Nachrichten" vom 24. Juli 1909 seitens des Baugewerbeverbandes aufgehoben worden ist. Die Vertreter des Baugewerbeverbandes nehmen den Antrag des Herrn Paeplow: Den an der heutigen Verhandlung beteiligten Arbeitnehmerorganisationen, mit Ausnahme derjenigen der Gipser und Plattenansetzer, vom 1. Januar 1910 ab eine Lohnerhöhung von 5 Pf. pro Stunde auf die bisherigen Löhne zu gewähren, wenn und insoweit den Angehörigen der 3 Zentralverbände eine Lohnerhöhung überhaupt zugebilligt wird, — entgegen und werden denselben mit der Paeplowschen Begründung ausführlich vortragen. Die Parteien erklären sich zur Fortsetzung der Verhandlungen vor dem Einigungsamt in dem auf den 11. August d. J. anzuberaumenden Termine bereit. Im übrigen herrscht bis zur Beendigung der Verhandlungen vom 11. August im Baugewerbe Waffenstillstand. Es werden weder neue Sperren verhängt, noch fremde Arbeitskräfte angeworben und herangezogen, mit der Maßgabe jedoch, daß die bis heute angeworbenen Arbeitswilligen empfangen werden dürfen. Der Baugewerbeverband gibt noch heute Order, daß die Anwerbung Arbeitswilliger unterbleiben soll."

Die Plattenansetzer, die neben den Gipsern bei einer Lohnerhöhung ausscheiden sollen, beschlossen, die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufzunehmen.

Die Betonarbeiter faßten den gleichen Beschluß. Vom Lohnschutzverband der Betonbauunternehmer lag ein Schreiben vor, worin sich die Unternehmer mit den Einigungsverhandlungen einverstanden erklären und mitteilen, daß die Betonarbeiter die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufnehmen können. Die Wiedereinstellung soll nach Bedarf erfolgen. — Wenn nach dem Tarif von 1907 gearbeitet wird, bedeutet dies im Vergleich zu den zuletzt gezahlten Löhnen teilweise eine Lohnerhöhung von 5—10 Pf. pro Stunde.

Auch die Klempner stimmten dem Vorschlage, die Arbeit wieder aufzunehmen, zu. Sie wollen aber mit der Aufnahme der Arbeit warten, bis sie von den Meistern oder durch die Vermittelung der Organisation aufgefordert werden, die Arbeitsplätze wieder einzunehmen.

Die Bauschlosser sind mit wenigen Ausnahmen wieder in Arbeit getreten.

Von den Maurern und Bauhilfsarbeitern, die in zwei stark besuchten Versammlungen zu dem Resultat der Einigungsverhandlungen Stellung nahmen, wurde scharf kritisiert, daß die Verhandlungskommission vor den Unternehmern aufs Neue zurückgewichen sei. Es hätte unbedingt daran festgehalten werden müssen, daß die Lohnerhöhung spätestens am 15. Oktober d. J. eintreten würde, und nicht erst am 1. Januar 1910. Es wurde jedoch der Kommission die Vollmacht erteilt, die Verhandlungen weiterzuführen, und dafür zu sorgen, daß von dem jetzigen Standpunkt nicht mehr abgewichen werde. — Weiter beschlossen die Gipser, Kunststeinarbeiter, Glaser und Dachdecker, die Arbeit aufzunehmen.

Sämtliche Berufe, die beschlossen haben, die Arbeit wieder aufzunehmen, taten es unter der Bedingung, daß die weiteren Einigungsverhandlungen für die Hauptbeteiligten und die durch die Aussperrung in Mitleidenschaft gezogenen Nebenberufe annehmbare Resultate zeitigen.

In den Kreisen der Arbeiter hört man kein Wort von Kampfesmüdigkeit, wohingegen die Unternehmer vielfach über große Verluste klagen führen, und bedauern, daß sie sich dem Arbeitgeberverband mit Haut und Haaren verschrieben haben. In der Hamburger Arbeiterschaft ist man der Ansicht, daß ein großer Einfluß von der hamburgischen Regierung auf die Unternehmer ausgeübt werde. Der Hamburger Senat befürchtet anscheinend, daß ein Sieg der Arbeiter im Baugewerbe auch die in den Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter begehrlich machen könnte.

Was der Unternehmer braucht, muß er haben!

Aus Halle a. S. berichtet man uns unterm 9. August: In der sogenannten Waisenhausbuchdruckerei legten am 5. August 25 Hilfsarbeiter bezw. -arbeiterinnen die Arbeit nieder, weil ihnen tarifmäßige Zuschläge für die Ueberstunden nicht gewährt wurden. Der Administrator des Geschäfts ist nun auf das Gewerbegericht gegangen und verlangt von den Arbeitern und Arbeiterinnen als „Gesamtschuldner" 1000 M., weil sie kündigungslos die Arbeit verlassen hätten. Der Unternehmer glaubt seine Pflichten nicht erfüllen zu brauchen.

Aus der Partei.

Die 4. ordentliche Generalversammlung des 18. hannoverschen Reichstagswahlkreises tagte am Sonntag, den 8. August, in der „Zentralhalle" zu Scharmbeck. Vertreten waren 6 Ortsvereine durch 18 Delegierte. Ferner waren anwesend 3 Mitglieder des Kreisvorstandes, der Obmann der Kontrollkommission, 2 Mitglieder des Bezirksvorstandes, 2 Vertreter des 19. hannoverschen Reichstagswahlkreises, sowie der Kandidat des Kreises Genosse Rhein-Bremen. Aus dem Geschäftsbericht geht hervor, daß die Mitgliederzahl eine geringe Steigerung erfahren hat. Sie stieg von 1243 auf 1253, davon sind 1112 männliche, 141 weibliche Mitglieder. Die Abonnentenzahl unserer Parteipresse ist infolge der im Unterwesergebiet mit außerordentlicher Schärfe auftretenden Wirtschaftskrise von 1988 auf 1659 zurückgegangen. Die im Berichtsjahre vollzogenen Gemeindevertreterwahlen haben der Partei neue gute Erfolge gebracht. In 13 Orten sind jetzt 49 sozialdemokratische Gemeindevertreter tätig, während im Vorjahr in 12 Gemeinden nur 33 Gemeindevertreter vorhanden waren. Es wurden 29 000 Flugblätter, 11 200 Kalender, 60 000 „Landboten" und 10 800 „Sozialdemokraten" verbreitet. Als Delegierte zur Bezirkskonferenz wurden die Genossen Geißler-Osterholz-Scharmbeck, Hölscher-Burgdamm, Hoborst-Ritterhude und Vollers-Vegesack gewählt. Zum Parteitag in Leipzig wurde Genosse Vollers einstimmig delegiert.

Versammlungen.

Die Arbeiter-Bildungsschule Berlin hielt im Schullokal, Genadierstr. 27, ihre regelmäßige ordentliche Generalversammlung ab. Der Vorsitzende, Genosse Geithner, erstattete den Bericht vom zweiten Quartal 1909. Wie in den früheren Jahren, so war auch diesmal der Unterricht auf die wichtigsten vier Unterrichtsfächer beschränkt und ist dadurch die Mitgliederzahl etwas zurückgegangen. Auch in den Vororten wurde der Unterricht für dieses Quartal eingestellt, er soll aber, nach Rücksprache mit den beteiligten Genossen, eventuell im Herbst wieder aufgenommen werden. Der Lehrplan für das vierte Quartal konnte dieser Generalversammlung noch nicht vorgelegt werden, das soll aber bald geschehen, damit frühzeitig in eine Agitation für die Schule eingetreten werden kann. Voraussichtlich wird er denselben Umfang wie im gleichen Quartal des Vorjahres haben. An sonstigen Veranstaltungen sind der gut besuchte Wilhelm-Busch-Abend und drei Ausflüge zu erwähnen. Den Kassenbericht gab Genosse Königs, für die Bibliothekare berichtete Genosse Balzer, während Genosse Grunwald den Bericht des Lehrerkollegiums gab. Dem Antrage der Revisoren, Kassierer und Bibliothekare zu entlasten, wurde stattgegeben. Beim Punkt Schulangelegenheiten entspann sich eine längere Debatte über den weiteren Ausbau der Schule. Es wurden Vorschläge gemacht, die darauf abzielen, die Agitation für die Schule wirksamer zu gestalten. Die Erfahrungen lehren jedoch, daß die Schule in der jetzigen Form und bei ihren beschränkten Mitteln über einen bestimmten Umfang nicht hinauskommt, zumal die Größe Berlins eine weitere Entwickelung, ohne die finanziell nicht mögliche, größere Dezentralisation, unterbindet. Dazu kommt noch, worauf Genosse Geithner hinwies, daß die Form von straffen Lehrkursen immerhin erhebliche Anforderungen an Aufmerksamkeit und geistige Mitarbeit der am Tage körperlich schwer arbeitenden Schüler stellt. Dabei sei zu berücksichtigen, daß die Vorträge doch nur die Anregung zu weiterem Buchstudium geben könnten. Das beste Mittel zum Ausbau und zur Vorwärtsentwickelung der Schule sei die rege Beteiligung der Mitglieder auch am Vereinsleben der Schule und die eifrige mündliche Propaganda. Dem Vorstande seien auch Anregungen und Wünsche der Schüler auf Ausgestaltung der Lehrpläne sehr erwünscht. Von den Vorschlägen, die den zum nächsten Winter zu wählenden Lehrstoff betreffen, ist der am bemerkenswertesten, der einen Kursus über die Geschichte der Sozialpolitik wünscht.

Zentralverband der Maurer. Agitationsfragen wurden in der am Freitag abgehaltenen Generalversammlung des Zweigvereins Berlin besprochen. Um die Kollegen, welche unter dem Druck der wirtschaftlichen Krise sich vom Verbande abgewandt hatten, an ihre gewerkschaftlichen Pflichten zu mahnen und neue Mitglieder der Organisation zuzuführen, ist gemäß dem Beschluß der vorigen Generalversammlung eine Bautenagitation betrieben worden. In sieben Wochen fanden 146 Sitzungen statt, zu denen jedesmal die Kollegen geladen waren, die auf einigen, nahe beieinanderliegenden Bauten beschäftigt waren. Die Einladungen sind insgesamt an 6394 auf den Bauten beschäftigten Maurern ergangen. Von diesen haben 3187 an den Sitzungen teilgenommen. Etwa 300 Aufnahmen neuer Mitglieder sind als unmittelbarer Erfolg der Bautenagitation zu verzeichnen, während etwa 300 weitere Aufnahmen als mittelbare Folge dieser Agitation angesehen werden können. — Am Schluß des zweiten Quartals hatte der Zweigverein 8811 Mitglieder, und zwar 5721 Maurer, 1761 Putzer, 1329 Gips- und Zementarbeiter.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Buchdruckerstreik.

Innsbruck, 10. August. (W. H.) **Wegen Differenzen beim Tiroler Anzeiger ist hier ein allgemeiner Streik der Setzer und Buchdrucker ausgebrochen. Seit heute morgen erscheinen hier keine Zeitungen.**

Erdbeben.

Trient, 10. August. (W. T. B.) In den tessinischen Alpen wurde heute ein **wellenförmiges Erdbeben** in der Richtung von Ost nach West verspürt.

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

16. Jahresversammlung des Zentralverbandes der Ortskrankenkassen im Deutschen Reiche.

Bremen, den 9. August.

Zweiter Tag.

In der Nachmittagssitzung referierte Kassenrendant **Albert Kohn**-Berlin über die Vorschläge des Reichsversicherungsentwurfs zur

Versicherung der Landarbeiter, Dienstboten, Heimarbeiter usw.:

Die Ausdehnung der Versicherung auf die **Landarbeiter** habe nicht überrascht. Die Regierung komme nur zu dieser von der Sozialdemokratie seit Jahrzehnten verlangten Ausdehnung der Versicherung, um die Armenkassen zu entlasten. Leider werden die erwähnten Personengruppen vielen Ausnahmebestimmungen in der Durchführung unterstellt. So sind ihre Ansprüche geringer (teilweise haben sie nicht einmal Anspruch auf Krankengeld) mitunter haben sie die Beiträge selbst zu zahlen, wobei sie im Falle der Säumigkeit überhaupt keine Ansprüche haben sollen usw. Es sei sehr bedauerlich, daß den Landarbeitern nicht das Selbstverwaltungsrecht eingeräumt sei; dadurch werde die Landflucht selbstverständlich noch bedeutend größer werden. Der Redner forderte zu einem Protest gegen die Bestimmungen bezüglich der **Dienstbotenversicherung** auf. Nach diesen Bestimmungen habe der Dienstherr zu entscheiden, ob der erkrankte Dienstbote in ein Krankenhaus zu bringen sei. Bekanntlich herrsche gerade unter den Dienstboten vielfach die Tuberkulose, die, wenn sie in den ersten Stadien behandelt, zumeist heilbar sei. Bei derartigen Erkrankungen sei oder die Arbeitsunfähigkeit äußerlich meist nicht erkennbar. Der an Tuberkulose erkrankte Dienstbote werde daher in den seltensten Fällen rechtzeitig dem Krankenhause überwiesen werden. Man müsse ferner protestieren, die **Heimarbeiter** in die Landkassen einzureihen, die Heimarbeiter gehören in die Ortskrankenkasse. Letztere gelten aber als **„sozialdemokratisch verseucht“**. Die Regierung sträube sich deshalb, die Heimarbeiter in die Ortskrankenkassen einzureihen. An dieser Stelle solle nicht Politik getrieben werden. Er glaube aber, sagen zu dürfen: Trotz aller Vorsichtsmaßnahmen werde es der Regierung nicht gelingen, eine Scheidung der **Heimarbeiter** von den Industriearbeitern auch nur für einige Zeit aufrechtzuerhalten. Die Art, wie gegen die Hilfskassen vorgegangen wird, beweise, daß man alles Licht den Arbeitgebern, allen Schatten den Arbeitnehmern zuerteile. Die Delegierten werden jedenfalls mit dem festen Vorsatz in die Heimat zurückkehren, daß, was auch geschehen möge, das Recht der Selbstverwaltung der 20 Millionen versicherten Arbeiter nicht schmälern zu lassen.

Der Redakteur der „Krankenkassenzeitung“, **Sydow**-Berlin, spricht sodann über die

Beziehungen der Versicherungsträger zueinander und zu anderen Verpflichteten und das Spruchverfahren.

Redner spricht über die Ansprüche der Kassen an die Berufsgenossenschaften, wenn sie einen Verletzten länger als 13 Wochen unterstützen; über die neuen Versicherungsämter usw. Die Rechtsprechung in der Arbeiterversicherung soll eine durchgreifende Umgestaltung erfahren. So soll zwar die Erledigung der Streitfälle aus der Krankenversicherung dem allgemeinen Spruchverfahren angegliedert, dagegen soll die Wirksamkeit des Reichsversicherungsamtes sehr beschränkt werden. Letzteres ist sehr nachteilig für die Versicherten. Redner kommt zu dem Schluß, daß es richtiger sei, den seitherigen Zustand zu behalten, als die Verbesserungen einzuführen.

Beide Referate fanden die Zustimmung der Versammlung.

Bremen, den 10. August.

Dritter Tag.

(Telegraphischer Bericht.)

Die gestern wegen des schweren Gewitters abgebrochenen Verhandlungen wurden heute wieder aufgenommen. Auf der Tagesordnung stand ein Antrag der Ortskrankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker zu Berlin über

„Die prophylaktischen Aufgaben der Krankenkassen“.

Referent war der Geschäftsführer der genannten Kasse, **Albert Kohn**-Berlin. Der Redner forderte in erster Linie die **Einführung der Familienversicherung**. Alle anderen Forderungen seien nur Stückwerk, bis diese Forderung erfüllt sei. Ferner sei einzutreten für die Zentralisation der Kassen und gegen die heute bestehende Zersplitterung, weil nur große Gebilde den gestellten Forderungen entsprechen können. In die Macht der Krankenkasse müsse gestellt werden, die Tätigkeit der gewerbehygienischen Polizei zu unterstützen, wobei wir die Mithilfe der Aerzte nicht entbehren wollen. Denn es ist für uns nicht gleichgültig, welche praktischen Schutzvorrichtungen getroffen sind und ob die Arbeitsräume den hygienischen Anforderungen entsprechen. Wir haben unser Augenmerk zu richten auf die **Wöchnerinnen- und Säuglingsfürsorge**, auf die Gewährung von Stillprämien und auf die Milchfürsorge. Wenn auch die Schule in erster Linie die Pflicht hat, die Seele des Kindes zu pflegen, so hat sie doch auch auf die Gesundheit ihre Aufmerksamkeit zu richten. Die Frage des **Schularztes**, der **Zahnpflege**, der **Schulbäder** und der **Schulspeisungen** liegt mit in unserem Interesse. Wir werden einen Zusammenhang mit den Schulärzten finden müssen, um die Akten von Kindern zu erhalten, da wirkliche Krankheitenbekämpfung nur möglich ist in **hygienisch einwandfreien Wohnungen**. Solange wir ein Wohnungsgesetz nicht haben, werden wir die bestehenden Mißstände öffentlich feststellen und auf Abhilfe drängen! Professor Rubens hat auf dem letzten Berliner Tuberkulosenkongreß in flammenden Worten zur Bekämpfung der schlechten Luft aufgefordert. Es ist richtig, unter den gegenwärtigen Wohnungsverhältnissen werden von den Krankenkassen Millionen ausgegeben, die durch die schlechten Wohnungen keinen Nutzen bringen können. Damit im Zusammenhang steht die Bekämpfung des allgemeinen Schlafstellenwesens und die Förderung der **Ledigenheime**, wie sie in England, neuerdings in Italien und in Charlottenburg eingerichtet sind. Die Bestrebungen der **Baugenossenschaften** und der **Gartenstadtbewegung** sind zu unterstützen. Ob es möglich sein wird, hierfür Mittel aus dem Reservefonds der Krankenkassen zu bewilligen, wird einer ernsten Prüfung zu unterziehen sein. Die **kostenlose Desinfektion** von Wohnungen bei Auftreten von Krankheiten ist zu erweitern. Die bisherige Desinfektion ist nicht ausreichend. Bei Tuberkuloseerkrankungen wird nur dann desinfiziert, wenn ein Todesfall vorgekommen ist. Wenn, wie dies vielfach üblich ist, der Kranke in den letzten Tagen oder Wochen in ein Krankenhaus gebracht wird, bleibt die Wohnung undesinfiziert. Redner streifte sodann die Frage der Lebenshaltung der Arbeiter. In Stuttgart habe sich heftiger Widerspruch erhoben wegen der Einreichung einer Petition gegen die Erhöhung der Kornpreise. **Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß die Verschlechterung der Lebensweise ihren Niederschlag findet in den Krankenlisten der Kassen.** An der Nahrungsmittelbehandlung haben wir besonderes Interesse. Es ist nicht gleichgültig, ob die Nahrungsmittel in dumpfen Räumen aufbewahrt werden, und ob der Verkäufer an ansteckenden Krankheiten leidet oder mit Frostbeulen bedeckten Händen die Nahrungsmittel einpackt. Weiter müssen wir die Bekämpfung der Geheimmittel unterstützen. Die Errichtung von **Volksbädern** ist energisch zu fördern. Die Verabreichung von medizinischen Bädern soll nicht Gegenstand gewinnbringender Unternehmungen sein. Das gleiche gilt für die Errichtung von Licht- und Sonnenbädern. Die Herausgabe von populären Schriften, wie sie von der Generalkommission in Berlin, von der Reichskommission für Krankenwesen in Oesterreich begonnen wurde, ist zu unterstützen. Ferner muß durch kostenlose hygienische Vorträge hygienische Kultur in weite Kreise getragen werden. Es kommt hinzu die Ausdehnung der Hauspflege. Der kranken Hausfrau muß es möglich gemacht werden, den ärztlichen Anforderungen nachzukommen und die vorgeschriebene Diät zu halten. Die Bestrebungen, die sich auf Bekämpfung der Tuberkulose, der Geschlechtskrankheiten und des Alkoholmißbrauchs beziehen, sind zu unterstützen. Es sind dies hohe Aufgaben und hohe Ziele. An diesen Arbeiten mitzuarbeiten, gehört ein fühlendes Herz und eine wahre Freudigkeit. Diese sind aber bedingt von der Selbstverwaltung der Krankenkassen. Nur dann herrscht wahre Freudigkeit an der Mitarbeit. (Lebhafter Beifall.)

Die Versammlung erklärte sich ohne Debatte mit den Ausführungen des Referenten einverstanden.

Hierauf sprach Arbeitersekretär **Bauer**-Berlin über die

Unfallversicherung.

Er forderte in erster Linie die **Ausdehnung** der Unfallversicherung auf alle Arbeiter und kleinen Unternehmer, die weniger als 5000 Mark Jahresverdienst haben. Der Entwurf bringt auch in bezug auf die Unfallversicherung Verschlechterungen. Der **Rechtsweg** sei gegenüber den bisherigen Bestimmungen noch mehr verschlechtert und die Rechtsinstanz zum Teil ganz ausgeschaltet worden. Die Mitwirkung der Versicherten in Versicherungsämtern sei zum Teil illusorisch gemacht worden. Die Festsetzung der Rente nach dem Jahresverdienst bedeutet ebenfalls eine Verschlechterung, da der Jahresverdienst nach anderen für den Arbeiter ungünstigeren Grundsätzen festgestellt wird. Das Bestreben der Reichsregierung gehe dahin, die kleinen Renten, die unter 20 Proz. der vollen Rente betragen, womöglich überhaupt auszuschalten. Eine völlige Umgestaltung der Unfallversicherungsgesetzgebung ist dringend erforderlich. (Beifall.)

Ueber den letzten Teil der Reichsversicherungsordnung, die

Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung,

sprach Elfenbeinschnitzer **Starke**-Dresden. Der Redner ging von der Lex Trimborn aus, die er lebhaft kritisierte. Die Lex Trimborn sollte am 1. April 1910 in Kraft treten, wird aber wohl vertagt werden. Die neue Reichsversicherungsordnung bedeutet auch auf dem Gebiete der Invalidenversicherung eine Verschlechterung, wenn auch nicht direkt, doch indirekt. Die Ausstellungen, die bisher an der Invalidenversicherung gemacht worden sind, haben in dem neuen Gesetz keinerlei Beachtung gefunden. An einzelnen Beispielen erörtert Redner sodann die Kompliziertheit und die geringen Leistungen bei der Invalidenversicherung. Was aber das schlimmste ist, sei, daß die Einrichtung in denselben Händen bleiben soll, die bisher die Invalidenversicherung hatten. In erster Linie muß man eine **Erhöhung der Invalidenrente** fordern. — Wenn man die bisher gehaltenen Referate gehört hat — so führte Redner zum Schlusse aus —, so könne man nur eins sagen: Durch das Gesetz geht ein Grundzug eines **Bureaukratismus und der Plusmacherei auf Kosten der Arbeiter**. Der Versicherte wird in dem Gesetz sozusagen als Mensch niederen Grades betrachtet. Demgegenüber müssen wir ein Vorwärtsredigieren der ganzen Arbeiterversicherung verlangen. (Lebhafter Beifall.)

Als **Vertreter der Arbeitgeber** führte sodann **Wolff**-Metz aus: Ich lege besonderen Wert darauf, daß die hier vertretenen Arbeitgeber mit den vorgetragenen Ausführungen der Referenten durchaus einverstanden sind. Ich unterschreibe das Schlußwort des Professors Stier-Somlo: „Das Moralische muß sich Bahn brechen!“ Herr Kohn hat darauf hingewiesen, welche hohen Aufgaben die Krankenkassen noch zu lösen haben. Dies ist nur möglich auf dem Wege des Zusammenarbeitens von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Es gibt auf dem Gebiete der Sozialpolitik keinerlei Sonderinteressen. Wenn wir so zusammenarbeiten, so wird in der Oeffentlichkeit das Geschrei von entgegengesetzten Interessen in den Krankenkassen bald verstummen. Man könnte meinen, der letzte Referent habe den Arbeitgebern Sachen gesagt, die diesen unangenehm seien. Das trifft aber nicht zu. Denn über alles geht die Wahrheit! Ich möchte hier als Arbeitgeber aussprechen, es hat selten ein harmonischeres Zusammenarbeiten stattgefunden als bei den Krankenkassen. (Lebhafter, langanhaltender Beifall.)

Krankenkassenrendant **Gräf**-Frankfurt a. M. begründete sodann folgenden Antrag der Ortskrankenkasse Frankfurt a. M.:

„Die Krankenkassen haben beim Abschluß von Verträgen mit den Aerzten die Forderung aufzustellen, daß alle Kassenärzte verpflichtet sind, auch den von ihnen behandelten Unfallverletzten auf Wunsch ein ärztliches **Gutachten** auszustellen, damit diese auch in der Lage sind, einen Kampf um die zu niedrig angesetzte Unfallrente zu führen.“

Redner führte aus: Wir haben als Krankenkassen nicht nur die Interessen der Krankenkassen, sondern auch die Interessen der Versicherten zu wahren; denn beide fallen zusammen. Es muß auch den Unfallverletzten ein ärztliches Gutachten gegeben werden, damit diese Ansprüche bei der Berufsgenossenschaft geltend machen können. Es ist bisher vorgekommen, daß ein Arzt, auch wenn man ihm ein Zehnmarkstück auf den Tisch gelegt hat, die Ausstellung eines Attestes abgelehnt hat, während er sofort dazu bereit war, sobald die Berufsgenossenschaft ein solches Attest verlangte. Nach einem Referat auf dem Lübecker Aerztetag soll von den Aerzten überhaupt die Ausstellung von Attesten abgelehnt werden. In diesem Falle wäre es schon das beste, die Aerzte lehnten überhaupt die ärztliche Tätigkeit für die Krankenkassen ab. (Zustimmung.) Es liegt auch im Interesse der Krankenkassen, daß die Aerzte bei Abschluß von Verträgen verpflichtet würden, auch Unfallverletzten auf Wunsch ärztliche Atteste auszuhändigen.

Die Versammlung erklärte ihr Einverständnis mit den Ausführungen des Referenten.

Es wurden hierauf die **Wahlen in das Tarifamt** vorgenommen. Als geschäftsführende Kasse für die nächsten 3 Jahre wurde die Ortskrankenkasse **Dresden** gewählt. **Zum Ort der nächsten Tagung wurde Regensburg bestimmt.** Für das Jahr 1911 ist Dresden in

Kleines Feuilleton.

Deutschland, wahre deine herrlichsten Güter. Daß das Straßburger Münster und ähnliche Kleinigkeiten noch am alten Platze stehen, ist nur der immer noch mangelhaft entwickelten Technik zu danken. Pierpont Morgan und andere amerikanische Milliardäre, die jetzt in Kunst machen wie zuvor in Eisenbahnen, Stahl und Menschenleben, hätten sie sonst längst angekauft und heimlich oder offen über die Grenze gebracht. Warum auch nicht. In der kapitalistischen Gesellschaft ist alles Ware. Wer Geld genug hat, kann alles kaufen: Namen, Titel, Ehre, berühmte Schauspielerinnen oder alte Kunstwerke. Was man früher mühsam erst nach errungenen Siegen zusammenstehlen konnte — die Römer und zuletzt Napoleon haben diese Sammlermethode besonders entwickelt — kauft man jetzt. Das ist viel einfacher und sicherlich ein Fortschritt. Es ist sicherlich nur ein europäisches nationales Vorurteil und ein Mangel an Konkurrenzfähigkeit, wenn unsere Museumsdirektoren sich darüber entrüsten. Der Berliner Generaldirektor Bode hat eben einen geharnischten Protest gegen die amerikanische Methode erlassen. Pierpont ist ihm bei verschiedenen deutschen Fideikommißbesitzern zuvorgekommen und hat eben durch einen etwas hochstaplerischen Trick einem rheinischen Pfarrer aus seiner Kirche schöne alte Elfenbeinbildwerke entführen lassen. Versteht sich für gutes Geld. Aber gegen den Willen der Aufsichtsbehörden — und des Herrn Bode. Die Kirche braucht eben Geld, so gut wie die Söhne der alten Familien, die ihre Kunstsammlungen verramschen. Denen kann es ja schließlich gleichgültig sein, ob die Sachen nach Berlin oder nach New York kommen. Die Amerikaner zahlen am besten. Das ist die Hauptsache. Warum soll der einzelne plötzlich ein Gesetz nicht befolgen, das die Welt regiert und das einzige Prinzip unserer Gesellschaftsordnung ist: Verkaufe, so teuer du kannst? Ethische, nationale und sonstige ideologische Bedenken hat der siegreiche Kapitalismus längst unter die Füße gestampft. Es ist eine vielleicht bittere, aber durchaus logische Konsequenz des allgemeinen Warengesetzes, wenn der Meistbietende recht behält. Und wir profitieren ja in Italien und anderswo auch davon. Sich über den Kapitalismus und seine notwendigen Folgeerscheinungen zu beschweren, steht nur dem zu, der ihn grundsätzlich bekämpft und aufheben will.

Die Skulptur im Freilicht. Deutschland ist das Land der Denkmäler geworden. Und doch gibt es kaum ein Land, in dem so wenig gute, der Umgebung angepaßte und auf die Wirkung von Licht und Luft eingestimmte Skulpturen stehen. Bei uns gilt nicht das Kunstwerk, sondern der patriotische und sonstige Zweck, und es ist eine große und seltene Ausnahme, wenn es einem Künstler gelingt, in dem Mummenschanz der Kleiderpuppen künstlerische Wirkungen zur Geltung zu bringen. Wie ein großer schaffender Künstler seine Freiskulpturen empfindet, mag man aus einem mit Rodin, dem genialen französischen Plastiker, geführten Gespräche sehen, das Otto Grautoff in den „Münch. N. Nachr.“ wiedergibt.

An einem klaren und milden Sommertage, als ich den Hügel von Meudon hinanstieg, herrschte geschäftiges Treiben auf der Höhe. Rodin ließ seine mächtige Balzacstatue aus dem Atelier hinausschaffen ins Freie, um sie von seinem Freunde, dem Maler Eduard Steinlen, photographieren zu lassen. Als sie an dem Rande des Abhanges aufgestellt war, schien die Statue eins zu werden mit der Erde. Sie stand da, umspült von der weichen Atmosphäre, begossen vom Licht, wie das Denkmal der schöpferischen Urkraft des Geistes. Wie ein elementares Ereignis schien dieser zerarbeitete Riesenschädel aus der Erde heraus durch die Gewandung hindurch ins Licht zu wachsen, von Wissen schwer, von Schauen überwältigt über die Stadt Paris zu blicken. Ein furchtbares Haupt, ein vom Ueberfluß schweres Haupt, ein Haupt, dessen Augen die Welt durchbohren und sie bildend erfassen. Ich habe Rodin selten so fieberhaft erregt gesehen. Dieses war die Erfüllung seines Künstlertraumes.

„Sehen Sie,“ sagte er ganz beseligt, „hier wirkt die Skulptur. Hier wächst sie in die Atmosphäre hinein. Im Gegensatz zu vielen anderen Skulpturen, deren Silhouette im Freien zerrissen oder dürftig wirkt, beginnen meine erst in der Luft und in der Sonne zu atmen. Sie sind in der Natur geschaffen und brauchen die Natur. Erst in der Wechselwirkung zwischen Stein und Atmosphäre fängt jeder Teil der Flächen an zu vibrieren; und man glaubt an das eigene Leben des Werkes. Hier erweist sich die Kraft dessen, was der Künstler hineingelegt hat. Genau die Natur kopieren ist nicht der Zweck der Kunst. Ein Gipsabguß nach der Natur ist die vollkommenste Kopie, die man erhalten kann. Aber der ist ohne Leben, ohne Bewegung, ohne Beredsamkeit. Man muß übertreiben. — In der Skulptur hängt alles davon ab, wie man die Modellierung ausführt, man muß die belebende Linie der Fläche und die harmonischen Uebergänge von Licht und Schatten suchen. Es handelt sich nicht darum, in einem Körper eine Partie zu betonen, und die andere zu vernachlässigen. Jede muß proportionell übertrieben werden gemäß dem Ton, welchen man anschlagen will, aber immer im Verhältnis zum ganzen. Die Aufstellung im Freilicht ist der große Prüfstein der Skulptur, um sie unter allen ihren Möglichkeiten zu beobachten. Im Freilicht ist keine Betrügerei möglich. Keine Skulptur hält dem Freilicht stand, wenn sie nicht einen klaren Aufriß hat.“

„Man sagt zuweilen, daß ich mich dem Geist der Griechen nähere. Vielleicht ist es wahr. Aber nicht, indem ich sie kopiere. Oder ich hätte nichts anderes erreicht als die Klassizisten. Der Schaffensprozeß, das Naturstudium, das Streben nach Typisierung der Griechen ist mein Ideal, aber ihre Formen äußerlich nachzubilden, kam mir nie in den Sinn. Durch Geduld, methodische Arbeit und die unaufhörliche Anspannung meines Naturgefühls glaube ich das Verfahren der Griechen wiedergefunden zu haben. Ich beobachte mein Modell lange. Ich zwinge es nicht in gesuchte Posen. Ich lasse es im Atelier auf und niedergehen wie ein ungezügeltes Pferd und zeichne meine Beobachtungen unmittelbar auf. Wenn meine Skulptur gut ist, so ist sie geometrisch. Ich bin Mathematiker, und meine Kunst ist das Ergebnis meiner Logik. Die Skulptur ist die Kunst der Buckel und Löcher, nicht die Sauberkeit der glatten, nicht durchmodellierten Flächen.“

Wo besiegte Armin die Römer? Diese alte Streitfrage, die eine bald unübersehbare Literatur hervorgerufen hat, behandelte Prof. Knoke auf der Tagung der Deutschen Gesellschaft für Vorgeschichte in Hannover. Daß man über die Oertlichkeit des „Teutoburger Waldes“, allwo im Jahre 9 nach Chr. die Legionen des Varus vernichtet wurden, zu keinem übereinstimmenden Ergebnis kam, führte er auf den Mangel des Zusammenwirkens der verschiedenen Fachwissenschaften zurück. Unter eingehender Würdigung aller Quellen, besonders auch des Zuges des Germanikus, der sechs Jahre nach der Schlacht stattfand, kam er zu dem Schluß, daß man jetzt mit Sicherheit behaupten könne, die Schlacht habe zwischen Iburg und dem Habichtswalde stattgefunden.

Auf einem Ausfluge, den die Teilnehmer an der Tagung in den Teutoburger Wald unternehmen, soll das des Näheren demonstriert werden.

Humor und Satire.

Lehmann.

Ein Berliner erzählt in der „Frankf. Ztg.“ eine Begebenheit aus seinem Leben, die für die preußische Kulturgeschichte sehr bezeichnend ist. Er berichtet:

Ich war ein junger Dachs von etwa 18 Jahren und besaß einen langhaarigen sibirischen Pintscher, dem ich das Haupthaar scheitelte und pomadisierte und dem ich einen Schnurrbart drehte, wie ihn damals die Offiziere zu tragen pflegten; ich hatte ihm den Namen „Lehmann“ gegeben. Eines schönen Tages wurde ich zu dem mir übrigens persönlich bekannten Polizeipräsidenten J . . . . beschieden, der mir eröffnete, daß ich mich durch meinen Hund mißliebig gemacht hätte. Auf meine Frage wieso? erhielt ich die Antwort:

„Ja, wissen Sie, erstens haben Sie dem Hunde eine nicht übliche Aergernis erregende Frisur gegeben und dann der Name —!“

„Ja, was ist denn daran Auffälliges, Herr Präsident?“

„Na, junger Mann“, war die Antwort, „tun Sie doch nicht so, als ob Sie nicht wüßten, daß Se. königl. Hoheit der Prinzregent diesen Spitznamen hat.“

„Davon ist mir wirklich nichts bekannt, Herr Präsident.“

„Na, es sei dem, wie ihm wolle, ich rate Ihnen jedoch freundschaftlichst, dem Hund einen anderen Namen zu geben.“

„Wie ist das möglich, Herr Präsident? Hunde hören doch nur auf den ihnen gegebenen Namen. Doch Ihnen zu Liebe will ich versuchen, ihn an einen ähnlich klingenden Namen zu gewöhnen.“

„Recht so, junger Mann; ich werde mich freuen, dem wirklich allerliebsten Hund künftig unter einem anderen Namen zu begegnen.“

So wurde aus dem „Lehmann“ ein „Graumann“, und die hochpolitische Aktion hatte damit ihren befriedigenden Abschluß erreicht.“

Aussicht genommen, weil dann in Dresden eine hygienische Ausstellung stattfindet.

Damit war die Tagesordnung erledigt.

Der Vorsitzende Fräßdorf-Dresden führte zum Schluß aus: Wir haben hier als Vertreter der Ortskrankenkassen zu der Reichsversicherungsordnung Stellung genommen; wir haben erklärt, daß wir mit der vorliegenden Fassung nicht einverstanden sind. Die Regierung weiß nun, was wir wollen. Aber es muß den einzelnen Reichstagsabgeordneten auch nahegelegt werden, welche Stellung die Ortskrankenkassenvertreter einnehmen. So werden wir alle Schritte tun, um schädliches zu verhindern. Es gibt für die nächste Zeit viel zu tun. Wenn wir nicht bei der Regierung genügendes Entgegenkommen finden, so müssen wir uns an die einzelnen Reichstagsabgeordneten wenden. Das ist nur möglich, wenn die Versicherten in einer großen Versammlung zu der Frage Stellung nehmen und hierzu Abgeordnete eingeladen werden. Es muß den Abgeordneten nahegelegt werden, wenn das Arbeiterversicherungsgesetz verschandelt und verhunzt wird, sie sich leicht bei den nächsten Wahlen 1912 zu verantworten haben werden. (Beifall.) Die Abgeordneten aller politischen Parteien müssen bearbeitet werden und keine Kosten dürfen in dieser Hinsicht gescheut werden. Hoffen wir, daß die Reichsversicherungsordnung in einer Weise zustande kommt, daß wir mit Freuden auf sie blicken können! (Lebhafter Beifall.)

Mit Dankesworten an die Ortsgruppe Bremen, den Senat und die Bürgerschaft von Bremen wurde hierauf der Kongreß geschlossen.

Erster schweizerischer Heimarbeiterkongreß in Zürich.

Am 7. und 8. August trafen in der schweizerischen Heimarbeitausstellung gegen 400 Herren und Damen aus der Schweiz wie aus dem Auslande ein, um in zwei Tagen die Frage eines wirksamen Heimarbeiterschutzes zu behandeln.

Professor Dr. Beck, der zu seinem Vortrage das Thema: „Die schweizerische Hausindustrie in ihrer sozialen und wirtschaftlichen Lage" ausgewählt hatte, gab ein Bild der Hausindustrie, ihren Umfang und die jeweilige Zu- und Abnahme einzelner Betriebsarten. In der von ihm vorgelegten Resolution, die der Kongreß einstimmig annahm, wird der wesentlichste Inhalt wiedergegeben:

Thesen.

I. Die Hausindustrie ist eine Erwerbsform, welche in der Schweiz rund 100 000 Arbeiterinnen und Arbeiter beschäftigt und sich über sämtliche Kantone erstreckt. Rechnen wir die durch Hausindustrie ernährten Familienglieder dazu, so ergibt sich, daß durch die Hausindustrie nahezu 10 Proz. der schweizerischen Wohnbevölkerung erhalten werden. Daraus läßt sich die soziale und wirtschaftliche Bedeutung dieser Erwerbsform für die Schweiz erschließen.

II. In der schweizerischen Hausindustrie herrschen zurzeit ökonomische und soziale Mißstände, welche das Einschreiten der Berufsvertretungen und der Staatsgewalt dringend notwendig machen.

III. Die unerträglichsten Mißstände, an welchen gegenwärtig unsere Hausindustrie leidet, sind: 1. die gänzlich unzureichenden Löhne; 2. Das Trucksystem, Sweatingsystem und die blinden Akkorde; 3. die Beeinträchtigung der Heimarbeiterschaft durch das Ferger- oder Zwischenmeister- und das Abzugswesen; 4. die überlange Arbeitszeit, Nacht- und Sonntagsarbeit; 5. die Beschäftigung minderjähriger Kinder; 6. die unzureichende Ernährung und das Wohnungselend; 7. die vielfachen Gefährdungen der Gesundheit der Heimarbeiter und des die Heimarbeitsprodukte konsumierenden Publikums.

IV. Zur Erzielung einer wirksamen Heimarbeitsreform ist von der organisierten Arbeiterschaft der Schweiz zu verlangen:

1. die tatkräftige Förderung der gewerkschaftlichen Organisation der Heimarbeiter und des Beitritts der Heimarbeitergewerkschaften zu den Zentralverbänden;

2. die Anhandnahme der Vorarbeiten für ein zu schaffendes schweizerisches Heimarbeitsgesetz seitens des schweizerischen Arbeiterbundes und der Gewerkschaften;

3. Maßnahmen zur Beseitigung der Heimarbeit in der Konfektions-, Leder-, Nahrungs- und Genußmittelindustrie, überhaupt in solchen Erwerbsarten, deren Hausbetrieb eine Schädigung der Produzenten oder Konsumenten bedeutet;

4. die Unterstützung der Heimarbeitergewerkschaften in der Abschließung von Tarifverträgen, in der genossenschaftlichen Beschaffung elektrischer und anderer mechanischer Betriebskräfte für die Heimarbeit, in der Ausdehnung der Kranken-, Unfall- und Altersversicherung auf die Heimarbeiter und in der Gründung von Genossenschaftsferggereien;

5. die Organisation von künftigen schweizerischen Heimarbeiterschutzkongressen, soweit solche nötig sein werden.

V. Von der Eidgenossenschaft ist zu verlangen:

1. der Erlaß eines schweizerischen Heimarbeitsgesetzes;

2. die Schaffung eines Heimarbeitsinspektorates mit dem nötigen männlichen und weiblichen Inspektionspersonal zum Zwecke der Durchführung des eidgenössischen Heimarbeitsgesetzes.

VI. Von den Kantonen muß erwartet werden:

1. die wirksame Mithilfe zur Einführung der elektrischen Kraft in diejenigen hausindustriellen Anlagen, in denen der Motorbetrieb der Arbeiterschaft Nutzen bringt;

2. die Mitwirkung der Schulbehörden, der Lehrer und Lehrerinnen zur Durchführung derjenigen Vorschriften des eidgenössischen Heimarbeitsgesetzes, welche den Kinderschutz betreffen;

3. das vereinte Vorgehen mit gemeinnützigen Körperschaften zur Schaffung neuer Erwerbsmöglichkeiten für solche Bevölkerungskreise, welche durch das Verschwinden gewisser nicht mehr lebensfähiger Heimarbeitsarten erwerbslos werden.

VII. Der erste schweizerische Heimarbeiterschutzkongreß beauftragt den Bundesvorstand des schweizerischen Arbeiterbundes, ein Aktionskomitee zur Durchführung seiner Beschlüsse zu bestellen.

Professor Dr. Brunhes wies in seinem Referate: „Die Stellung des Konsumenten zum Produzenten" in der Hauptsache auf die Ansteckungsgefahr von Heimarbeit hin. Er verlangte die Schaffung von Konsumentenorganisationen, die womöglich international zusammengeschlossen werden sollen und führte dabei die in der Westschweiz bestehenden sozialen Käuferligen an. Seine folgende Resolution wurde vom Kongreß ebenfalls einstimmig angenommen:

In Erwägung dessen, daß das maßlose Verlangen der unterrichteten Käufer nach immer billigeren Waren die stete ökonomische Ursache für die unbegrenzte Herabsetzung der Löhne in der Heimarbeit ist und in Erwägung dessen, daß die Konsumenten aus hygienischen Gründen, aus persönlichem Interesse und aus Gerechtigkeitssinn gegen dieses Uebel auftreten müssen, spricht der Kongreß den doppelten Wunsch aus:

a) Anwendung der Empfehlungsmarken (Label), damit (nach der 1908 in Genf durch die erste internationale Konferenz der sozialen Käuferliga angenommenen Resolution) die Konsumenten in den Stand gesetzt werden, die unter günstigen Bedingungen, d. h. von gut behandelten, gut bezahlten Arbeitern, in hygienisch einwandfreien Räumen hergestellten Waren beim Einkauf an einer Empfehlungsmarke zu erkennen und dies ebensowohl in bezug auf die von Heimarbeitern als von anderen Arbeitern verfertigten Gegenstände.

b) Mithilfe bei der Gewerbeinspektion, damit die Heimarbeitreform schleunigst und die Arbeit der offiziellen und inoffiziellen Inspektoren und Inspektorinnen, besonders bei dieser so komplizierten, sich der Kontrolle entziehenden Arbeitskategorien durch den guten Willen und die methodische organisierte Kontrolle der Gewerkschaften und der sozialen Käuferliga unterstützt und ergänzt werde.

Als dritter Referent sprach dann Professor Dr. St. Bauer über: „Die Stellung des Staates zur Heimarbeit". Zur gesetzlichen Regelung der Heimarbeit legte er die nachfolgende Resolution vor, die gleichfalls Annahme fand:

Der erste allgemeine schweizerische Heimarbeiterschutzkongreß vom 7. und 8. August in Zürich fordert gesetzlichen Schutz der menschlichen Arbeitskraft in der Heimarbeit. Er verlangt zu diesem Zwecke:

1. In Sachen der Lohnreform.

a) Vom Bund:

Erlaß eines Heimarbeitsgesetzes auf Grund des Gewerbeartikels. Dieses hat zur Aufgabe:

Einsetzung von Einigungsämtern zur Festsetzung von rechtsverbindlichen Mindestlohnsätzen in der Heimarbeit.

Verbot des Trucksystems, Bekanntgabe der Lohnsätze vor Uebernahme der Aufträge, Regelung und Einschränkung des Abzugswesens.

Erledigung von Streitigkeiten aus Belöhnungsverhältnissen in der Heimarbeit durch Gewerbegerichte.

b) Von den Kantonen:

Auszahlung des Eidgenössischen Tarifes für die Armeebekleidung in vollem Umfange an die Heimarbeiter.

c) Von den Gemeinden:

Geeignete Maßregeln der Wohnungs- und Werkstättenpolitik zur Regulierung der Mietzinsen.

d) Von Bund, Kantonen und Gemeinden:

Direkte Ausgabe der Uniformenfabrikation für die Armee, für Eisenbahn-, Post- und Telegraph-, Zoll-, Straßenbahn-, Polizei- und andere Angestellte an die Heimarbeiter ohne Verakkordierung an Unternehmer, mindestens nicht an solche, die nicht Tarifsätze zahlen.

2. In Sachen des Kinder- und Frauenschutzes und der Sonntagsruhe.

Verbot der Arbeit von Kindern unter 12 Jahren und der Frauennachtarbeit durch Bundesgesetz; Einführung einer Schonzeit für Wöchnerinnen; Verbot der Sonntagsarbeit.

3. In Sachen des Gesundheitsschutzes.

a) Vom Bund:

Verhaltungsmaßregeln an die Kantone beim Ausbruch von ansteckenden Krankheiten.

Deklarationszwang der in der Heimarbeit verfertigten Waren der Konfektions- und Lebens- und Genußmittelindustrie.

b) Von den Kantonen und Gemeinden:

Verbot gesundheitsschädlicher Verfahren und Verrichtungen in der Heimarbeit.

Erlaß von Wohnungsgesetzen zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse. Wohnungsinspektion.

4. In Sachen der Versicherung der Heimarbeiter.

Ausdehnung der Kranken- und Unfallversicherung des Bundes und der Altersversicherung der Kantone auf die Heimarbeiter.

Subvention von Krisenfonds, Stromabgabegenossenschaften und Genossenschaftsferggereien.

5. In Sachen der Durchführung dieser Postulate.

Registrierzwang.

Ergänzung des Fabrikinspektorates durch männliche und weibliche Heimarbeitsinspektoren oder wenigstens technisch und volkswirtschaftlich gebildetes Hilfspersonal.

6. In Sachen des internationalen Arbeiterschutzes.

Der Bund ergreift die Initiative zum Abschluß von internationalen Heimarbeitsverträgen.

Aus Industrie und Handel.

Bierverteuerung.

Von den kühnen Behauptungen und falschen Angaben, die bisher von verschiedenen Seiten zur Begründung der von den Brauereien geforderten Bierpreiserhöhung produziert worden sind, hat Regierungsrat a. D. R. Chrzescinski, Direktor der Bank für Brauindustrie, die kühnsten und falschesten im „Tag" (4. August) zusammengetragen. Der Zweck der Uebung ist, den von den Brauereien verlangten Aufschlag von 5 Pf. pro Liter Bier als immer noch bescheiden zu rechtfertigen.

Phantasieangaben über Produktionskosten findet man da im Verein mit anderen Zahlen, die mehr dem Zwecke dienen, als der Wahrheit entsprechen. So unterstellt der Verfasser, im Gebiet der Brausteuergemeinschaft müsse mit einem durchschnittlichen Malzverbrauch von 25 Kilogramm pro Hektoliter untergäriges Bier gerechnet werden. Bei einem solchen Malzverbrauch berechnet sich die Brausteuererhöhung auf 2,50 M. pro Hektoliter. Von dem Verfasser sollte man aber erwarten dürfen, daß ihm die wirklichen Verhältnisse nicht unbekannt seien. Nach den amtlichen Ausweisen wurden im Jahre 1907 im Gebiet der Norddeutschen Brausteuergemeinschaft pro Hektoliter Bier durchschnittlich 17,20 Kilogramm Malz und Reis verbraucht. Die Brausteuererhöhung macht pro Doppelzentner Malz 10,00 M., mithin pro Hektoliter Bier, hoch gerechnet, **1,75 M. aus.** Von der Brausteuergemeinschaft wären demnach, wenn man, wie Chrzescinski, eine Erzeugung von nur 44 Millionen Hektoliter annimmt, nicht 100 Millionen Mark, sondern nur 77 Millionen Mark aufzubringen. Da übrigens die Erzeugung der Brausteuergemeinschaft von 40 Millionen Hektoliter im Durchschnitt der Jahre 1889 bis 1904 mit geringen Schwankungen auf 48½ Millionen im Jahre 1907 angewachsen ist, gehört auch schon etwas Kühnheit dazu, die Produktion der Zukunft auf nur 44 Millionen Hektoliter zu veranschlagen. Und der Verfasser des „Tag"-Artikels glaubt noch mit niedrigerer Produktion rechnen zu müssen.

Unterstellt man einen durchschnittlichen Malzverbrauch von 17,20 Kilogramm, dann macht die alte Brausteuer, die für 1907 1,22 M. betrug, zusammen mit der neuen Erhöhung **erst 2,96 M.** pro Hektoliter aus. Herr Chrzescinski errechnet aber allein aus der Brausteuererhöhung eine Mehrbelastung von 2,50 M., womit er die tatsächliche Steuererhöhung um **75 Pf.** zu hoch angegeben hat. Den von ihm angenommenen hohen Gehalt haben nur die sogenannten „besseren" Biere, die auch viel teurer verkauft werden als die gewöhnlichen Lagerbiere. In den amtlichen Nachweisen werden über den Malzverbrauch folgende Angaben gemacht:

„Das gewöhnliche Lagerbier ist fast durchweg von guter Beschaffenheit. Aus **1 Doppelzentner Malz** werden in den meisten Fällen **4 bis 7 Hektoliter** Bier gezogen."

Weiter wird dann mitgeteilt, daß von den **besseren Bieren,** wie z. B. Bockbier, Märzenbier und verschiedenen Exportbieren, 3,5 bis 4,5 Hektoliter aus 1 Doppelzentner Malz gezogen werden. Die ganz wenig gebrauten Portierbiere beanspruchen für 2 bis 4 Hektoliter 1 Doppelzentner Malz. Und als Preise werden angegeben: Für ein Hektoliter Lagerbier und sogenannte Pilsener **16 bis 20 M.,** Export-Märzen-, Bock- usw. Biere 18 bis 27 M., Porter 25 bis 30 M. Herr Chrzescinski schreibt: „Der Verkaufspreis in Berlin beispielsweise betrug bisher 17 M." Und der Herr unterstellt einen durchschnittlichen Malzverbrauch von 25 Kilogramm. Entweder die amtlichen Angaben und die Steuererhebungen verdienen das Prädikat „sehr liederlich", oder der „Tag"-Artikler hat sich — kolossal geirrt. Verbesserte Technik gestattete eine stets steigende Ausbeute des Malzes, und die Verwendung von Surrogaten nimmt zu. Von 1906 auf 1907 ist der Malzverbrauch pro Hektoliter Bier **von 17,53 Kilogramm auf 17,20 Kilogramm zurückgegangen.** Davon redet die Verteidiger der Bierverteuerung natürlich nicht! In welcher Weise die Sparmethode sich entwickelt hat, dafür ein paar Angaben: Seit 1886 ist die Produktion der malzarmen obergärigen Biere relativ enorm gesunken, die der malzreichen hat erheblich zugenommen. Von je 100 Hektoliter der Gesamtproduktion waren im Jahre 1886 33 Hektoliter untergäriges Bier, im Jahre 1907 aber nur noch 12¾ Hektoliter; in derselben Zeit stieg der Anteil der obergärigen Biere von 67 auf 87½ Hektoliter. Gleichzeitig aber sank die durchschnittlich pro Hektoliter verwendete Menge Getreide von 20,09 Kilogramm auf 17,20 Kilogramm und der Verbrauch von Surrogaten nahm zu von 0,11 Kilogramm auf 0,16 Kilogramm. Das bedeutet eine ganz enorme Verbilligung der Biererzeugung. Und diese Entwickelung ist auch heute noch nicht abgeschlossen.

Das den Lesern mitzuteilen, hält Herr Chrzescinski nicht für notwendig, dafür macht er diese gewagte Rechnung auf:

„Es ist eine statistische, ohne weiteres zu beweisende und bisher auch von den Gegnern nicht bestrittene Tatsache, daß durch den Zolltarif und die damit verbundene allgemeine Teuerung die Herstellung von einem Hektoliter verteuert ist:

an Gerste um	1,20 M.
an Hafer um	0,15 „
an Kohlen um	0,20 „
an Löhnen um	1,30 „
zusammen	2,85 M.

Wir wollen zur Illustration dieser eigenartig „naiven" Feststellung einfach die uns zur Verfügung stehenden amtlichen Angaben hierher setzen:

Die Berliner Handelskammer schreibt in ihrem letzten Jahresbericht (II. Teil): „Die Preise für Gerstenmalz waren um 3 bis 4 M., die Preise für Weizenmalz um 6—8 M. pro 100 Kilogramm höher als in den Vorjahren." Und nach Breslauer Notierung kostete Braugerste pro 1000 Kilogramm im Jahresdurchschnitt 1905: 140,8 M., im Jahresdurchschnitt 1906: 167,4 M. Die Preiserhöhung macht höchstens 70 Pf. pro Hektoliter Bier aus, aber nicht 1,20 M., wie Herr Chrzescinski als „ohne weiteres zu beweisende Tatsache" hinstellt. Und erst die Lohnerhöhungen?

Die Ausweise der Brauerei- und Mälzerei-Berufsgenossenschaft ergeben die folgenden tatsächlich gezahlten Lohnsummen, das Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich gibt die nebenstehenden Produktionsmengen an, und die dritte Zahlenreihe enthält die aus den beiden anderen Positionen resultierenden pro Hektoliter aufgewendeten Lohnsummen:

	Gesamtlohnsumme	Bierproduktion im Reich 1000 Hektoliter	mithin Lohnkosten pro Hektoliter Bier
	M.		M.
1905	126 923 566	72 442	1,752
1907	138 696 915	73 461	1,888

Demnach sind seit 1905 die Lohnkosten pro Hektoliter Bier um ganze 13½ Pf. (!) gestiegen, und sie machen jetzt noch nicht ganz 1,90 M. aus. Da hört natürlich jede Diskussion auf, wenn ein Sachkundiger, von keinen Tatsachen beschwert, kühn behauptet, die eingetretenen Lohnerhöhungen verteuerten den Hektoliter Bier um 1,30 M.

Aber selbst die Phantasiezahlen über Lohnsteigerung und Steuererhöhung genügen anderen Verteidigern der Brauerforderungen noch nicht. Deshalb muß auch noch die Brausteuerung von 1906, neben der Verteuerung der Produktion infolge der neuen Handelsverträge, als Rechtfertigung des beabsichtigten Aufschlages von 5 M. pro Hektoliter Bier dienen. Das wagt man, obwohl die meisten Brauer die Belastung durch entsprechende Aufschläge im Jahre 1906 auf die Wirte abgewälzt haben. Jetzt wollen sie nicht nur die neue Biersteuer vervielfacht, sondern auch noch die schon abgewälzte Mehrbelastung abwälzen. Fürwahr ein feines Geschäft! Wenn die Wirte solche Politik mitmachen wollen, dann ist das ihre Sache; wenn sie aber gedenken, sich für ihre Freigebigkeit bei den Konsumenten schadlos zu halten, dann werden diese sich doch schönstens dafür bedanken, das Objekt lawinenartig anschwellender Lastenüberwälzung zu sein. Mit einer Preiserhöhung von 2 M. pro Hektoliter im Durchschnitt für die Brauer ist deren Belastung durch die Brausteuererhöhung reichlich gedeckt.

Finanzreform und Extrageschäft.

Eine Bremer Zigarrenfabrik hat, wie die „Deutsche Tages-Ztg." berichtet, ihrer Kundschaft folgendes Schreiben zugehen lassen:

„Um auch Ihnen die Versorgung für einen längeren Zeitraum möglichst bequem zu gestalten, sind wir erbötig, vorläufig auf Wunsch noch jedes Quantum Zigarren zu späterer beliebiger Abforderung während eines Zeitraumes von zwei Jahren für Sie zu reservieren, und zwar zu den bisherigen Preisen. Für derartige Aufträge erfolgt die Berechnung erst beim Versand mit dreimonatlichem Ziel vom Tage der Lieferung an gerechnet. Für Orders zur sofortigen Ausführung, bestimmt zur Versorgung für später, geben wir je nach dem Umfange der Bestellung 6, 9, 12 und bis 24 Monate Ziel.

Daraus darf man doch wohl schließen, daß eine sofortige Erhöhung der Zigarrenpreise nicht nötig sei, daß der allgemein angekündigte Aufschlag in seiner vollen Höhe nur einen Extragewinn der Verschleißer darstellt."

Schwedisches Fleisch in Deutschland.

Schwedische Geschäftsleute haben sich, wie der „B. Ztg." geschrieben wird, mit Hamburger Firmen in Verbindung gesetzt, um eine Fleischausfuhr nach Deutschland in die Wege zu leiten. Da der letzte schwedische Reichstag die Bestimmungen über Fleischbeschau mit dem deutschen Fleischbeschaugesetz in Uebereinstimmung gebracht hat und die deutsch-schwedische Dampffährenverbindung eine schnelle Beförderung ermöglicht, glaubt man die Ausfuhr unbehindert aufnehmen zu können. Als Ausgangspunkt für die Fleischausfuhr nach Deutschland ist Malmö in Aussicht genommen, wo sich ein Schlachthaus befindet. Bei den neuen Gütertarifen stellt sich der Transport über Trelleborg-Saßnitz fast ebenso wie über Dänemark, nämlich etwa 30 Pf. pro Kilogramm. Da in Schweden ebenfalls Kühlwagen zur Verfügung stehen und zudem noch verbesserte Wagen dieser Art eingeführt werden sollen, sind alle Vorbedingungen vorhanden, dem deutschen Markt schwedisches Fleisch zuzuführen, wenn nicht unsere Junker noch schnell einen gefährlichen Bazillus im schwedischen Vieh entdecken und so das Seuchengesetz die Gefahr vom deutschen Volk abwendet, — billiges Fleisch zu bekommen.

Vom Kartellwucher.

Wie die Kartellritter künstlich das Angebot verringern, um die Rentabilität ihrer Erzeugung zu erhöhen, ist zwar männiglich bekannt, kann aber nicht oft genug dargelegt werden. Zu diesem Zwecke seien die Erfahrungen der Weißblech verarbeitenden Industriellen mitgeteilt, die deren Organisation durch eine Umfrage festgestellt hat. Allgemein ist von den Fertigfabrikanten bestätigt worden, daß das Weißblechkartell das Ausbleiben seiner Lieferungen, bezw. die Verspätungen der Lieferungen mit allerlei wenig annehmbaren Ursachen begründete. Es blieb den meisten Weißblechverbrauchern nichts anderes übrig, als ihren Bedarf in englischen Blechen zu decken. Die Folge davon war, daß die Einfuhr von englischen Blechen im Jahre 1908 mit 43 000 Tonnen eine Höhe erreichte, die bei der Kartellenquete im Jahre 1905 für unmöglich gehalten wurde. Damals betrug die bisher jemals erreichte Einfuhr 29 000 Tonnen. Unter dem Druck der Enquete steigerten zwar die Walzwerke ihre Produktion von 1905 auf 1906 von 47 000 Tonnen auf 59 200 Tonnen, seither ist aber keine weitere Steigerung eingetreten — trotz der vermehrten Nachfrage!

Ja, in der Zeit der Hochkonjunktur wurde sogar die Produktion noch verringert, obgleich die Gesamtvereinigung der Weißblechfabrikanten unter Hinweis auf den Schutzzoll die Vergrößerung der Produktion ausdrücklich begehrte, damit der heimische Bedarf gedeckt werden könnte. Der aber war den Walzwerken schnuppe, weil sie sonst den Schutzzoll nicht so sehr hätten für sich ausbeuten können und die Steigerung des Profits ihnen höher stand als das Interesse der vaterländischen Industrie. So wie die brasilianischen Kaffeeplantagenbesitzer lieber einen Teil ihres Kaffees verbrennen lassen, um ihn zu „valorisieren", so hielten die deutschen Walzwerke mit der Blecherzeugung zurück, um die Preisschraube anziehen zu können!

Die englische Bankenquete. Die Londoner Handelskammer hat den erwarteten Bericht über die Frage der britischen Goldreserven erstattet. In dem Gutachten wird festgestellt, daß die Goldreserve des Landes verstärkt, die gesetzlich fixierte Höhe der Notenemission der Bank von England herabgesetzt, eine Goldreserve für die Depositen der Trustee Savings Banks und Postsparkassen geschaffen werden muß. Das sind die wichtigsten Forderungen der Kommission. Sie hat den Beifall der englischen Bankwelt nicht gefunden, insbesondere wendet man sich gegen die zweite Forderung. Die Notenemission der Bank von England ist bekanntlich durch die Peelsakte festgesetzt worden. Bisher hat sich in Zeiten der Krisis dieses Notenkontingent stets als zu niedrig erwiesen und zur Abhilfe ist dann jedesmal durch Parlamentsbeschluß die Akte auf einige Zeit suspendiert worden. Als berechtigt erkennt man nur die dritte Forderung an, befürchtet aber von ihrer Verwirklichung eine Schädigung der britischen Staatsanleihen, die von den Sparkassen jetzt als Reserven gehalten werden.

Soziales.

Schneckengang bei der Landesversicherung.

Ein Fall, der leider als typisch für die mit ungeheurem bureaukratischen Formelkram verbundene und dadurch verlangsamte Auszahlung der dem Arbeiter gesetzmäßig zustehenden Invalidenrente angesehen werden muß, hat sich jüngst in Neuheim bei Bromberg ereignet. Dort erkrankte die 63 Jahre alte Köchin Franziska Sabinska vor zirka 2½ Jahren an einem Krebsleiden. Ihre Dienstherrschaft, bei der sie dreißig Jahre in Stellung war, wandte sich an die Behörde, um die Invalidenrente für die Köchin zu erlangen. Da sich die Erledigung der Angelegenheit überaus lange hinzog, geriet die S. in große Not. Im letzten Jahre wurde sie nur noch von mitleidigen Dorfbewohnern ernährt und gepflegt. Dieser Tage starb sie. Als sie knapp einige Stunden beerdigt war, erschien der Postbote, um ihr den nun zuerkannten, bereits fälligen Betrag von 263 M. auszuhändigen. Das Geld mußte natürlich an die Landesversicherung zurückgehen.

Französisches Arbeiterleben.

In der „Opinion" unterzieht Philippe Millet die von der Board of Trade herausgegebene Untersuchung über das Leben des französischen Arbeiters einer eingehenden Prüfung, und da er dieser Prüfung einen Vergleich des französischen Arbeiterlebens mit dem englischen und deutschen zugrunde legt, so dürfte sich wenigstens ein kurzes Eingehen auf die ungemein methodisch und gewissenhaft durchgeführte Studie Milleis wohl lohnen.

Im allgemeinen ist die Lebensführung des französischen Arbeiters eine weit bessere als die des deutschen oder englischen. Die französischen Familien sind durchgängig weit weniger zahlreich, als die der anderen Länder, und so sind auch die Bedingungen zu einer besseren Lebensweise von selbst gegeben. Während der Engländer in ermüdender Regelmäßigkeit Rindfleisch oder Hammelfleisch mit in Wasser gekochten Kartoffeln genießt und der Deutsche ebenso regelmäßig sich von Wurst mit Kartoffeln nährt, ist der Franzose imstande, sein Menu abwechslungsreicher zu gestalten; gekochtes und gebratenes Kalbfleisch, Brat- oder Backhühner fehlen Sonntags selten auf dem Tische des französischen Arbeiters.

Mit dieser besseren Ernährung geht eine ungemein anziehende Häuslichkeit Hand in Hand. Die französische Arbeiterfrau setzt ihren Stolz in ein helles, freundlich blinkendes Zimmer. Die Möbel sind gescheuert und geputzt und hinter sorgfältig geplätteten Vorhängen verbirgt sich das saubere Bett. Das Auge eines fremden Besuchers soll nichts sehen, was ihn verletzen könnte, und Millet erlebte einst, daß eine Arbeiterfrau in Tränen ausbrach, als er unvermutet in ihr noch nicht hergerichtetes Zimmer trat.

Wohnung und Ernährung sind in Frankreich besser, als in England und Deutschland; damit sind aber auch die Vorzüge jenes Landes vor den beiden übrigen erschöpft. Die französischen Löhne sind bei erhöhter Arbeitszeit geringer als die englischen und deutschen und naturgemäß muß sich die Lebensführung danach richten. An der Nahrung kann und will der Franzose nicht sparen, darum spart er an der Wohnung, und setzt sich über den mangelnden Raum durch freundliche Sauberkeit hinweg. In England bewohnt eine Arbeiterfamilie selten weniger als vier oder fünf Zimmer, in Deutschland zwei oder drei, in Frankreich begnügt sie sich zumeist mit einem. In Brest und Fougeres bestehen 50 Prozent aller Arbeiterwohnungen aus einem Zimmer, in Paris 26,7 Prozent, in London nur 14,7 Prozent. Infolgedessen sind die Wohnungen der französischen Arbeiter zwar sauber, aber vielfach ungesund und vor allem lassen die Wasserverhältnisse noch vieles zu wünschen übrig.

Wenn sich nun auch die vorstehenden Schilderungen in erster Linie auf die städtischen Arbeiter beziehen, und die Landarbeiter bessere Wohnungs- und Lohnverhältnisse haben, so ist doch die Rückständigkeit der französischen Arbeiterschaft im Vergleich zu der englischen und deutschen in die Augen springend. Der französische Arbeiter ist hinter seiner Zeit weit zurückgeblieben; alle die Vorzüge, die sich die Arbeiter anderer Länder durch engen Zusammenschluß gesichert haben, fehlen den Franzosen. Gewerkschaften und Arbeitersyndikate in unserem Sinne kennen die französischen Arbeiter nicht. — Aus dieser Erwägung heraus schließt Millet seine Studie mit den mahnenden Worten an seine Landsleute: „Die Lektüre des englischen Berichts kann uns bescheiden machen; wenn wir auch in der Kunst schlichter und angenehmer Häuslichkeit anderen Völkern voraus sind, so haben wir doch kaum eine Ahnung von organisiertem Zusammenschluß, auf dem allein die Kraft des Arbeiterstandes beruht."

Holzarbeiter in Norddeutschland.

Laut Bericht der Berufsgenossenschaft ist die Zahl der beschäftigten Arbeiter in der Holzindustrie um 2054 zurückgegangen und beträgt jetzt in 22 708 Fabrikbetrieben: 231 351, in 21 373 Handbetrieben (Bautischlereien): 33 165.

Neue Fabrikbetriebe sind erstanden, so daß 1013 Betriebe neu versichert wurden, während 490 Handbetriebe eingingen. — Auch die Löhne der Arbeiter sind um mehr als 1 Million Mark gegen das Jahr 1907 zurückgegangen und betragen durchschnittlich 1045 M. gegen 1043 M. im Jahre 1907. Von einer Lohnsteigerung kann demnach keine Rede sein.

Die Unfallziffern sind entsprechend der Arbeiterzahl auch etwas zurückgegangen. Angemeldet wurden im Jahre 1908: 13 875 Unfälle gegen 14 515 im Jahre 1907. Auf 1000 Versicherte entfielen durchschnittlich 52 Unfälle. Nur 3159 dieser Fälle wurden jedoch entschädigt, darunter 123 jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren, sowie 20 Frauen.

Die Mehrzahl der Unfälle ereigneten sich an Arbeitsmaschinen 1734, und wieder sind es die Kreissägen, welche die meisten Opfer forderten. Kein Wunder auch, denn die technischen Aufsichtsbeamten klagen, daß bei ihren Betriebsrevisionen allein an 1208 Kreissägen jeder Schutz fehlte.

Dabei wurden nur 3406 Betriebe revidiert. In Ordnung befunden wurden davon nur 2046 Betriebe. In 5259 Fällen mußten Anordnungen über Unfallschutz getroffen werden und wird von den Beamten geklagt, „daß immer noch ein großer Teil von Betriebsunternehmern sich der Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften gegenüber ablehnend verhält, und dieselben sich der Gefahr aussetzen, bei Unfällen wegen fahrlässiger Körperverletzung bestraft zu werden". Welch unverständliche Drohungen, die in der Praxis ja doch nicht umgesetzt werden, und vor einer Haftung den Krüppeln gegenüber sind ja doch diese Herren durch die Bestimmungen im § 135 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes geschützt, welcher bekanntlich erst dann den Unternehmer zum Schadenersatz heranzieht, wenn der Unfall „vorsätzlich" herbeigeführt wurde.

Durch Unfall wurden im Berichtsjahre wieder 117 Arbeiter getötet; in 4 Fällen mußte den Verletzten die Vollrente, in 941 Fällen Rente für teilweise und in 2097 Fällen für vorübergehende Erwerbsunfähigkeit gezahlt werden.

In 1714 Fällen wurden die Berufungen der armen Verletzten von dem vielgerühmten Schiedsgericht abgewiesen und nur in 347 Fällen zugestimmt. Der Berufsgenossenschaft war aber diese Ziffer noch zu hoch, denn sie hatte noch 174 eigene Rekurse am Reichsversicherungsamt zu verteidigen, und auch hier wieder in 58 Fällen Glück, in 60 Fällen eine Abweisung, während die Verletzten von 543 Rekursen nur 48 gewonnen haben. — Warum fürchten die Unternehmer denn das Reichsversicherungsamt?

Gerichts-Zeitung.

Eine böswillige Alarmierung der Feuerwehr durch einen öffentlichen Feuermelder mußte gestern der Installateur Otto Keller mit einer empfindlichen Freiheitsstrafe büßen. Unter der Anklage der qualifizierten Sachbeschädigung (Beschädigung einer dem öffentlichen Nutzen dienenden Einrichtung) mußte sich K. vor der zweiten Ferienstrafkammer des Landgerichts III verantworten. In der Nacht zum 27. April d. J. zertrümmerte der Angeklagte die Scheibe des vor dem Hause Delbrückstraße 20 in Grunewald stehenden Feuermelders und setzte den Meldemechanismus in Tätigkeit. Er hatte jedoch nicht damit gerechnet, daß hierdurch zugleich auch der in dem Hause wohnhafte Schuldiener Hintze durch eine Alarmglocke geweckt wurde. Während der Angeklagte noch an dem Melder herumhantierte, wurde er von H. überrascht und festgenommen. — Das Schöffengericht Charlottenburg verurteilte den Angeklagten mit Rücksicht darauf, daß es sich um einen groben Verstoß gegen die öffentliche Ordnung und Sicherheit handele, zu zwei Wochen Gefängnis. Die hiergegen von K. eingelegte Berufung wurde von der Strafkammer unter Bestätigung des ersten Urteils verworfen.

Einbruchsdiebstahl durch die Decke.

Ein Einbruchsdiebstahl bei einem Juwelier, bei welchem die Diebe die Decke durchbohrt hatten, beschäftigte die zweite Ferienstrafkammer des Landgerichts I. Wegen versuchten und vollendeten schweren Diebstahls bezw. wegen Hehlerei waren angeklagt: Der frühere Uhrmacher Hugo Schäfer, der gelegentliche Schriftsetzer Paul Jogszat, der Händler Ferdinand Brunn, der Kaufmannslehrling Ernst Schäfer und die Frau Lina Schäfer. — Die drei erstgenannten Angeklagten sind oft mit Zuchthaus bestraft. So hat Brunn bisher 19 Jahre, Jogszat 17 Jahre Zuchthausstrafen hinter sich, während Schäfer mit drei Jahren Zuchthaus vorbestraft ist.

In dem Hause Friedrichstr. 162 befinden sich im ersten Stockwerk die Geschäftsräume des Juweliers Groß. Die darüber liegenden Räume standen im Mai dieses Jahres leer. Mitte Mai erschienen die Angeklagten Schäfer und Brunn bei dem Hauseigentümer Riemann und mieteten die leerstehenden Räumlichkeiten. Riemann schöpfte Verdacht und verständigte die Kriminalpolizei. Am Abend des 15. Mai gingen die Männer in die von Kriminalbeamten beobachteten Wohnung und hielten sich längere Zeit darin auf. Als des Morgens die Wohnung untersucht wurde, fanden sich im Fußboden elf mittels Zentrumsbohrers hergestellte Löcher. Von einer weiteren Beobachtung nahmen die Beamten Abstand, da sie an eine Fortsetzung des Einbruchsversuchs nicht glaubten. In der Nacht zum 17. Mai kam ein in dem Hause bedienstetes Mädchen spät nach Hause. Als sie in der leerstehenden Wohnung Leute hantieren sah, schlug sie Lärm und verscheuchte dadurch die Einbrecher. Es zeigte sich jetzt, daß die Diebe bereits den Fußboden herausgenommen und ein großes Loch aus dem Boden herausgebrochen hatten. Als die verdächtigen Mieter wurden später die Angeklagten Schäfer, Brunn und Jogszat ermittelt. Gegen letzteren konnte nicht verhandelt werden, da er nicht aus der Strafanstalt Sonnenburg vorgeführt worden war. Der Kriminalkommissar Weiland ermittelte ferner, daß von den drei Einbrechern auch ein Diebstahl bei der Firma Jakob Frank in der Charlottenstraße verübt worden war, bei welchem die Täter Seidenstoffe im Werte von zirka 4500 M. erbeutet hatten. Ein Teil der gestohlenen Seide wurde bei den sämtlichen Angeklagten noch vorgefunden. Bei der Frau Schäfer wurde allein ein Posten Seide, der etwa 1800 M. Wert hatte, beschlagnahmt. — Da die Angeklagten jede Straftat in Abrede stellten, zog sich die Verhandlung bis in die späten Nachmittagsstunden hin. Der Staatsanwalt beantragte Zuchthaus- und Gefängnisstrafen von einem Monat bis zu drei Jahren. Das Gericht sprach die Angeklagte Frau Schäfer frei. Verurteilt wurden Brunn zu einem Jahre, Hugo Schäfer zu sechs Monaten und Ernst Schäfer zu drei Monaten Gefängnis.

Ein Hexenprozeß

beschäftigte dieser Tage das Schöffengericht zu Schönberg (Mecklen-Strelitz). Von den mittelalterlichen Hexenprozessen unterschied sich dieser dadurch, daß die „Hexe" nicht als Beklagte, sondern als Klägerin auf den Plan trat. Dem Kaufmann M. in Selmsdorf war sein Vieh behext. Als praktischer Mann sagte er sich, daß sich mit behextem Vieh schlecht wirtschaften lasse und er reiste nach Lübeck zu einem Teufelsbeschwörer, der mitkommen und den Zauber „ausräuchern" sollte. Dies geschah denn auch in ausreichendem Maße. Um für die schwere Bezahlung noch ein übriges zu tun, denunzierte der Wundermann seinem Klienten die „Hexe". Wer zuerst kommen würde, um etwas zu kaufen, habe die Hexerei auf dem Gewissen. Als kurz darauf eine Frau H. erschien, die ein Pfund Butter kaufen wollte, machte der Kaufmann von seiner Wissenschaft denn auch ausgiebig Gebrauch, indem er der Hexe so derb seine Meinung sagte, wie es solch' verworfenem Weibe zukommt. Anstatt mit ihrer Kunst sich über gewöhnliche Sterbliche erhaben zu fühlen und dem wütenden Kaufmann bei nächster Gelegenheit vom Blocksberg eine Ansichtskarte zu schicken, lief die Frau nach Schönberg zum Kadi und verlangte, daß ihre Unabhängigkeit vom Bösen gerichtlich deklariert werde. In der Verhandlung brachte man den Kaufmann dahin, daß er der „Hexe" eine Ehrenerklärung gebe. Es wird also demnächst in einem mecklenburgischen Blatte zu lesen sein, daß die Beschuldigung, daß eine Zeitgenossin des 20. Jahrhunderts eine Hexe sei, „als unbegründet zurückgenommen" werde!

Aus der Frauenbewegung.

Weibliche Gewerkschaftsmitglieder.

Unverkennbar hat sich das Organisationsverhältnis in den freien Gewerkschaften für die weiblichen Mitglieder günstiger gestaltet. Im Jahre 1903 zählten die „freien Gewerkschaften" im Jahresdurchschnitt nur 92 64 weibliche Mitglieder, gegen 138 443 organisierte Frauen und Mädchen im Jahre 1908. Nach den Angaben der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, zusammengestellt im Kaiserlichen Statistischen Amt, zählten im Jahre 1908 die angeführten Verbände weibliche Mitglieder: Bäcker und Konditoren 1388, Blumenarbeiter 138, Brauereiarbeiter 776, Buchbinder 9256, Buchdruckereihilfsarbeiter 7460, Bureauangestellte 111, Fabrikarbeiter 14 829, Fleischer 10, Gärtner 42, Gastwirtsgehilfen 594, Gemeindearbeiter 556, Glasarbeiter 474, Glaser 1, Hafenarbeiter 150, Handlungsgehilfen 4892, Handschuhmacher 466, Holzarbeiter 3163, Hutmacher 2231, Kürschner 601, Lagerhalter 86, Lederarbeiter 99, Maler 52, Metallarbeiter 15 167, Photographen 5, Portefeuiller 528, Porzellanarbeiter 1563, Sattler 250, Schirmmacher 113, Schneider 7419, Schuhmacher 5563, Steinsetzer 1, Tabakarbeiter 12 910, Tapezierer 85, Textilarbeiter 42 655, Transportarbeiter 3979, Zigarrenarbeiter 785.

Nach der Gesamtzahl berechnet, beträgt der Anteil der 138 443 weiblichen Gewerkschaftsmitglieder 7,6 Proz. des gewerkschaftlichen Mitgliederbestandes.

Das allgemeine Wachstum der gewerkschaftlichen Organisation, sowie das der weiblichen Organisierten zeigt nachfolgende Tabelle:

	Zahl der Organisierten: männliche u. weibliche zusammen	weibliche überhaupt	allein in Proz.
1903	887 698	40 668	4,6
1904	1 052 108	48 604	4,6
1905	1 344 803	74 411	5,5
1906	1 689 785	118 908	7,0
1907	1 865 506	138 929	7,4
1908	1 831 731	138 443	7,6

Die für die weiblichen Mitglieder günstigere Organisationsgestaltung soll keine Ruhebedürfnis auslösende Konstatierung sein. Sie soll vielmehr als Ansporn zu weiteren Erfolgen wirken, die nur durch ständige Arbeit erzielt werden können.

Wohl ist die Frau ein noch spröderes Organisationsmaterial als der Mann, das hat jedoch historisch gewordene, nicht im eigentlichen Wesen des Weibes begründete Ursachen, — und die daraus entspringenden Hindernisse können und müssen überwunden werden. In Industrie, Handel und Verkehr allein sind nach der letzten Berufszählung über 2 Millionen weibliche Arbeitskräfte erwerbstätig. Da zeigt dem Blick sich noch ein ungeheures Brachland, das der gewerkschaftlichen Beackerung sehnsüchtig harrt; sind doch erst 6 Proz. dieser Kräfte dem Organisationsrahmen eingefügt.

Warenhaus

Wilhelm Stein

Berlin N., Chausseestrasse 70-71

Nach beendeter Reisesaison verabfolgen wir als besondere Vergünstigung von

Mittwoch, den 11. bis Sonnabend, den 14. August incl.

Doppelte Anzahl Sparmarken*

Wir geben sonst bei einem Einkauf von 1 Mk. 4 Sparmarken, an diesen Tagen jedoch **8 Sparmarken**

* Ausgenommen sind einige Artikel.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 11. August.
Anfang 7 Uhr.
Neues königliches Opernhaus. Orpheus in der Unterwelt.
Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Ketten.
Kammerspiele. Ein Skandal in Monte Carlo.
Lessing. Die Dollarprinzessin.
Berliner. Ein Herbstmanöver.
Ber.-es. Sein Sündenregister.
Neues Schauspielhaus. Mit Dudelsack.
Komische Oper. Demimonde.
Residenz. Kümmere dich um Amelie.
Lustspielhaus. Familie Schimek.
Neues Operetten. Die Sprudelfee.
Kleines. Moral.
Westen. Der fidele Bauer.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Madame Bonivard.
Schiller Charlottenburg. Der Biberpelz.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Die Afrikanerin.
Luisen. Der stille See.
Folies Caprice. Drei Frauenhüte. Der Deserteur usw. Anf. 8½ Uhr.
Metropol. Die oberen Zehntausend.
Apollo. Spezialitäten.
Gebr. Herrnfeld-Theater. Frau Elkams Friseur. Meine-Deine Tochter.
Wintergarten. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Bernhard Rose. Die Grille.
Walhalla. Spezialitäten.
Berliner Prater. Man lebt ja nur einmal. (Anfang 4½ Uhr.)
W. Noacks Theater. Onkel Schlaumeier. Spezialitäten.
Stadt-Theater Moabit. Spezialitäten.
Volksgarten. Spezialitäten.
Brunnen. Der Amerika-Seppl. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Rom und die Campagna.
Sternwarte, Invalidenstr. 57/62.

Urania.
Wissenschaftliches Theater. Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Rom und die Campagna.

Lessing-Theater.
Gastspiel d. Neuen Operetten-Theaters. Anfang 8 Uhr.
Die Dollarprinzessin.
Operette in 3 Akten von Leo Fall.

Berliner Theater.
Operetten-Gastspiel.
Täglich 8 Uhr:
Ein Herbstmanöver.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Sein Sündenregister
Morgen und folgende Tage:
Sein Sündenregister.

Neues Kgl. Opern-Theater (Kroll). Gura-Oper. Einfache Preise.
Zum erstenmal:
Orpheus in der Unterwelt.
Burleske Oper von Offenbach.
Anfang 7½ Uhr.
Donnerst.: Meistersinger. Freitag: Tannhäuser. Sonnabend: Lohengrin. Sonnt.: Orpheus. Montag: La Traviata.

Theater des Westens.
Allabendlich 8 Uhr:
Der fidele Bauer Operette von Leo Fall.

Neues Operetten-Theater, Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.
Anfang 8 Uhr:
Die Sprudelfee.
Operette in 3 Akten v. H. Reinhardt.

Residenz-Theater
Direktion: Richard Alexander.
8 Uhr! 8 Uhr!
„Kümmere Dich um Amelie."
Schwank in 3 Akten von Feydeau.
Morgen und folgende Tage:
Dieselbe Vorstellung.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Mittwoch, 11. August. Anf. 8 Uhr:
Die Afrikanerin.
Gr. Op. in 5 Akt. v. Meyerbeer (Alt. Preise)
Donnerstag: Der Troubadour.
Freitag: Fra Diavolo oder: Das Gasthaus zu Terracina.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger

Anfang: Wochent. 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)
Täglich:
Madame Bonivard.
Schwank in 3 Akten von Alexander Bisson und Antony Mars.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Täglich:
Der Biberpelz.
Eine Diebeskomödie in 4 Akten von Gerhart Hauptmann.
Anfang 8 Uhr. Ende 10½ Uhr.

Passage-Panoptikum.
Aga!
die schweb. Jungfrau.
Ganz Berlin zerbricht sich wieder d. Kopf über **Aga.**
Der Mann m. d. eisernen Schlund!
Experimente d. IV. Dimension!
Alles ohne Extra-Entree.

Zoologischer Garten
Täglich:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 M., von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder u. 10 Jahren die Hälfte.

Passage-Theater.
Ein durchschlagender Erfolg!
Alois Pöschl
Edmondo Lucini
The Lingtons
und das großartige August-Programm!
12 erstklass. Variété-Attraktionen.

Volksgarten-Theater
früher Weimanns Volksgarten.
Täglich: Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Ella Vera × Lola Droll × Otto Beyer
The Horleys × Brothers Vollmer
Der Aktienbudiker.
Volksstück m. Ges. u. Tanz in 5 Bildern.
Donnerstag, 19. Aug.: Gr. Gartenfest

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Familie Schimek.

Bernhard Rose Theater
Gr. Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr:
Die Grille.
Auf der Gartenbühne Anfang 4½ Uhr.
U. a.: Der geheimnisvolle Mr. Taft. Theatervorstellung. Spezialitäten.

Metropol-Theater
Die oberen Zehntausend.
Amerik. Operette v. Jul. Freund. Musik v. Gust. Kerker. In Szene gesetzt von Dir. Rich. Schultz. Tänze von Mr. Bishop.
Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Apollo Theater
8 Uhr Das 8 Uhr
Bomben-Programm.
U. a.:
Eine Haremsnacht.
Triumph der Schönheit
und die übrigen Attraktionen.

Gebr. Herrnfeld Theater
Frau Elkam's Friseur.
Meine-Deine Tochter.
Beide Komödien mit den Autoren Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.
Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11—2 Uhr. Ab 7 Uhr: Promenaden-Konzert im schattigen Sommergarten und Pergola.

Königstadt-Kasino.
Holzmarktstr. 72 (Ecke Alexanderstr.)
Tägl. i. herrl. Natur-Sommergarten bei ungünstiger Witterung i. Saale
Gr. Theater- u. Spez.-Vorstellung.
Amor auf Irrwegen.
Posse mit Gesang von Tyrkowski.
Elly Burgois, Duett Herrmann, Heinz Heuer, Harves and Harves, Loewe-Lessen und erstklass. Spezialitäten.
Anf. wochent. 8, Sonntags 5 Uhr.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Gill. Brunnenstr. 16.
7 Uhr: **Ein Küchenroman.**
Abends 9½ Uhr:
Onkel Schlaumeier.
Dazu: Sämtliche Spezialitäten. Alexander, urkomischer Bauchredner. Anf. 7, Konzert 6, Kaffeeküche 3 Uhr. Entree 30 Pf.
Morgen: Benefiz Karl Reich: Ein gesunder Junge.

Schweizer-Garten
Am Königstor. Am Friedrichshain
Heute Kinderfreudenfest.
Theater, Spezialitäten, Fackelzug, Belustigungen, Kasperle-Theater, Zirkus Klumpatsch usw. Ball und freier Damentanz.
10 Uhr abends: **Leute von heute.**
Lebensbild mit Gesang u. Tanz.
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.
Sommerkarten haben Gültigkeit.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berliner Reichstags-Wahlkreises
(4., 5., 12. und 13. Abteilung).

Sonnabend, d. 14. August, im Etablissement Ballschmieder, Badstraße 16:

Großes Herbstfest

MITWIRKENDE:
Elite-Orchester des Musikdirektors Hrn. Fritz Blume.
Gesangverein „Neu erwacht".
Volkssänger-Gesellschaft Hugo Anke.
Anfang 5 Uhr. Billett 25 Pf.
Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen zur gefälligen Verfügung.
Um 10 Uhr: Fackelpolonaise. Jedes Kind erhält eine Stocklaterne gratis.
Im Saale: TANZ. Herren zahlen 50 Pf. nach.
228/16 Das Komitee.

Schwarzer Adler
Lichtenberg, Frankfurter Chaussee 5 (früher 120).
Inh.: Gebr. Arnhold.
Täglich: Gr. internation. Ringkampf-Konkurrenz
um die Meisterschaft d. Prov. Brandenburg u. die Prämie 5000 M. in bar.
Heute Mittwoch, den 11. August, ringen: Petitjean-Elsaß-Lothringen gegen Legomec-Bordeaux. Axa-Australien gegen Petersen-Dänemark. Hißmann-Westfalen gegen Parschau-Ostpreußen. Michailof-Rußland gegen Hitzler-Bayern.
Vor den Ringkämpfen: Auftreten erstklass. Spezialitäten mit Fr. Sobanski

Arnold Scholz **Neue Welt** Hasenheide 108/114
Heute Mittwoch, den 11. August 1909:
Gala-Spezialitäten und Konzert.
Großes Ernte-Dankfest.
Bonbonregen. × Belustigungen aller Art. × Fackelzug.
Großer Erntefestzug mit Wagen und Reitern.
Große Gratisverlosung. Hauptgewinne: je eine goldene Uhr für Mädchen und Knaben.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 15 Pf.

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47/48.
Täglich:
Spezialitäten und Theater-Vorstellung.
Anf. d. Vorstellung wochentags 7 Uhr, Konzert 6 Uhr. Sonnt. 6 bezw. 5 Uhr. Garteneröffnung 3 Uhr.
Jeden Montag Elitetag, Spezialitäten und Soiree der „Lustigen Sänger".
Bei Regenwetter Vorstellung im großen Theater-Saal.

Elysium
Landsberger Allee 40/41, Ecke Petersburger Straße.
Heute sowie täglich
im prachtvollen Naturgarten:
Vorstellung
abwechselnd von
drei der bestrenommiertesten Sängergesellschaften.

Walhalla-Variete-Theater
Weinbergsweg 19-20, Rosenth. Tor.
Anfang 8 Uhr. Im Theater:
D. neuen August-Spezialitäten
Frei: Im Garten Konzert.
Leben u. Treiben im Traumland.

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7—9.
Täglich:
Man lebt ja nur einmal!
Havemanns größte Raubtierschule d. Welt. Spezialität., Konzert, Ball.
Anfang 4½ Uhr.

Max Kliems
Sommer-Theater und Festsäle
Rudolf Krüger Hasenheide 13/15.
Täglich:
Großes Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Art. Leitung: Walter Gravenitz.
Jeden Donnerstag: Elitetag.
Während und nach der Vorstellung **Tanzkränzchen.**

Brunnen-Theater
Badstraße 58. Direktion: Willi Voigt.
Heute sowie täglich:
Der Amerika-Seppl.
Bauernposse in 3 Akten von Manz.
Kassenöffnung 2 Uhr. Anf. 4 Uhr.

Puhlmann's Theater
Schönhauser Allee 148, Kastanien-Allee 97/98
Jungfrau von Berlin.
12 erstklassige Spezialitäten.
Charles and Fred.
Anfang 4½ Uhr. Entree 20 Pf.

Vereins-Brauerei
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.
Oekonom: Max Wendt.
Täglich:
Gr. Militär-Konzert.
Vorzugskarten haben wochentags Gültigkeit.
Entree 15 Pf.

Bauschule u. Technikum.
Berlin C., Münzstr. 7, errichtet 1890.
Hoch- und Tiefbau (4 Semester).
Eisenbetonbau!
Spezialabteilung f. Steinmetz, Tischler und Schlosser.
Tages- und Abendkurse.
Programme kostenlos durch die Direktion.
16792*

Bildhauer!
Die nächste Versammlung am
Donnerstag, den 12. August,
fällt aus. Der Vorstand. 20/12

Zentralverband der Zimmerer.
Zahlstelle Berlin und Umgegend.
Donnerstag, den 12. d. M., abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Seitenfl. I (Saal 7):
Zusammenkunft
der ausgesperrten Zimmerer aus Hamburg.
Verbandsbuch legitimiert. Um zahlreiches Erscheinen ersucht
234/14 Der Vorstand.

Täglich, auch Sonntags:
Billige Dampfer-Extrafahrten
nach
Voigts Krampenburg-Berliner Alpen.
Jannowitzbrücke vorm. 9 Uhr, nachm. 2 Uhr. Café Bellevue, Rummelsburg (2 Min. von Station Stralau-Rummelsburg, woselbst Anschluß an Stadtbahn, Nord-, Süd- und Vollring), vormittags 9½ Uhr, nachm. 2½ Uhr. In den pilzreichen Wäldern viel Pfefferlinge usw. 150L3* Reederei Nobiling.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Verwaltung Berlin.
Donnerstag, den 12. August, abends 8½ Uhr, im „Rosenthaler Hof", Rosenthalerstraße 11/12: 88/3
Außerordentl. Branchenversammlung der Stellmacher.
Mitgliedsbuch legitimiert. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Arbeitsnachweis: Hof I. Amt 3, 1239. Verwaltungsstelle Berlin. Charitéstraße 3. Hauptbureau: Hof III. Amt 3, 1987

Donnerstag, den 12. August 1909:

Bezirks-Versammlungen
für die gesamte Verwaltungsstelle Berlin
in folgenden Lokalen:

1. **Norden:** Bockbrauerei, Chausseestr. 64, abends 8½ Uhr.
2. **Norden:** Wilkes Festsäle, Brunnenstraße 188, abends 8½ Uhr.
3. **Norden:** Frankes Festsäle, Badstr. 19, abends 8½ Uhr.
4. **Moabit:** Kronenbrauerei, Alt-Moabit 46/47, abends 8½ Uhr.
   Außer der sonstigen Tagesordnung: Vortrag über: „Staat und Gemeinde als Arbeitgeber." Referent: Stadtverordneter Paul Hirsch.
5. **Süden:** Lokal „Süd-Ost", Waldemarstraße 75, abends 8½ Uhr.
6. **Osten und Lichtenberg:** Litfin, Memeler Str. 67, abends 8½ Uhr.
7. **Stralau und Rummelsburg:** Blume, Alt-Boxhagen 56, abds. 8½ Uhr.
8. **Charlottenburg:** Volkshaus, Rosinenstr. 3, abds. 8½ Uhr.
9. **Westen und Schöneberg:** Wieloch, Grunewaldstraße 110, abends 8½ Uhr.
   Vortrag: Die Alkoholfrage. Referent: Kollege Körlin.
10. **Rixdorf:** Hoppes Festsäle, Hermannstr. 49, abends 8½ Uhr.
11. **Weißensee:** Roßkopf, Königchaussee 38, abends 8½ Uhr.
    Vortrag des Genossen Ucko.
12. **Tegel:** Sachon, Müllerstraße 136, abends 8½ Uhr.
13. **Spandau:** Gottwald, Restaurant Vorwärts, Schönwalder Straße 80, abends 8½ Uhr.
    Vortrag des Kollegen H. Hilpert.
14. **Köpenick:** Gratkowskys Gesellschaftshaus, Friedrichshagen, Friedrichstr. 69, abends 8½ Uhr.
15. **Oberschöneweide:** Lokal Hasselwerder, abends 5½ Uhr.
    Vortrag des Kollegen Hartmann.

Tagesordnung in allen Versammlungen:
Stellungnahme zur General-Versammlung am 30. August.
Ohne Mitgliedsbuch hat niemand Zutritt!
Tanzzettel werden zu diesen Versammlungen nicht verschickt.
Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Achtung! **Schlosser.** Achtung!
Donnerstag, den 12. August,
abends 8 Uhr:
Vertrauensmännerkonferenz der Schlosser
in Meiers Festsälen, Sebastianstr. 39.
121/12 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Donnerstag, den 12. August 1909, abends 8 Uhr, im großen Saal des Etablissements „Arminhallen", Kommandantenstr. 58/59:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Geschäfts- und Kassenberichte.
2. Wahl eines Revisors der Verbandskasse.
3. Wahl zweier Revisoren.
4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. 24/5

Ohne Mitgliedsbuch kein Eintritt!
Zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Heute Mittwoch: Zahlabend in Groß-Berlin.

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis, 3. Abteilung (Friedrichstadt). Der Zahlmorgen für die Buchdruckerei-Nachtarbeiter findet am Sonntag, den 15. August, früh 6 Uhr, bei J. Meyer, Oranienstraße 103, statt.

Dritter Wahlkreis. Für die Mitglieder der Bezirke 240 und 241 findet der gemeinschaftliche Zahlabend bei Chr. Schulz, Alte Jakobstr. 18/19, und für den 269. Bezirk bei Paul Walter, Adalbertstr. 63, statt.

Am Sonntag, den 15. August, findet ein Ausflug mit Familie statt. Treffpunkt früh 10 Uhr Station Eichkamp.

Für Dienstag, den 17. August, ist eine Versammlung für Frauen in Aussicht genommen. Dieselbe findet im „Märkischen Hof“ statt. Referent und Tagesordnung werden noch bekannt gegeben.
Der Vorstand.

Achtung! Vierter Wahlkreis. Am Sonntag, den 15. August, vormittags 9½ Uhr, findet bei dem Genossen Merkowski, Andreasstraße 26, eine Sitzung polnischsprechender Mitglieder unseres Wahlvereins statt. Da es sich um wichtige Angelegenheiten handelt, ersuchen wir sämtliche polnischen Genossen daran teilzunehmen. Mitgliedsbuch legitimiert.
Der Vorstand.

Charlottenburg. Die Sammellisten Nr. 7680—7700 zur Deckung der Unkosten für die Landtagswahl 1909 sind verloren gegangen. Die Listen, welche sämtlich leer waren, bitten wir bei Vorzeigung anzuhalten.
Der Vorstand.

Erkner. Heute, Mittwoch, den 11. August: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Bericht von der Kreisgeneralversammlung. 2. Wahl eines Delegierten zur Kreisgeneralversammlung. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Vereinsangelegenheiten.
Der Vorstand.

Reinickendorf-Ost. Die Bibliothek des Wahlvereins bleibt der Erweiterung und Neuordnung wegen kurze Zeit geschlossen. Ausgeliehene Bücher bitten wir bis spätestens Sonntag, den 15. August, zurückzugeben.
Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Ein Erholungsheim.

Bei Alt-Döbern in der Niederlausitz gibt es eine Pflegeanstalt, die sich „Erholungsheim“ nennt. Sie ist untergebracht auf dem Grundstück des Krankenhauses für den Kreis Kalau, gilt aber als besondere Anstalt und nimmt nur Mädchen und Frauen auf. Die Landesversicherungsanstalt der Provinz Brandenburg benutzt das Heim, um weibliche Versicherte, die chronisch krank sind oder eine akute Erkrankung überstanden haben, eine Erholungs- bezw. Genesungskur durchmachen zu lassen. Die Absicht ist gut, aber der Erfolg des Aufenthaltes in dieser Pflegeanstalt wird leider beeinträchtigt durch allerlei Mängel und Mißstände, die von dort verpflegten „Heimchen“ — so werden die Insassen des Heims genannt — als drückend empfunden worden sind. Die Klagen, die uns vorgetragen und von einer ganzen Reihe nach Hause zurückgekehrter Heimchen bestätigt worden sind, richten sich teils gegen die Einrichtungen der Anstalt, teils gegen die leitenden Personen.

Die Anstalt wird uns so geschildert, daß uns die Bezeichnung „Erholungsheim“ in der Tat ein bißchen fragwürdig erscheint. Es fehle vor allem an der Möglichkeit, in ausreichenden Parkanlagen sich jederzeit frei ergehen zu können. Der vorhandene „Garten“ sei klein und eng, zu eng für 40—50 Heimchen, einen Teil davon nehme noch eine zum Krankenhaus gehörende Baracke für Männer ein, der Rest sei besetzt mit wenigen Bäumen und Sträuchern. Dafür habe aber das erholungsbedürftige Heimchen in nächster Nähe den Schweinestall sowie eine unbedeckte Dunggrube, so daß der Gestank aus Grube und Stall die Luft verpeste. Was an sonstigen Erholungsstätten vorhanden sei, könne nur unter Aufsicht benutzt werden. Spaziergänge durch den benachbarten Park des Grafen von Witzleben, des Vorsitzenden vom Anstaltskuratorium, sowie durch den nahen Wald seien zumeist nur in Begleitung von Anstaltsschwestern gestattet. Bezüglich des Parks, der ja Privatbesitz ist, wird das manchem vielleicht noch begreiflich scheinen. Dagegen fehlt jede Erklärung dafür, daß auch Spaziergänge durch den Wald unter Aufsicht gestellt werden. Unter den Heimchen erzählt man sich, früher sei das anders gewesen, bis einmal der Herr Ortspfarrer, dem zugleich das Seelenheil der Anstaltsinsassen anbefohlen ist, einen Insassen des Männerkrankenhauses mit einem Heimchen im Walde spazierend angetroffen habe. Seitdem sei man nach Kräften bemüht, Männlein und Weiblein vor den Gefahren solcher einsamen Spaziergänge zu behüten. Von den Massenspaziergängen, an denen in der Regel 40—50 Personen beteiligt seien, wird uns gesagt, daß man sie wahrlich nicht zu den Hochgenüssen zählen dürfe.

Indes, die Anstalt hält für die Heimchen noch andere „Erholungsmittel“ bereit. Da ist vor allem die Beteiligung an den täglichen Arbeiten, die der Betrieb einer solchen Anstalt mit sich bringt. Die Landesversicherungsanstalt sieht hierin nicht nur ein Erholungsmittel, sondern geradezu ein Heilmittel. In den Verhaltungsmaßregeln, die sie den Heimchen vor Aufnahme in die Anstalt überreicht, findet sich der Satz: „Die Patienten des Erholungsheims werden nach ärztlicher Verordnung lediglich im Sinne der Ergänzung der anderen Heilmittel zu leichter Haus- und Gartenarbeit herangezogen.“ Heimchen haben uns nun versichert, daß die ihnen zugemutete Arbeit ihnen keineswegs leicht geworden und von ihnen wirklich nicht als ein ergänzendes Heilmittel empfunden worden sei. Es sei ein so bedeutender Teil der notwendigen Arbeiten von Heimchen ausgeführt worden, daß die Anstalt nicht mehr viel für bezahltes Personal habe aufzuwenden brauchen. Fast jedes Heimchen sei dazu angehalten worden, irgendein „Amt“ zu übernehmen: den Tisch zu besorgen, das Geschirr abzuwaschen, den Saal zu reinigen, die Bäder herzurichten usw. usw. Der Dienst im Baderaum wird uns als ganz besonders schwer geschildert, weil manchmal eine beträchtliche Zahl von hintereinander Badenden zu bedienen gewesen sei. Ebenso wird uns über den Tischdienst gesagt, er sei für schwächliche Heimchen geradezu eine Strapaze gewesen. Im Garten mitzuarbeiten, z. B. Unkraut zu jäten, Kartoffeln zu stecken usw., galt nicht als besonderes Amt, sondern als eine Tätigkeit, an der sich möglichst jeder zu beteiligen habe; doch wurde die gewünschte allgemeine Beteiligung allerdings nicht durchgesetzt. Auch die Aufgabe, Wäsche auszubessern und — Strümpfe der im Krankenhause liegenden Männer zu stopfen, gehörte zu den ergänzenden „Heilmitteln“, die man womöglich jedem Heimchen zugute kommen lassen wollte. Wundern muß man sich hier, daß nicht in der Beschäftigung mit Männerstrümpfen eine Gefahr für die Sittlichkeit der Heimchen gesehen wurde.

Die Leitung dieses Erholungsheims liegt hauptsächlich in den Händen zweier adeliger Fräulein, einer Schwester Klara v. Nibelschütz und einer Schwester Else v. Redern. Diese Damen sollen ihre Art, mit den Heimchen umzugehen, hergeholt haben aus einem Erziehungshause, in dem sie früher tätig gewesen seien. Die fortwährende Bevormundung, wie überhaupt die ganze Disziplin erinnere, so klagte uns ein Heimchen, an Anstalten, die den Zweck haben, Mädchen vor sittlicher Verwahrlosung zu behüten. Selbst harmlose Fröhlichkeit soll manchmal streng gerügt und als „unanständig“ untersagt worden sein. Auch eine tüchtige Portion Frömmigkeit gehört zu den Mitteln, mit denen die adligen Damen des Erholungsheims ihre Heimchen behandeln. Morgenandacht, Gebet vor und nach den Mahlzeiten, Abendandacht — das ist dort Zugabe zum täglichen Brot. Am Sonntag geht's nach der Ortskirche, wo am Gottesdienst teilgenommen wird. Wer das nicht tut, der bekommt einen zarten Wink, sich zu den — Männern des Krankenhauses hinüber zu begeben, um an dem dort abgehaltenen Gottesdienst teilzunehmen. Gottesdienst und Gebetsübungen gelten den leitenden Schwestern des Erholungsheims offenbar als unentbehrliche Anregungen. Dagegen scheinen Besuche Angehöriger dort nicht gern gesehen zu sein, wenigstens soll es aus solchen Anlässen schon Verdruß gegeben haben.

Warum all diese Klagen dem „Vorwärts“ vorgetragen wurden? Weil manche Heimchen sich wenig davon versprechen, sie der Leitung des Erholungsheims oder dem Vorstand der Versicherungsanstalt vorzutragen. Im Interesse der Kranken, die in solchen Anstalten gesund werden sollen, kann der Versicherungsanstalt nur empfohlen werden, sich derartige Erholungsstätten recht oft und möglichst genau anzusehen. Nur einwandfreie Anstalten können einen vollen Erfolg bringen. Ein Heimchen des von uns geschilderten Erholungsheims soll zur Landesversicherungsanstalt gegangen sein und sich vorgestellt haben mit den Worten: „Schauen Sie mich mal an, ich komme aus Alt-Döbern! Sehe ich so aus?“

Gegen Autofallen.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten und der Minister des Innern haben eine ganz verständige Verfügung erlassen, die im letzten Ministerialblatt abgedruckt ist. Wiederholt haben wir berichtet, daß es Beamte gibt, deren Gebaren beweist, daß es ihnen nicht auf eine Fürsorge zu besonnenem Fahren von Automobilen, sondern vielmehr auf Abfassen vielleicht zu schnell fahrender Chauffeure und recht viel Anzeigen ankommt. Insbesondere in der Nähe von Krümmungen des Weges und bei etwas abschüssigen Stellen lauerten sie hinter einem Baum versteckt auf die arglosen Opfer ihrer Anzeigemanie. Derartige Stellen pflegt man als Autofallen zu bezeichnen. Die genannten Minister haben gegen diesen Unfug, der lediglich Scheerereien für Chauffeure ohne irgend einen Vorteil für das Publikum nach sich zieht, sich in einer Verfügung gewendet, deren Inhalt dahin geht: „Wiederholt ist bei uns Klage über das Verfahren geführt worden, welches die polizeilichen Exekutivbeamten angeblich an manchen Orten anwenden, wenn sie der Ansicht sind, daß Kraftwagenführer sich nicht innerhalb der vorgeschriebenen Schnelligkeitsgrenzen halten. Die Beamten vermeiden es dann, wie behauptet wird, des öfteren mit voller Absicht, sich zu zeigen oder die Insassen des Kraftwagens darauf aufmerksam zu machen, daß sie Strafanzeige zu erstatten beabsichtigen. Ein solches Verhalten würde nur geeignet sein, Bestrafungen herbeizuführen, nicht aber Uebertretungen vorzubeugen. Auch ist zuzugeben, daß es den Automobilisten, wenn sie von der behaupteten Zuwiderhandlung erst durch die oft nach längerer Frist eingehende Strafverfügung Kenntnis erhalten, praktisch nahezu unmöglich gemacht wird, sich der zulässigen Rechtsmittel mit Erfolg zu bedienen, selbst wenn sie sich einer Uebertretung nicht schuldig gemacht haben.

Wir erachten es deshalb für zweckmäßig, daß die Beamten in ähnlicher Weise, wie dies in anderen Ländern dem Vernehmen nach mit ausgezeichnetem Erfolge geschieht, die Insassen der Kraftwagen, welche die Schnelligkeitsgrenze zu überschreiten scheinen, soweit es nach Lage des einzelnen Falles angängig ist, durch Erheben des Armes, durch Abgeben eines Signals mit einer weithin hörbaren Pfeife oder dergleichen darauf aufmerksam machen, daß das Automobil nach Ansicht des Beamten zu schnell fährt. Ein solches Verhalten der Beamten wird voraussichtlich zugleich das im öffentlichen Interesse höchst wünschenswerte Ergebnis haben, daß diejenigen Automobilfahrer, welche den guten Willen haben, sich im Rahmen der gesetzlichen und polizeilichen Vorschriften zu halten, sich warnen lassen und weitere Uebertretungen vermeiden werden.

Noch zweckmäßiger wäre es, endlich dazu überzugehen, Schnelligkeitsmesser in den Autos anzubringen. Dadurch würden viele ungerechte Urteile gegen Chauffeure vermieden. Heute ergehen Bestrafungen fast ausschließlich auf die wenig zuverlässigen Schätzungen von Beamten über die Geschwindigkeit.

Ueber Mißstände, die dringend einer Abhilfe bedürfen, wird uns von Anwohnern des Georgkirchplatzes berichtet. Der Kirche gegenüber befindet sich ein Neubau, den die Firma Held u. Franke in Auftrag hat und in dem nach Fertigstellung Kirchenbeamte und Schwestern Wohnung nehmen sollen. Anfang des Jahres 1906 wurde nun schon der frühere alte Bau abgerissen, nach zwei Jahren aber erst die Baustelle ausgeschachtet und nach weiteren zwei Jahren endlich mit dem Neubau begonnen. Die Vollendung des Baues braucht jedoch erst am 1. Juli 1910 zu erfolgen. Die Anwohner sind nun der Meinung, daß dies viel früher geschehen könne, da zumal bei der großen Arbeitslosigkeit täglich Arbeiter bei diesem Bau anzukommen suchen. Das schlimmste aber ist der Umstand, daß schon seit Wochen der Neubau völlig stille liegt, angeblich der Steine wegen, die mit den zur Kirche verwendeten übereinstimmen sollen, und der Verkehr in der engen Passage durch den weitvorgeschobenen Bretterzaun äußerst beeinträchtigt ist.

Kommen die Hochzeitskutschen und andere Fuhrwerke angefahren, so geraten die Kutscher oft hart aneinander und Zusammenstöße sind unvermeidlich. Wir haben uns selbst überzeugt, daß die beiden Engpässe, die durch den Zaun gebildet werden, wirklich nicht geeignet sind, einen geregelten Verkehr sich abwickeln zu lassen. Die Anwohner sind der Meinung, daß die Polizei, die doch sonst in Verkehrsfragen unnachsichtlich vorgeht, auch einmal mit der Firma Held u. Franke ein ernstes Wort reden könnte. Ferner sollen sich auch in anderer Hinsicht auf diesem Platze unerquickliche Verhältnisse herausgebildet haben, indem dort zahlreiche Mädchen des Abends unter Assistenz ihrer Beschützer ihrem traurigen Erwerbe nachgehen. Es sollen sich dort abends nicht wiederzugebende Szenen abspielen und anständigen Frauen soll es nicht möglich sein, in dieser Zeit den Platz zu passieren, wollen sie nicht Gefahr laufen, in der unflätigsten Weise belästigt zu werden. Alle Klagen sind bis jetzt wirkungslos verhallt. Diese Zustände sind um so schlimmer, als der Platz abends sehr mangelhaft beleuchtet ist und fragwürdige Elemente somit in ihrem Treiben begünstigt werden.

Auch fehlt es an einem Pissoir, was im Gefolge hat, daß alle derartigen Bedürfnisse frei und ungeniert allerwegen verrichtet werden. Es wäre wohl an der Zeit, daß die Behörden diesem Platze ihre erhöhte Aufmerksamkeit schenkten und dafür sorgten, daß die Anwohner dieser Gegend für ihre Steuer denselben Schutz und dieselbe Fürsorge genießen, wie die Bewohner anderer Stadtviertel.

Beim fiskalischen Exerzierplatz zur einsamen Pappel ist endlich der das gesamte dortige Straßenbild verschandelnde Lattenzaun, von dem zuletzt nur noch die Hälfte stand, gefallen. Lange Jahre hat es gedauert, bis der Militärfiskus die Notwendigkeit einsah, hier etwas zu tun. Daß das weite Gelände wieder eingezäunt wird, ist nicht zu befürchten. Wir brauchen auch an dieser Stelle keinen Exerzierplatz, sondern viel nötiger eine große Erholungsstätte für die dichtbevölkerte Schönhauser Vorstadt. Es heißt zwar immer, daß der Fiskus den Platz nicht entbehren kann. Das ist ein praktischer Grund für die Preissteigerei, wenn die Stadt Berlin mal das Gelände erwerben möchte. Sie wird natürlich wieder so lange zaudern, bis Privatspekulanten das Geschäft machen.

Ein Wüstling wurde gestern in einem Kinematographentheater in der Potsdamer Straße in dem 51 Jahre alten Sattler Rudolf Schwarz verhaftet. Der schon dreimal wegen an Kindern begangener Verbrechen gegen die Sittlichkeit mit Zuchthaus bestrafte Sünder wagte sich an drei kleine Mädchen in dem nur mit gedämpftem Licht versehenen Raum heran. Durch das Geschrei der Kinder wurde die Aufmerksamkeit auf den Verbrecher gelenkt, so daß er festgenommen und abgeführt werden konnte.

Vom Hitzschlag getötet wurde vorgestern mittag der 62jährige Molkereibesitzer Wilhelm Protzen aus der Adalbertstraße 88. P. befand sich mit seinem Gespann auf dem Gute Wartenberg bei Weißensee, um dort für seine Kühe Gras zu holen. Während er mit dem Aufladen des Futters beschäftigt war, ereilte ihn in der großen Mittagshitze der jähe Tod. Die Leiche des P., der eine Frau und vier erwachsene Kinder hinterläßt, wurde noch im Laufe des Nachmittags nach Berlin gebracht.

Zwei Opfer hat der Schwimmsport am vergangenen Sonntag gefordert. Mehrere Ausflügler hatten den romantisch gelegenen Teufelsseee bei Freienwalde besucht, um dort zu baden. Unter ihnen befand sich auch der 60 Jahre alte Kaufmann S. Kaum hatte der Kaufmann die Mitte des Sees erreicht, als er plötzlich lautlos unterging. Ein Herzschlag hatte seinem Leben ein Ende gemacht. Die Leiche konnte erst am späten Abend geborgen werden. — In der Oberspree bei Köpenick hatten mehrere junge Leute aus Berlin gebadet. Einer der Schwimmer wagte sich zu weit in den Fluß hinein und hier verließen ihn die Kräfte. Der Gefährdete rief laut um Hilfe, doch sank er, wiewohl sofort Rettungsversuche unternommen wurden, alsbald unter und ertrank. Die Leiche konnte noch nicht gelandet werden.

Eine Zehnpfennigpost nach den Vereinigten Staaten von Amerika geht wieder von Cuxhaven am 12. August ab. Sie benutzt den an diesem Tage abgehenden Dampfer „Amerika“. Die letzten Bahnposten für die Zehnpfennigbriefe für diese Dampfer geht von Berlin am 11. und 12. mitternachts 12,00 von Köln, Magdeburg 12,17, von Osnabrück 3,21, von Hannover 3,37, von Hamburg 3,00. Zwanzigpfennigbriefe und alle anderen Arten von Briefsendungen werden dem Dampfer noch in Southampton oder Cherbourg zugeführt. Die letzte Bahnpost nach Cherbourg geht von Köln 6,01 abends, nach Cherbourg von dort 10,45. Zwanzigpfennigbriefe und alle anderen Briefsendungen, die diese Anschlüsse versäumen, gehen ebenfalls nach Southampton und Cherbourg. Sie werden dort dem fälligen Dampfer der American-Linie übergeben. Die letzte Bahnpost nach Southampton geht in diesem Falle von Köln am 13., abends 6,01, von Hannover 3,36, nach Cherbourg von Köln 10,45. Der deutsche wie der fremde Dampfer sind beide am 21. August in New York fällig.

Vom Straßenbahnwagen gestürzt und schwer zu Schaden gekommen ist am gestrigen Dienstag mittag der Friedrich-Karl-Platz 15 wohnende Fabrikarbeiter Wilhelm Vannier. Er hatte gegen ½12 Uhr einen Wagen der Straßenbahnlinie P der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn benutzt und stand auf dem Vorderperron. In der Nähe des Zoologischen Gartens wurde V. plötzlich ohnmächtig und stürzte kopfüber von dem in voller Fahrt befindlichen Wagen herab. Er fiel so unglücklich, daß er eine schwere Schädelverletzung davontrug. Der Verunglückte wurde zunächst nach der nahen Unfallstation gebracht, wo ihm die erste Hilfe zuteil wurde, und alsdann nach dem Krankenhause übergeführt.

Beim Spielen ertrunken ist gestern ein bisher unbekannt gebliebener Knabe. Am Südufer, gegenüber dem Hause 17/18, spielte er mit anderen Kindern, lief in den Spandauer Schiffahrtskanal und ertrank. Obgleich auf das Geschrei der Spielgenossen Schiffer den Knaben zu retten versuchten, versank er vor ihren Augen. — Ein ähnlicher Fall ereignete sich gestern vormittag am Nordufer. Dort stürzte der neunjährige Arbeitersohn Bruno Krause aus der Torfstraße 10 in den Kanal und ertrank. Der Knabe tummelte sich mit Altersgenossen am Nordufer unweit der Torfstraßenbrücke. Durch einen Stoß, den er von einem anderen Knaben erhielt, verlor er das Gleichgewicht und stürzte in den Schiffahrtskanal. Seine Leiche konnte noch nicht geborgen werden. An der gleichen Stelle haben sich erst in jüngster Zeit wiederholt ähnliche Vorfälle abgespielt, was hier auf die große Zahl der hier unbeaufsichtigt spielenden Kinder sowie auf die ungenügende Ufereinfassung zurückzuführen ist.

Durch kochende Milch wurde der zwei Jahre alte Sohn der Tischler Krollschen Eheleute aus der Danziger Straße 76 verbrüht. In der elterlichen Wohnung hatte die Mutter Milch abgekocht. Das Kind stieß in einem unbewachten Augenblick das Gefäß um, und der siedend heiße Inhalt ergoß sich über den Knaben, der so schwere Brandwunden davontrug, daß er nach einem Krankenhaus gebracht werden mußte. Dort ist das Kind der Verbrühung erlegen.

Eine brave Tat vollbrachten vorgestern abend zwei Passanten am Tegeler See, als sie bemerkten, daß der 18jährige Knabe Erich Fahrich, Liebenwalder Str. 55 wohnhaft, der dort badete, in den Fluten versank. Unter eigener Lebensgefahr sprang zunächst der Schutzmann Gerstenberger zu Hilfe; kurz darauf, als der Schulstraße 11 wohnhafte Willi Scholtz sah, daß G. in Gefahr war, sprang auch er hinzu. Durch gegenseitige Unterstützung gelang es nun beiden nach anstrengenden Bemühungen, den Knaben zu retten.

Die Leiche eines Berliners wurde vorgestern aus der Oberhavel bei dem Dorfe Wust in der Nähe von Brandenburg aufgefunden. Aus Papieren, die der Tote bei sich führte, konnte festgestellt werden, daß es sich um den 30 Jahre alten Reedereiangestellten Artur Wenzel aus Berlin handelt, der am Sonntag vor

acht Tagen bei Klein-Kreutz von dem Berliner Vergnügungsdampfer „Expreß“ abgestürzt und ertrunken war.

Im Bernhard Rose-Theater findet am Donnerstag, den 12. d. Mts., die Erstaufführung des Lustspiels „Der Tanzhusar“ von Harry Pohlmann statt.

Feuerwehrbericht. Der erste Zug der Berliner Feuerwehr hatte in der Barnimstraße 12 zu tun, wo Papierabfälle und ein Wagen auf dem Hofe brannten. Am Halleschen Ufer 23 stand Teer und ein Dach in Flammen, die durch Aufwerfen von Sand erstickt wurden. Preßkohlen brannten Hochmeisterstraße 1, und Betten, Möbel usw. in einer Wohnung in der Torfstraße 14. Ferner wurde die Feuerwehr nach der Danziger Straße Nr. 25, Lübecker Straße, Spenerstraße 27 und anderen Stellen alarmiert.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Gustav Ostermann †. **Wieder hat der Tod einen wackeren Kämpen aus unseren Reihen gerissen:** den Stadtverordneten Genossen Ostermann. Der im Alter von 52 Jahren Verstorbene war einer von denen, die mit Feuereifer und Arbeitsfreudigkeit allezeit auf vorgeschobenem Posten stehen und rastlos im Dienste der Arbeiterbewegung die schwersten Pflichten erfüllen. Das war unter dem Sozialistengesetz der Fall, das hat Ostermann aber auch sonst treu gehalten. So ist es durch seine Mitarbeit möglich gewesen, den Grundstein für die Parteispedition zu legen; mit den unzulänglichsten Hilfsmitteln hat er sich damals erfolgreich gemüht, den Rixdorfer Genossen in frühester Morgenstunde ihren „Vorwärts“ zu liefern. Er genoß daher auch das Vertrauen der letzteren im weitesten Maße; denn er saß sowohl in der Stadtverordnetenversammlung von der Stadtwerdung Rixdorfs an als auch vordem bereits Jahre hindurch in der Gemeindevertretung. Unsere Stadtverordnetenfraktion verliert in ihm ihr ältestes Mitglied.

Die Bestattung Gustav Ostermanns ist auf heute Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, festgesetzt und findet von der Totenhalle des städtischen Friedhofes am Mariendorfer Weg aus statt. Diejenigen Genossen, welche dem Verstorbenen das letzte Geleit geben wollen, treffen spätestens bis 2 Uhr bei Hoppe, Hermannstr. 49, zusammen.

Beim Sturz von der Treppe lebensgefährlich verunglückt ist vorgestern der 61jährige Maurer Drühmer. Er wollte gegen 11 Uhr abends seine in der Wanzlikstraße 1/2 belegene Wohnung aufsuchen, wobei er eine neu angelegte Treppe passieren mußte, die im Rohbau fertig gestellt ist, aber kein Geländer hatte. D. stürzte ab und fiel so unglücklich, daß er einen komplizierten Schädelbruch, eine Zerschmetterung des Unterkiefers, sowie schwere innere Verletzungen erlitt. Er wurde nach dem Krankenhause in der Cannerstraße gebracht, wo er in hoffnungslosem Zustande daniederliegt.

Ein aufregender Vorgang hat sich am Sonntagabend im Hause Pannierstr. 11 abgespielt. Dort hat das achtjährige Töchterchen Elly des Arbeiters Lange beim Gasanzünden derart schwere Brandwunden erlitten, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Die Eltern des Kindes befanden sich bei einem Erntefest von Laubenkolonisten. Die kleine Elly übernahm es, mit dem Bruder der Portierfrau die Gaslampen auf der Treppe anzustecken. Dabei hantierte sie mit dem Anzünder so unglücklich, daß ihre Mütze Feuer fing. Bald brannten die Kleider des armen Kindes lichterloh. Ehe Hilfe kam, hatte das Mädchen furchtbare Brandwunden am ganzen Körper erlitten. Das fast völlig verbrannte Kind wurde ins Krankenhaus gebracht.

Schöneberg.

Das Steuerbringesystem hat in Arbeiterkreisen schon Anlaß zu lebhaften Beschwerden gegeben. Da die Kassenbureaus nur bis 3 Uhr und die Banken bis 5 Uhr geöffnet sind, so liegt es im Interesse vieler Steuerzahler, wenn die Möglichkeit gegeben ist, daß vom 14. bis 16. jedes zweiten Monats im Quartal in den Abendstunden von 6 bis 8 Uhr die fälligen Steuern in einem besonderen Bureau in Empfang genommen werden. Der Arbeiter brauchte dann nicht, wie es jetzt häufig der Fall ist, die Arbeit versäumen oder was auch des öfteren geschieht, Mahngebühren zu zahlen. Bei Neueinrichtungen ist auf alle Teile der Bevölkerung, also auch auf die Arbeiterschaft, eine gewisse Rücksicht zu nehmen.

Sich und ihr $2^1/_2$ jähriges Töchterchen zu töten versuchte eine Frau in der Kronachstraße. Nachbarsleute nahmen plötzlich einen starken Gasgeruch wahr und holten sofort einen Schlosser herbei. Als dieser die Tür öffnete, wurde Mutter und Kind bereits bewußtlos vorgefunden. Einem sofort hinzugezogenen Arzte gelang es, beide wieder ins Bewußtsein zurückzurufen, sodaß die Hoffnung besteht, sie am Leben zu erhalten.

Der Grund der Tat soll in Familienzwistigkeiten zu suchen sein.

Charlottenburg.

Das Kaufmannsgericht beschäftigte sich im Jahre 1908, in seinem vierten Geschäftsjahr, mit 468 Streitfällen. Gegen das Vorjahr sind es 63 mehr. Im Vorjahre betrug die Steigerung jedoch 145 oder 56 Prozent. Von den 468 Klagen wurden 16 von Kaufleuten gegen ihre Gehilfen erhoben, während insgesamt 452 Angestellte gegen die Arbeitgeber klagten. Von den 16 Klagen der Kaufleute betrafen 8 die Einforderung einer Konventionalstrafe und 4 die Rückforderung von Spesen- und Provisionsvorschüssen. Dagegen klagten aber 207 Angestellte ihre „Prinzipale“ wegen rückständiges Gehalt oder Provision und Spesen an, und in 214 Fällen verlangten Gehilfen oder Gehilfinnen einen Schadenersatz wegen vorzeitiger Entlassung. Unter den klagenden Angestellten, die insgesamt 475 zählen, waren 169 Handlungsgehilfinnen, die zumeist als Verkäuferinnen (90), Kontoristinnen (36) oder als Buchhalterinnen (20) tätig waren. Dagegen stellten bei den männlichen Klagenden den Hauptteil die Reisenden, nämlich 91. Dann folgten die Verkäufer, Buchhalter, Geschäftsführer usw. — Die Beträge, um welche sich die einzelnen Klagen drehten, bewegen sich in ihrer Höhe zwischen 1,19 M. und 22 250 M.! Doch zumeist sah die Sache weniger gefährlich aus und von 468 Klagen betrafen 296 Summen zwischen 50 bis 300 M. Zudem wurden auch die meisten Sachen (190 durch Zurücknahme der Klage, durch Anerkenntnis oder durch einen Vergleich erledigt, während sich 49 Beklagte einfach gar nicht beim Gericht einfanden und daher ohne viele Geschichten verurteilt wurden. Durch kontradiktorisches Urteil wurden nur 10 Fälle erledigt, worunter auch noch 9 Klageabweisungen waren.

In 75 Terminstagen wurden die Klagen behandelt. Der Vorsitzende übernahm 55 Tage; für das aus 4 Beisitzern gebildete Spruchgericht blieben 20 Tage. An einem Tage erledigten der Vorsitzende und das Gericht durchschnittlich je 14 Sachen. Also so stark wie beim Gewerbericht ist hier die Fülle der Klagesachen nicht. Die meisten Klagen wurden innerhalb zwei Wochen erledigt, nämlich 322; nur 63 dauerten 1 Monat und länger. Aber auch bei diesen Klagen, die aus kaufmännischen Kreisen kamen, machte sich ein starker Mangel an Kenntnis der notwendigen Voraussetzungen einer Klageschrift bei den Klagestellenden bemerkbar, so daß 214 Klagen oder 46 Prozent zum Protokoll der Gerichtsschreiberei gegeben wurden und von den schriftlich eingereichten Klagen die Mehrzahl zur Vervollständigung zurückgeschickt werden mußte.

Der Vorsitz und die Leitung des Kaufmannsgerichts ist dieselbe wie beim Gewerbegericht. An der Verbandsversammlung deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte im Juni 1908 nahm das Gericht ebenfalls teil.

An den Polizeipräsidenten wurde der Antrag gerichtet, daß „fortab vor Festsetzung der Ausnahmetage auf Grund der §§ 139c und d der Gewerbeordnung das Kaufmannsgericht gehört werden möchte und daß für das Jahr 1909 die Ausnahmetage auf **sieben Tage vor dem 24. Dezember und den Sonnabend vor Ostern und zwei Sonnabende vor Pfingsten** zu beschränken seien“. — Ferner soll in die Reichsgewerbeordnung der § 153a eingefügt werden: „Den Arbeitgebern ist untersagt, Angestellte durch Verabredungen irgendwelcher Art wegen der Zugehörigkeit zu Vereinigungen um ihre Stellungen zu bringen oder sie an der Erlangung einer neuen Stelle zu hindern. Die Strafbestimmungen des 153 der Gewerbeordnung finden Anwendung.“ — Diesem recht erfreulichen Beschluß, der einstimmig gefaßt wurde, schloß sich folgender Antrag an, nach dem es in dem Artikel 8 des Einführungsgesetzes zur Zivilprozeßordnung vom 17. Mai 1898 heißen soll: „daß nur ein Drittel des 1500 M. übersteigenden Gehaltsbetrages der Pfändung unterworfen wird, sofern tatsächlich 1500 M. Jahreseinkommen bereits verdient sind oder nach rechtlichen und gewöhnlichen tatsächlichen Verhältnissen erwartet werden können“.

Die Charlottenburger Feuerwehr wurde am Montag zweimal nach der Kalckreuthstr 10, Ecke Motzstraße, alarmiert, wo beide Male Preßkohlen im Laden eines Kohlenhändlers brannten und ein junger Mann bewußtlos aufgefunden wurde, der sich aber bald wieder erholte. Die Feuerwehr konnte die Flammen schnell löschen.

Steglitz.

Die Sitzung der Gewerkschaftskommission beschäftigte sich in der Hauptsache mit den Wahlen zum Gewerbegericht. Dieselben finden **am Sonntag, den 15. August, mittags von 12—2 Uhr,** im Rathaus, Zimmer Nr. 21, statt. Es wurde beschlossen, an demselben Tage vormittags eine Flugblattverbreitung vorzunehmen. Der Schriftführer Genosse Fenzke hat wegen Krankheit seinen Posten niedergelegt; an seine Stelle wurde der Genosse Reinhold Gruner, Maurer, gewählt. Für die im Generalstreik stehenden schwedischen Genossen wurde als erste Rate die Summe von 100 M. bewilligt, eine weitere Rate folgt nach Eingang der ausgegebenen Sammellisten. Die Genossen, welche Listen in Händen haben, werden gebeten, dieselben sobald wie möglich mit dem Kassierer Genossen **Heinrich Pöhlmann**, Friedenau, Kirchstr. 8, linker Seitenflügel I, abzurechnen.

Der Jugendausschuß veranstaltet vom Sonnabend zum Sonntag eine Nachtpartie. Außer der Jugend ist auch die erwachsene Arbeiterschaft zu dieser Veranstaltung eingeladen. Treffpunkt Sonnabend abends 10 Uhr im Restaurant Nähter, Marksteinstraße 1. Zurückkunft in Steglitz Sonntag früh zirka 8 Uhr.

Weißensee.

Die Gemeindevertretung nahm in ihrer letzten Sitzung die Wahl von 36 Mitgliedern resp. Stellvertretern für die Voreinschätzungskommission nach einer Vorschlagsliste vor. Ebenso wurden die Mitglieder für das Kuratorium der gewerblichen Fortbildungsschule wiederum auf 3 Jahre bestätigt. Dem Kuratorium gehören als Gemeindevertreter Genosse Taubmann, als Arbeitnehmer die Genossen Fuhrmann und Schmädicke an. Eine ausgedehnte Debatte nahm die Abänderung einiger Bestimmungen der Ordnung für die Erhebung von Gemeindesteuern beim Umsatz von Grundstücken im Bezirk der Gemeinde Weißensee in Anspruch. Seit einiger Zeit haben die Grundstücksspekulanten es meisterhaft verstanden, sich um die Umsatz- und Wertzuwachssteuern zu drücken, indem sie Gesellschaften mit beschränkter Haftung gründeten und auch mit Scheinofferten operierten. Jetzt werden die Erben eines Grundstücks zu dem vollen Umsatz resp. Wertzuwachs herangezogen, was nach dem alten Statut nicht möglich war und der Gemeinde dadurch ganz beträchtliche Summen verloren gegangen sind. Wie nicht anders zu erwarten, waren einige Haus- und Grundbesitzer von der Zweckmäßigkeit dieser Aenderungen nicht zu überzeugen. Besonders Herr Raspe und Herr Fechner glaubten in fortwährenden Reden die Vorlage totzumachen; sie wurden mit ihren Zweifeln nicht müde, zumal die Alt-Weißenseer Ueberwachungskommission auf der Zuhörergalerie in heißer Glut gerade diesen Verhandlungen mit besonderer Aufmerksamkeit folgte. Nach langer Redeschlacht wurde dennoch die Vorlage gegen die Stimmen der beiden genannten Herren angenommen. Stadtbaumeister Pittmann erläuterte den Anwesenden ein Aptierungsprojekt in Birkholz, dessen Ausführung sofort in Angriff genommen werden soll, da die Verlegung des Druckrohres vollendet ist und mit dem Pumpen bald begonnen werden kann; auch die neu errichtete Pumpstation geht ihrer Vollendung entgegen. Es wurde beschlossen, die Regulierung des Straßendammes der Parkstraße zwischen Königschaussee und Pistoriusstraße sofort in Angriff zu nehmen. Die Ausführung geschieht in Stampfasphalt. Die Anlieger haben nach dem Ortsstatut 25 Proz. der Kosten zu übernehmen, die Gemeinde trägt den Rest von 75 Proz. Zugleich wird dieser Teil der Straße mit hängendem Glühlicht beleuchtet. Die Baufluchten für das Gelände zwischen Pistoriusstraße, Große See- und Schönstraße wurden festgelegt, ebenso die Baufluchten für die verlängerte Kniprodestraße zwischen Lichtenberger- und Falkenbergerstraße.

Tegel.

Als Leiche aus dem Tegeler See gelandet wurde vorgestern der 40jährige Maurer Ernst Thielemann aus Brandenburg a. Havel, der in der Schloßstraße wohnte. Th., der seit längerer Zeit schon arbeitslos war, hatte aus diesem Grunde bereits vor einigen Tagen einen Selbstmordversuch unternommen, indem er sich mit seinem fünf Jahre alten Söhnchen im Tegeler See zu ertränken versuchte. Damals wurde der Lebensmüde an der Ausführung seines Vorhabens im letzten Augenblick verhindert. Vorgestern wurde der Unglückliche als Leiche aus dem Tegeler See in der Nähe der Badeanstalt gelandet. Ob er sein Söhnchen mit in den Tod genommen hat, konnte bisher noch nicht festgestellt werden.

Bernau.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Von dem Ankauf einer Parzelle von der königl. Schönwalder Forst nahm die Versammlung Abstand, weil für die genannte Parzelle 4000 M. ohne Waldbestand und 5000 M. mit Waldbestand gefordert wurde, welches für Bernauer Verhältnisse viel zu hoch bemessen ist. Der Antrag zweier bürgerlicher Stadtverordneten betreffend die Entfernung von Abflußröhren auf dem Grundstück der Irrenanstalt des Dr. Wieners, welche unreines Wasser in die Panke leiten sollten, wurde von den Antragstellern zurückgezogen, nachdem der Besitzer des Grundstücks Dr. Wieners wie auch der Polizeiverwalter die Erklärung abgegeben haben, daß befagte Röhren, welche vermutlich von dem vorigen Besitzer Dr. Matzdorf gelegt wurden, bereits entfernt worden sind. Es folgten dann die Verausgabungen verschiedener Arbeiten für das Krankenhaus an die Mindestfordernden: Glaserarbeiten an den Glasermeister Schulze zum Preise von 1087 M. Malerarbeiten an Stoof für einfache Fenster zum Preise von 230,30 M. und für Doppelfenster zum Preise von 240,30 M. Kunststeinarbeiten an die Firma Clasen u. Merk in Biesenthal zum Preise von 1945,68 M. Eisenkonstruktion zum Glasvorbau des Operationsraumes an die Firma Gossen in Weißensee zum Preise von 2115 M. Der Bau eines Kesselbrunnens an den Brunnenbaumeister Thurandt, welcher als einziger 1591,50 M. gefordert hatte. Eine lebhafte Diskussion rief die Erbauung der Infektionsbaracke und des Leichenhauses hervor. Der Magistrat und die Stadtverordneten sind durch Vergebung des Krankenhausbaues in engerer Submission an nur hiesige Unternehmer gründlich kuriert worden. Es wurde vom Magistrat durch den Bürgermeister erklärt, daß man eigentlich gar nicht wußte, ob Maurermeister Willmann, „welcher auch Stadtverordneter ist“ oder Maurermeister Drescher den Bau ausführe. Die Arbeiter von Drescher arbeiteten an dem Bau, und Willmann war die Bauausführung übertragen worden. Bezüglich der Abgabe von Submissionsofferten sollen sich die Unternehmer zusammengetan haben; es ist daher erklärlich, daß die Offerten fast durchweg den Voranschlag überstiegen. Um dieses Vorgehen der Unternehmer zu durchkreuzen, erklärte sich die Versammlung mit der Magistratsvorlage einverstanden, neben den hiesigen Firmen noch fünf auswärtige Firmen zur Submission für die Erbauung der Infektionsbaracken und der Leichenhalle zuzulassen. Von den Genossen Krüger und Wünsche wurde das Gebaren der Unternehmer gleichfalls gerügt und verlangt, daß die zur Submission zugelassenen Unternehmer auch verpflichtet werden, den Arbeitern den hier für die betreffenden Arbeiter üblichen Lohn zu zahlen, wozu die bürgerlichen Vertreter sich aber nicht recht verstehen konnten.

Spandau.

An der Scharfen Lanke bei Weinmeisterhorn wollte ein Ingenieur Otto Baumann aus Charlottenburg Flugversuche mit einem von ihm konstruierten Monoplan machen. Dieselben sind aber bis auf weiteres aufgeschoben, weil bei einer Motorprobe der Luftschraubenflügel gegen eine Kiste schlug und zerbrach.

Beschlagnahmt wurde am Sonnabend die Leiche des ein Jahr alten Kindes des Schiffseigners v. Szitlowski. Das Kind war auf einer Fahrt nach Hamburg auf dem Kahn gestorben. Der Vater des Kindes setzte hier die Leiche an Land, beauftragte ein Beerdigungsinstitut mit der Beerdigung und fuhr weiter. Da kein Totenschein vorlag, wurde die kleine Leiche beschlagnahmt, um die Todesursache festzustellen.

Die Liste der zu Schöffen und Geschworenen geeigneten Einwohner liegt vom 15. August ab eine Woche lang im Stadtsekretariat, Rathaus, Zimmer 13/14, während der Dienststunden zur Einsicht aus. Innerhalb der Auslegungsfrist können Einsprüche gegen die Liste schriftlich oder zu Protokoll beim Magistrat angebracht werden. Es wäre zweckmäßig, wenn die Liste auch von geeigneten organisierten Arbeitern eingesehen würde, um zu ermitteln, ob man sie auch zu denjenigen Einwohnern rechnet, die für das Amt eines Schöffen geeignet sind.

Vermischtes.

Tunneleinsturz bei Stuttgart.

Stuttgart, 9. August. Der im Bau begriffene Eisenbahntunnel Stuttgart—Feuerbach ist, wie eine Meldung aus Stuttgart besagt, vorgestern abend zwischen 8 und 9 Uhr auf einer Länge von dreißig Meter eingestürzt. Verletzt ist niemand.

Beim Schlichten eines Streites zwischen Schlächtergesellen und Bauhandwerkern getötet wurde in Stolpe ein braver Genosse, der Zimmerer Lubinski. L. wollte einen zwischen obengenannten Parteien entstandenen Streit schlichten; hierbei erhielt er von einem Schlächtergesellen einen Messerstich, an dessen Folgen er am anderen Tage verstarb. Der Uebeltäter wurde verhaftet.

Der totgesagte Zeppelin.

Graf Zeppelin hat sich infolge eines Affektes am Halse in einem Sanatorium in Konstanz einer kleinen Operation unterzogen.

Dieser Vorgang gab bereits sensationslüsternen Korrespondenten Veranlassung, das Gerücht vom Tode Zeppelins zu verbreiten. Eine solche Nachricht soll, wie Blätter zu berichten wissen, auch dem Kaiser bei seinem Eintreffen auf Schloß Middachten in Holland übermittelt worden sein. Dort sei nun sofort eine Beileidsdepesche verfaßt worden, mit deren Absendung man jedoch wartete, bis die offizielle Wolff-Meldung eintraf. Diese konnte natürlich nicht einlaufen. Ein Rotterdamer Blatt brachte vorgestern abend sogar einen Nachruf für Zeppelin.

Wie gestern ein Telegramm aus Konstanz meldet, ist das Befinden Zeppelins so gut, daß er wahrscheinlich in zwei Tagen das Krankenhaus verlassen wird.

Eine schwere Gasexplosion fand, wie aus Rybnik gemeldet wird, gestern vormittag im Keller eines Gasthauses in Rydultau im Kreise Rybnik aus bisher nicht aufgeklärter Ursache statt. Eine Frau und ein Kind wurden getötet, zwei Straßenpassanten verletzt. Das Gebäude wurde schwer beschädigt.

Ermordet aufgefunden. Der Ziegeleiarbeiter Franz, ein ehemaliger Tischler aus **Berlin**, der seit acht Tagen in Barwedel, einem etwa 800 Seelen zählenden Dorfe bei Gifhorn (Reg.-Bez. Lüneburg) beschäftigt war, wurde in der Nacht zum Montag auf freiem Felde ermordet aufgefunden. Die Leiche wies mehrere Messerstiche auf. Der Schädel war zertrümmert; ein Auge hing aus der Höhlung heraus. Mehrere Latten, die bei der Mordtat benutzt worden waren, lagen in der Nähe des Ermordeten.

Absturz dreier Touristen. Einer Meldung aus Grenoble zufolge sind gestern drei Touristen, unter ihnen ein Deutscher namens Gley, bei einem Ausflug ins Gebirge abgestürzt. Gley, der einen Schädelbruch erlitt, und der eine seiner Begleiter sind gestorben.

Vom Blitz getötet. Wie aus Osnabrück gemeldet wird, sind im benachbarten Hilter bei dem vorgestrigen schweren Gewitter zwei Personen auf der Heimfahrt vom Felde durch Blitzschlag getötet worden.

Erdbeben in Mexiko. Ein heftiges Erdbeben hat vorgestern früh in Acapulco stattgefunden. Der Bevölkerung bemächtigte sich eine große Panik. Ein Verlust an Menschenleben ist nicht zu beklagen; der Sachschaden ist nicht bedeutend.

Ein Ballonflug über die Alpen.

Der Ballon Spelterinis, Sirius, der Sonntag früh mit drei Passagieren von Chamonix aufgestiegen war, ist einer Meldung aus Locarno zufolge, nach **vollständiger Ueberquerung des Mont-Blanc-Gebietes** und der Walliser Alpen Sonntag abend auf der Alp Ruscada an der Grenze von Tessin und Italien **auf 1800 Meter Höhe glatt gelandet.** Auf der Fahrt, die ein unvergleichliches Panorama bot, wurde eine Maximalhöhe von **5600 Metern erreicht.**

Verband der Friseurgehilfen Deutschlands. Zweigverein Berlin und Vororte. Donnerstag, den 12. d. M., abends $9^1/_2$ Uhr: Generalversammlung, Rosenthaler Straße 11/12.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet **Lindenstraße 3**, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, **Fahrstuhl** wochentäglich abends von $7^1/_2$ bis $9^1/_2$ Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

R. G. 36. Beantragen Sie bei dem Vormundschaftsgericht, Sie selbst zum Vormund zu bestellen. Alsdann reichen Sie die Klage ein. Das Vormundschaftsgericht befindet sich Neue Friedrichstraße. — **G. P. 32.** 1. Sie können Zwangsvollstreckung wiederholt versuchen. 2. Das wäre zwecklos. 3. Das früher ergangene Urteil ist auch jetzt noch vollstreckbar. 4. Es kann für die Kinder auf Unterhalt geklagt werden. Die Klage hätte ein Pfleger anzustellen, dessen Bestellung beim Vormundschaftsgericht beantragt werden muß. — **O. H. 17.** 1. und 2. Bestimmte Sätze kennt das Gesetz nicht. Es müssen die zum Unterhalt erforderlichen Sätze gezahlt werden. In Berlin wird in der Regel 20 bis 30 Mark pro Monat als angemessen erachtet. 3. und 4. Eine Abfindung bedarf der Zustimmung des Vormundschaftsgerichts. 5. Nein. — **M. W. 10.** Nein. — **F. W. 100.** Zum Abdrucken solcher Rezepte, deren sich in jedem Kochbuche mehrere finden, fehlt uns leider der Raum. — **P. B. 4.** Die Zentrale für Auswanderung, Berlin W., Schellingstr. 4, wird Ihnen Auskunft geben. — **Thekla.** Bei Vorhandensein eines solchen Leidens sollten Sie Ihre Frau überhaupt nicht behelligen. Die Frage selbst dürfen Sie sich nur von einem Arzt beantworten lassen. — **Anton Funke.** Lassen Sie sich in einem der größeren Annoncenbureaus einen Katalog vorlegen. Dort finden Sie die Auflagen der einzelnen Zeitungen. — **Krematorium. J. D. 1000.** Mit Religion hat diese Sache nichts zu tun. Die Redaktion der „Flamme“, Berlin, Breitestr. 5, steht Ihnen gern mit Rat zur Seite. — **E. D. 37.** Ist über Kündigung des Dienstboten nichts vereinbart, so besteht die sechswöchige Kündigungsfrist zum Ersten des Quartals. Sie müßten also baldigst zum 1. Oktober kündigen. — **R. G. 6.** Wenn Sie im Jahre 1908 aus der Kirche ausgetreten sind, so haben Sie nur bis Ende 1909 Kirchensteuer zu zahlen. Reklamieren Sie gegen diese Steuerveranlagung, die bis zum 1. April 1910 Zahlung verlangt. — **M. 3117.** 1. Nein. 2. und 3. Die Strafanzeige können Sie schriftlich oder mündlich

bei der Polizei oder bei der Staatsanwaltschaft stellen. 4. Zur Anzeige sind Sie nicht verpflichtet, ebensowenig zur Ausfindigmachung des Diebstahls. Der Krankenkasse steht ein Recht zu, gegen diejenigen, welche den Unfall verschuldet haben, Regreß zu nehmen wegen der von ihr aufgewendeten Kosten. — **Justiz 99.** 1. Die Entlassung ist unberechtigt. 2. Das Kaufmannsgericht und, falls ein solches am Orte nicht ist, das Amtsgericht ist für die Klage der Handlungsgehilfin als solches zuständig. 4. Die Klage kann mündlich zu Protokoll erklärt oder schriftlich eingereicht werden. 5. Nein. — **E. W. 97.** Sie befinden sich im Unrecht. — **B. 359.** Die Zahl der Systeme ist so groß, daß wir es nicht übernehmen, ein einzelnes zu empfehlen. Die Adresse des deutschen Arbeiter-Stenographenbundes ist W. Habak, Koppenstr. 31. — **W. K. 17.** Der Termin des Inkrafttretens wird vom Bundesrat bekannt gemacht. — **E. G. 800.** Bibliotheken finden Sie im Adreßbuch II. Teil Seite 162 verzeichnet. Die ständige Ausstellung für Arbeiter-Wohlfahrt befindet sich in Charlottenburg, Frauenhoferstr. 11/12. Geöffnet ist dieselbe von 10 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags.

Amtlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. **Marktlage: Fleisch:** Zufuhr reichlich, Geschäft flau, Preise unverändert. **Wild:** Zufuhr genügend, Geschäft lebhaft, Preise nicht behauptet. **Geflügel:** Zufuhr genügend, Geschäft schleppend, Preise nachgebend. **Fische:** Zufuhr genügend, Geschäft etwas lebhafter, Preise, außer für geringe Seefische, befriedigend. **Butter und Käse:** Geschäft lebhaft, Preise unverändert. **Gemüse, Obst und Südfrüchte:** Zufuhr genügend, Geschäft schleppend, Preise kaum behauptet.

Witterungsübersicht vom 10. August 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	762 WNW		2	wolkenl	19	Haparanda	749 NO		2	wolkig	12
Hamburg	764 NNW		2	wolkenl	17	Petersburg	753 SW		1	Regen	13
Berlin	762 W		3	Gewitt.	19	Scilly	767 N		3	halb bd.	16
Frankf. a. M.	763 NO		1	Nebel	18	Aberdeen	769 S		1	bedeckt	14
München	764 SW		3	heiter	19	Paris	765 W		1	bedeckt	19
Wien	762 W		3	bedeckt	20						

Wetterprognose für Mittwoch, den 11. August 1909.

Ziemlich warm, wechselnde Bewölkung bei mäßigen nordwestlichen Winden, Gewitter nicht ganz ausgeschlossen, sonst trocken.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 9. 8. cm	seit 8. 8. cm [1])	Wasserstand	am 9. 8. cm	seit 8. 8. cm
Memel, Tilsit	207	—9	Saale, Grochlitz	72	+4
Pregel, Insterburg	—1	—7	Havel, Spandau [2])	48	—1
Weichsel, Thorn	80	+2	„ Rathenow [3])	32	+3
Oder, Ratibor	112	—4	Spree, Spremberg [3])	82	0
„ Krossen	129	—2	„ Beeskow	89	—1
„ Frankfurt	141	0	Weser, Münden	—88	—10
Warthe, Schrimm	60	—4	„ Minden	—2	—6
„ Landsberg	7	0	Rhein, Maximiliansau	—	—
Netze, Vordamm	—23	—3	„ Kaub	250	—4
Elbe, Leitmeritz	6	+1	„ Köln	251	—4
„ Dresden	-115	—7	Neckar, Heilbronn	49	+11
„ Barby	124	—8	Main, Wertheim	112	—3
„ Magdeburg	116	—4	Mosel, Trier	—	—

[1]) + bedeutet Wachs. — Fall. — [2]) Unterpegel.

Unserem Genossen

Albert Grundmann

zu seinem 50. Geburtstage die herzlichsten Glückwünsche!

Die Genossen der 8. Abt. im vierten Wahlkreise.

Unserem Genossen 20652

Max

die herzlichsten Glückwünsche zu seinem Wiegenfeste!

Die Genossen des 365. Bezirks.

Die Beerdigung des Genossen

Gustav Ostermann

findet heute Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, auf dem Rixdorfer Friedhofe am Mariendorfer Weg statt.

Am Sonntagabend verstarb unser langjähriger, treuer Mitarbeiter

Gustav Ostermann.

Wir werden ihm ein ehrendes Angedenken bewahren.

Der Parteivorstand, Preßkommission und Verlag des „Vorwärts".

Sozialdem. Stadtverordneten-Fraktion Rixdorf.

Am Sonntag, den 8. August, verstarb unser langjähriger Fraktionskollege Genosse

Gustav Ostermann.

Schon als Gemeindevertreter sowie als Stadtverordneter hat derselbe stets seine Pflichten treu erfüllt und werden wir dem Verstorbenen stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Im Namen des Fraktionsvorstandes **Dr. Silberstein.**

Die Beerdigung findet am Mittwochnachmittag 3 Uhr auf dem Rixdorfer Friedhof am Mariendorfer Weg statt. 237/5

Sozialdemokratisch. Wahlverein Rixdorf.

(8. Bezirk.)

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Kassierer

Gustav Ostermann

am Sonntag, den 8. August, verstorben ist.

Sein Andenken in Ehren!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 11. August, nachmittags 3 Uhr, auf dem Friedhofe der Stadt Rixdorf am Mariendorfer Weg statt.

Um rege Beteiligung ersucht

234/16 **Der Vorstand.**

Zentralverband der Handlungsgehilfen u. Gehilfinnen Deutschl.

(Bezirk Berlin.)

Am Sonntag, den 8. August, verstarb nach langem, schwerem Leiden unser Verbandskollege

Gustav Ostermann

im Alter von 52 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 11. August, nachmittags 3 Uhr, auf dem Rixdorfer Friedhofe, Mariendorfer Weg, statt.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

257/6 **Die Ortsverwaltung**

Am Sonntag, den 8. August, nachmittags 2½ Uhr, starb nach langen schweren Leiden der frühere Götscher

Wilhelm Oberschmidt

im 54. Lebensjahre.

Tief betrübt zeigen dies an

die Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 11. August, nachmittags 5½ Uhr, von der Leichenhalle in Weißensee, Rölckestraße, aus statt. 8215

Sozialdemokratisch. Wahlverein des 6. Berl. Reichstagswahlkreises.

Todes-Anzeige.

Am 7. August verstarb unser Mitglied, der Schuhmachermeister

Paul Latuske

Hochstr. 31.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, den 11. August, nachmittags 4½ Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes, Müllerstraße, Ecke Seestraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

229/17 **Der Vorstand.**

Sozialdemokratisch. Wahlverein Johannisthal.

Am Montag, den 9. August, nachmittags 3 Uhr, ertrank beim Baden infolge Herzschlages unser alter Genosse 203/2

August Buhlicke

im Alter von 61 Jahren.

Ehre seinem Andenken.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause, Friedrichstraße 12 aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Am 8. August verstarb unser langjähriges Mitglied

Karl Frühauf

(Zahlst. Lichtenberg).

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Gemeinde-Friedhofes an der Bornitzstraße zu Lichtenberg aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Die Verbandsleitung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Ortsverwaltung Berlin II.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Wächter

Friedrich Wirbaleit

am Sonntag, den 8. August, im Alter von 51 Jahren an Lungenschwindsucht verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 11. August, nachmittags 5½ Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

68/20 **Die Verwaltung II.**

Danksagung.

Für die herzliche Teilnahme und zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Teilnehmern meinen tiefgefühlten Dank. 20642

Wwe. Auguste Wutzo.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Schwester, Schwägerin und Tante sagen wir hiermit allen Verwandten und Bekannten unseren herzlichsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

J. A.: **Minna Henze.**

Von der Reise zurück 297/11*

Dr. Max Blumenthal,

Landsberger Allee 157/8.

Von der Reise zurück.

Zahnärztin Blum,

Augsburger Str. 7 I. 20585

Große Firma

vergibt durch Privathand **Decken** jeder Art, **Gardinen, Teppiche, Stores, Portieren, Wäsche, Bilder** und **Uhren.** Ohne Anzahlung bei kleinen Monatsraten.

Keine Kassierer. Offert. U. W. 100 an „Vorwärts"spedition, Auguststr. 50.

Arbeiterbaugenossenschaft „Paradies" zu Berlin

E. G. m. b. H.

Bureau: SO. Kottbuser Ufer 44. Geöffnet von 8—10 und 4½—7 Uhr.

Bekanntmachung

Alle geschäftlichen Angelegenheiten sowie Einzahlungen sind nicht mehr an Herrn Stempel, sondern nur an den Vorsitzenden Genossen **Dorner** zu richten.

107/6 **Die Verwaltung.**

Achtung, Vereine!

Für **Sommer-** und **Kinderfeste** empfehlen:

Stocklaternen, Fackeln, Schärpen, Dekorationsgirlanden, Verlosungsartikel, Harken, Sensen, Keglerpreise, Jux- und Scherzartikel, Feuerwerk, Festabzeichen.

Gr. Auswahl, billige Preise, kulante Bedienung.

Pohl & Weber, Nachf., Berlin.

Am Spittelmarkt 4/5 I — Inh.: Otto Geser.

Alexanderstr. 51/52 — Inh.: Ernst Herbst.

Kataloge gratis und franko sowie Versand nach außerhalb.

Tabakarbeiter-Genossenschaft, Hamburg

Generalvertrieb und Fabriklager Berlin SO., Köpenicker Straße 20a

Vertreter: **Udo Stangenberg** Amt IV, 9160

Niederlage der Nordhäuser Kautabakarbeiter-Genossenschaft

Zigarren — Zigaretten — Kautabake zu Fabrikpreisen.

Rixdorfer Baugenossenschaft „Ideal".

Am Mittwoch, den 25. August, abends 8 Uhr, in Hoppes Festsälen (gr. Saal), Rixdorf, Hermannstr. 48:

Außerordentliche General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Erhöhung des Kredits.
2. Unser Neubau.
3. Ergänzungswahlen für den Vorstand und Aufsichtsrat. 107/7

Der Aufsichtsrat.

Berliner Ulk-Trio.

Felix Schauer — Stralsunderstr. 1.

Morgengespräch am Sprudel

Besuch möglichst **vormittags** dringend erbeten!

„Im **Bad,** im **Gebirge,** am **Strand:**

Westmanns Konfektion!!

Gediegen! Hochelegant! Modern!

Viel billiger wie in jedem Detailgeschäft!

Fast umsonst

Promenaden-Kostüme, Gebirgs-Kostüme, Strand-Kostüme!

Waschkleider! × Seiden-, Rips-, Leinen-, Tuch-Konfektion! × Röcke! Blusen!

Konfirmandenkleider!

Jetzt **Serien-Verkauf** in **Mänteln, Paletots, Jacketts, Kimonos.**

M. 8,- bis M. 120,-. M. 10,- bis M. 80,-. M. 7½ bis M. 40,-. M. 12,- bis M. 75,-.

Aus **Wien** und **Paris** soeben eingetroffen:

Hochelegante **Original-Modelle** für die Herbst-Saison!

Bedeutende Auswahl in weiten Größen!

Gratis schon bei Einkauf von Mark **15,—:** **Eine nette Bluse** oder **ein Stück Stoff!**

Spezial-Konfektionshaus Westmann

Hauptgeschäft: **Berlin W., Mohrenstraße 37a,** (kein Eckhaus, 2. Haus von der Jerusalemer Straße,

und: **Berlin NO., Gr. Frankfurter Straße 115,** (kein Eckhaus, 2. Haus von der Andreasstraße.

Rauchen Sie

Phänomen Cigaretten

Devise: Qualität ist die beste Empfehlung

Frack-Verleih-Institut: Friedrichst. 115/1, a. Drehg. Tor. Eleg. Frack, Gehrock 1,50, Hose 1,00, Weste 50 Pf.

Billigste Bezugsquelle gediegener Trauergarderobe

Westmanns

Trauer-Magazin

Berlin W., Mohrenstr. 37a NO., Gr. Frankf. Str. 115.

Genaue Beachtung meiner Firma u. Hausnummer geboten!

Haben Sie Stoff?

Ich fertige davon **Anzug od. Paletot** *nach* **Maß,** *schick, dauerh. Zutaten, von* **20 Mark an. Moritz Leband,** *Neue Promenade 11. (Städt. Börse).*

Sofastoffe

Riesenauswahl aller Qualitäten.

Wolle-Plüsch. **Reste!** Moquetts. Satteltaschen.

Zimmer und Treppen Läuferstoffe

Kocos Haargarn, Velour etc.

Muster bei näherer Angabe **franko.**

Teppich-Spezialhaus

Emil Lefèvre

Berlin, Oranienstr. 158

Mein neuer Pracht-Katalog mit ca. 650 Abbildungen gratis u. franko.

W. WERTHEIM G. m. b. H.

Friedrichstrasse 110-112 — *Passage-Kaufhaus* — Oranienburgerstr. 54-56a

Von der Preisermässigung sind einige wenige Artikel :: ausgenommen. ::

Wir bringen von heute an bis auf weiteres sämtliche Waren zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen zum Verkauf.

Auch die zur Vervollständigung der Auswahl neu eingetroffene Ware wird zu entsprechend billigen Preisen :: verkauft. ::

BESONDERS PREISWERTE ANGEBOTE

KLEIDERSTOFFE

Waschstoffe hell u. dunkel, in guten Qualitäten ..... Meter von 22 Pf. an

Reinwoll. Musseline hell und dunkel, in prima Qualitäten .. Meter von 40 Pf. an

Wollene Phantasiestoffe für Blusen und Kleider ..... Meter von 55 Pf. an

Seidenstoffe für Blusen in verschiedenen Dessins ..... Meter von 1.00 an

Alle besseren Qualitäten, wie Satin, Duchesse, Armure, Bengalin, Damassés, Crêpes de Chine sind ebenfalls im Preise bedeutend ermässigt.

HALBFERT. ROBEN

Halbfertige Tüllroben Rock mit Taille in hocheleg. Ausführung 21.00

Halbfert. Leinenroben Rock mit Taille u. Rock mit fertiger Jacke 13.00

Halbf. gest. Batistroben Rock mit Taille 13.00

Abgepasste Batistblusen mit eleganter Stickerei 3.00

BAND- UND WEISSWAREN

Eleg. Tüll- u. Spitzen-Jabots mit Goldgarnierung u. Goldschleife 65, 35 u. 25 Pf.

Uni u. mod. mehrf. Knoten für Wäschekragen ..... 35, 20 u. 10 Pf.

Seidene Japon-Shawls mit gemalten Blumen, ca. 2.50 lang 2.25, 1.95 u. 1.25

Breite Chiné-Bänder neue Dessins ..... Meter 35, 25 u. 15 Pf.

Seiden-, Rips- u. Sammetbänder in allen Breiten u. Farben, Meter 65, 35, 15 u. 5 Pf.

Ital. Weintrauben 2 Pfd. 45 Pf. in Kistchen ca. 8 Pfd. Brutto f. Netto 1.65

Ia. Ital. Pfirsiche Pfd. 25 Pf.

Algier-Weintraub. sehr feinschäl. 9 Pfund 55 Pf. In Kistchen ca. 8 Pfd. Brutto f. Netto 2.00

Kleine Anzeigen

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Vorwärtsleser erhalten 5 Prozent Extrarabatt selbst bei nachstehend aufgeführten Gelegenheitskäufen. Teppich-Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz. 2373R*

Teppiche, farbfehlerhafte, spottbillig.

Gardinen, Stores, Mustereremplare, für halben Wert.

Schlafdecken, ein Posten, für halben Wert.

Steppdecken, Musterstücke, spottbillig.

Vorwärtsleser, beachtet vorstehende 5 Anzeigen.

Bücher des deutschen Hauses. Eine Sammlung guter Erzählungen, Geschichten, Novellen usw. Gut ausgestattet, zirka 300 Seiten umfassend, zum Teil illustriert und gebunden. 90 Pfennige pro Band. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

Drehrollen, Buttermaschinen, Wiegeschalen, „Berkinea", Waßmannstraße 29 (Katalog kostenlos). *

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. (Leser des „Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet! *

Hermannplatz 6. Staunend billige Pfänderverkäufe! Bettenverkäufe! Aussteuerwäsche! Taschenuhren! Freischwinger! Gardinenverkauf! Plüschtischdecken! Steppdecken! Extrabillige Sommerpaletots! Jackettanzüge! Gehrockanzüge! Herrenhosen! „Jedermanns Warenein kauf, ebenfalls Sonntags." 1081*

Teppichhaus Lefèvre, Oranienstraße 158, jetzt neu erschienener Katalog gratis. 2144R*

Pfänderverkauf. Pfandleihhaus Weidenweg neunzehn! Jedermanns Einkaufsquelle! Spottbilliger Bettenverkauf! Gardinenverkauf! Teppichverkauf! Jackettanzüge! Steppdecken! Sommerpaletots! Gehrockanzüge! Tischdecken! Herrenhosen! Schmucksachen! Wäscheverkauf! Uhrenverkauf!

Bauernkrieg. Der deutsche, von Friedrich Engels. Broschiert 1,50 Mark, gebunden 2,— Mark. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

Rauchtabake, Pfeifen, Ersatzteile. Rixdorf, Steinmetzstraße 30. †108*

Glossen zu Yves Guyots und Sigismund Lacroix' „Die wahre Gestalt des Christentums", von August Bebel. Preis 75 Pf., billige Ausgabe 30 Pf. Expedition Lindenstraße 69, Laden.

Teppiche (Farbenfehler), Steppdecken, Gardinen, Tischdecken, Tülldeckdecken, Uebergardinen, Sofastoffreste spottbillig Fabriklager Mauerhoff, Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. Vorwärtslesern sechs Prozent. 1614R*

Monatsanzüge und Sommerpaletots, von 5 Mark sowie Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Naß, Mulackstraße 14.

Verbrechen und Prostitution als soziale Krankheitserscheinungen von Paul Hirsch. Preis 2,— Mark, geb. 2,50 Mark. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 69.

Monatsanzüge, Paletots, wenig getragene, von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Bezugsquelle, 20 Prozent billiger wie im Laden, direkt vom Schneidermeister Paul Fürstenzeit, nur Rosenthalerstraße 10. 275/1*

Geschäftsverkäufe.

Zigarrengeschäft, gutgehend, sofort billig verkäuflich. Gute Lage, billige Miete, schöne Wohnung. „Zigarren", Postamt 55. 889b

Materialwaren. Obst, Gemüse, Rolle. Zu erfragen: Prenzlauer Allee 25, im Buttergeschäft. †75*

Schanklokal mit Hausverwaltung verkauft Frankfurter Allee 181. [†117

Möbel.

Hohes Doppelschreibpult nebst zwei Drehstühlen billigst verkäuflich Malmbergstraße 24, I rechts. 852b*

Möbelverkauf! Echtes Vertiko 25,—, Spiegelspind, Spiegel 12,—, Kommode 12,—, Kleiderschränke, Plüschsofa, Küchenspind 12,—, Bettstellen 15,— Dresdenerstraße 124. *

68 billige Wohnungs-Einrichtungen und einzelne Möbelstücke kommen in meinem Aufbewahrungsspeicher Lothringerstraße 26 zum billigsten Verkauf! Viel billiger wie im Möbelgeschäft, darum Augen auf. Bitte auf Nummer 26 Lothringerstraße zu achten, da in der Straße mehrere Möbelgeschäfte sind! Verkauf nur Hof, Speicher! Transport frei. *

Billige Möbel, gebrauchte, verliehen gewesene und neue. Kleiderspind, Vertiko 18, Ausziehtisch, Sofatisch 15, Küchenspind 10, Bettstelle mit Matratze 18, Garderobenschrank, Herrenschreibtisch 36, Chaiselongue mit Decke 19, Sofa 22, elegante Taschensofas 45, Paneelsofas 68, Säulentrumeau 30, Nußbaumbüfetts, Bücherspinde, englische Schlafzimmer, bunte Küchen 55, Waschtoiletten 20. Ratenzahlung. Transport frei. Stargardts Möbelspeicher, Lothringerstraße 69. 222/14*

Möbelgelegenheit! Wenig gebrauchte, guterhaltene Möbel, auch neue, einfachste, eleganteste, beliehen gewesen, verfallene spottbillig. Riesenlager, Lombardspeicher, Neue Königstraße 5/6, Fabrikgebäude. Sonntags geöffnet. (Zahlungserleichterung.) *

Fahrräder.

Herrenfahrrad, Damenfahrrad einmal benutzt 40,00. Holz, Blumenstraße 36b. 1683R*

400 Damenräder, 15,—, 20,—, 25,—, 30,—, Neue 45,—, 50,—, 55,—, Machnow, Weinmeisterstraße 14. Verlangen Sie Prachtkatalog gratis und franko. 2354R*

1000 Brennabor-, Adler-, Dürkopprräder usw. 5,—, 10,—, 15,—, 20,—, 25,—. Auch Einzelverkauf, Engros-Preise. Fahrradgroßhaus Machnow, Weinmeisterstraße 14. Verlangen Sie Prachtkatalog gratis und franko. *

Musik.

Duysen-Pianino weit unter Preis zu verkaufen Französischestraße 15, I rechts. 87/15*

Pianino (Gelegenheit), für 230,— sofort zu verkaufen Warschauerstraße 58, Seitenflügel I. 89/7*

Pianino, hohes, 130,00 (Teilzahlung), Turmstraße 8 I. 89/6

Violinunterricht (neue, doppelt fördernde Methode bis zur Vollendung) gibt erfahrener Künstler wöchentlich, auf Wunsch auch nur eine Lektion a 1,25 M., bei zwei Schülern je 75 Pf. Offerten unter D. 2 Expedition des „Vorwärts". [*

Verschiedenes.

Gesellige Ausflüge wünscht jüngeres kinderloses Ehepaar mit ebensolchen. „Gewerkschaftler", Postamt 26. †134

Elsholz, Komiker, Gesellschaft, Gropiusstraße 6. 878b*

Kunststopferei von Frau Kokosky Schlachtensee, Kurstraße 8, III.

Vaterrauwalt Wehel, Gitschinerstraße 94a. 2555R*

Lernt die Muttersprache beherrschen! Erfolgreichen, leicht faßlichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts" zu richten.

Vereinszimmer, großes, Pankstraße 34, Ecke. †93*

Abendkurse für Hochbau, Tiefbau, Gas-, Wassertechnik, Techniker- und Meister-Ausbildung. Prospekte frei. Technische Akademie. Berlin 45, Markgrafenstraße 100. 2287R*

Aufpolsterung Bettmatratze 4,00, Sofa 5,00, Hoffmann, Neue Königstraße 30. 222/15

Teilzahlung. Anfertigung eleganter Herrengarderobe. Marcus, Dragonerstraße 10a. 222/14

Wäsche wird sauber gewaschen, im Freien getrocknet. 4 Handtücher, 4 Taschentücher 10 Pf. Abholung sofort. Köpenick, Parisiusstraße 8, Frau Kehring. 2414R

Fichtenau. Bekanntmachung. Allen Freunden und Bekannten zur gefälligen Nachricht, daß ich das Geschäft und Molkerei von Herrn Plettner übernommen habe. W. Klein, Fichtenau bei Rahnsdorf, Hauptstraße 84. 894b

Vereinszimmer, Stralauerstraße 30.

Aufpolsterung, Bettmatratze 4, Sofa 5, reell, Grünerweg 8, Rosenstreich. 222/16

Vereinszimmer, 150, 60 und 40 Personen fassend, noch Donnerstags und Freitags frei. Julius Meyer, Oranienstraße 103. 884b

Vermietungen.

Wohnungen.

Alexandrinenstraße 27, an der Ritterstraße, Seitenflügel 2 Treppen, drei Stuben inklusive Küche als Werkstatt oder Wohnung per 1. Oktober zu vermieten. Auskunft dort, Hauswart Hausse. 886b*

1 Stube und Küche Gubenerstraße 5. 865b*

2- und 1-Zimmerwohnung, billig, Rixdorf, Weigand-Ufer 10. 2372R*

Wohnungen in sauberem, ruhigem Hause von 18 bis 22 Mark zum 1. Oktober zu vermieten. Buttmannstraße 15 beim Wirt. 2393R*

Zimmer.

Möbliertes Zimmer für Herren. Mittenwalderstraße 25, Seitenflügel IV links. †118

Möbliertes Zimmer oder Schlafstelle. Neumann, Rigaerstraße 107, Portal II, vorn III. †36

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Drahtweber, der schon auf mechanischem Webstuhl gearbeitet hat, sofort gesucht für dauernde Beschäftigung. Hugo Wolff u. Paul Friedrich, Friedrichshagen. 887b

Grundierer verlangt Wienecke, Görlitzerufer 23. †17

Goldleistengrundierer sofort verlangt Ruthenberg, Nachf., Weißensee, Langhansstraße 126. †144

Detacheure gesucht Gebr. Altenbergs Färberei, Weißensee, Langhansstraße 4. †144*

Geübte Schirmnäherin, ferner geübte Futternäherin mit allen Arbeiten vertraut finden dauernde Beschäftigung bei Remak u. Silber, Lindenstraße 71/72. 885b*

Verkäuferin, möglichst per sofort, sucht Mehlhandlung, Huttenstraße 3.

Schürzennäherin Blumenthal, Wehnerstraße 2 I. †126

Futterjackett-Mamsells verlangt Demuth, Rykestraße 30. 893b*

Kassiererinnen, welche bereits in lebhaften großen Detailgeschäften tätig waren, sofort gesucht. — Meldungen schriftlich mit genauen Angaben oder persönlich 1—2 mittags oder 7—8 Uhr abends. A. Jandorf u. Co., Belle-Alliancestraße 1/2.

Lehrmädchen im Alter von 14 bis 16 Jahren aus achtbarer Familie bei monatlicher Vergütung sofort gesucht. — Meldungen nur in Begleitung der Eltern oder des Vormundes 1—2 mittags oder 7—8 Uhr abends. A. Jandorf u. Co., Belle-Alliancestraße 1/2. 2339R*

Arbeiterinnen auf Damenpaletots. Briest, Scharnweberstraße 63. †117*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Die Anfertigung von 300 Stück Lieferungsmänteln ist zu sehr hohen Preisen zu vergeben.
Leistungsfähige Schneider wollen Adresse abgeben unter **U. 3** Exped. d. Blattes.

Achtung! Holzarbeiter

Wegen Streik und Differenzen sind gesperrt:
für **Tischler, Polierer und Maschinenarbeiter**
Fräserei **Schendler**, Blumenstraße.
Firma **Staats**, Oberbaumstr. 5.
Sämtliche Betriebe in den Orten **Kottbus, Rathenow, Muskau, Segeberg (Holstein) u. Magdeburg.**
Gleichzeitig ersuchen wir die Kollegen aller Branchen der Holzindustrie das Vermittelungsbureau des gelben „Handwerkerschutzverbandes" streng zu meiden.
Für **Stellmacher:**
Berliner Motorwagenfabrik in Reinickendorf.
Die Ortsverwaltung.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.